

20. Jahrgang

Nr. 1

März 2009

# Sozialimpulse

Rundbrief

Dreigliederung  
des sozialen  
Organismus

Impulse der sozialen  
Dreigliederung im 20. und 21. Jahrhundert

Die USA mit  
Barack Obama

Zur neuen Dimension  
des Wettrüstens

Betrachtungen und Berichte,  
Initiativen und Termine

Herausgegeben von der  
Initiative Netzwerk Dreigliederung

# Inhalt

Notiert - Aus dem Zeitgeschehen \_\_\_\_\_ 3

**Dreigliederung kontrovers - Impulse der sozialen Dreigliederung im 20. und 21. Jahrhundert**  
(Christoph Strawe) \_\_\_\_\_ 5

I. Was verstehen wir unter sozialer Dreigliederung? \_\_\_\_\_ 6

II. Motive der Bewegung 1917 - 1922 \_\_\_\_\_ 8

III. Dreigliederungsmotive in den zivilgesellschaftlichen Bewegungen der letzten Jahrzehnte \_\_\_\_\_ 10

IV. Soziale Dreigliederung kontrovers \_\_\_\_\_ 12

V. Soziale Dreigliederung und Anthroposophie \_\_\_\_\_ 14

VI. Beiträge aus der Dreigliederung zu Zeitfragen \_\_\_\_\_ 15

VII. Perspektiven und Konstellationen \_\_\_\_\_ 17

## Künstliches Fieber, kleine Flamme

Erste Schritte der USA unter Barack Obama  
(Interview mit Roland Benedikter) \_\_\_\_\_ 19

## Zur neuen Dimension des weltweiten Wettrüstens

Die Militarisierung des ökonomischen Denkens  
(Wilhelm Neurohr) \_\_\_\_\_ 22

## Berichte und Betrachtungen

8-Punkte-Plan europäischer Alternativbanken \_\_\_\_\_ 27

Zur Überwindung der Wirtschaftskrise  
(Michael Rist) \_\_\_\_\_ 28

Überlegungen zu einem Positionspapier  
(Rainer Burkhardt) \_\_\_\_\_ 29

9. Weltsozialforum \_\_\_\_\_ 31

Alternativen zum Wirtschafts- und Finanzsystem -  
Kongresse und Tagung \_\_\_\_\_ 31

Petition zum Grundeinkommen \_\_\_\_\_ 33

Erfolg beim Wahlrecht in Hamburg \_\_\_\_\_ 33

EuGMR und Christengemeinschaft in Österreich \_\_\_\_\_ 33

**Literatur** \_\_\_\_\_ 34

„Scheinmarktwirtschaft“ auf Englisch - Dietrich Spitta:  
Goethes Märchen - Liste lieferbarer Hefte

**Initiativen und Termine** \_\_\_\_\_ 37

Volksentscheid ins Grundgesetz! - Hardenberg-  
Institut - Mündener Gespräche - Veranstaltungen  
in Friedrichshafen, Göppingen, Bad Boll und  
Bochum - Save our Seeds - Attac-Sommerakademie -  
Studiengang Sozialentwicklung: Termine des  
3. Durchgangs - Seminare zur Selbstverwaltung

# Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Graz. Gestaltung: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-/CHF 35,-). Zahlungen bitte durch Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

# Editorial

Mit diesem Heft beginnt der 20. Jahrgang unserer Zeitschrift. Das allein wäre Grund genug, diesmal dasjenige ganz in den Vordergrund zu stellen und im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen, Perspektiven und Aufgaben hin zu betrachten, was bei allem, was in dieser Zeitschrift in 20 Jahren geschrieben wurde, immer die Leitidee war: Die Dreigliederung des sozialen Organismus.

Im vergangenen Sommer wurde ich gebeten, im Stuttgarter Forum 3 einen Vortrag zu halten, der sich mit Impulsen der Dreigliederung im 20. und im begonnenen 21. Jahrhundert auseinandersetzen sollte, zugleich aber mit Kontroversen um die Dreigliederung und möglichen Einwänden gegen diesen Arbeitsansatz. Es war klar, dass neben FreundInnen aus der Dreigliederungsbewegung viele Menschen anwesend sein würden, denen dieser Ansatz weitgehend unbekannt war und von denen zugleich viele zivilgesellschaftlich engagiert sind. Die Darstellung des Themas in diesem Heft beruht auf diesem Vortrag.

Ich schreibe diese Zeilen wenige Tage nach der Tragödie von Winnenden, die überall Fassungslosigkeit, Betroffenheit und Trauer ausgelöst hat. Unter den Themen, die seitdem in der Öffentlichkeit diskutiert werden, spielt die Frage nach einer Verschärfung des Waffenrechts und nach dem Umgang mit Gewalt-Computerspielen eine herausragende Rolle. Die Bluttat von Winnenden wirft aber noch ganz andere Fragen auf: Fragen nach dem geistigen Klima in unserer Gesellschaft, nach der Verfasstheit des Schulwesens, aber auch nach der sich verändernden Bewertung von Gewalt als Mittel internationaler Politik. Gewiss werden nicht alle Waffennarren Amoktäter, aber Amoktäter sind in der Regel von Gewalt und Waffen fasziniert.

Vom Aberglauben an die Macht der Waffen ist in einem Artikel im Heft die Rede, in dem sich Wilhelm Neurohr mit dem globalen Wettrüsten auseinandersetzt. Es ist an der Zeit, das Thema der globalen Abrüstung wieder auf die Tagesordnung zu setzen, das nach den großen Erwartungen von 1989 immer weiter in den Hintergrund geraten ist. Manche Hoffnungen in dieser Frage verbinden sich mit der Person des neuen US-amerikanischen Präsidenten. Mit dem Interview von und mit Roland Benedikter, der zur Zeit „Research Scholar“ an der Columbia Universität in New York ist, setzen wir den im letzten Heft begonnenen Versuch fort, zu einem differenzierten Verständnis des Phänomens Obama zu kommen.

Zum Schluss noch etwas in eigener Sache: Herzlichen Dank möchte ich allen sagen, die sich bisher am Kostenausgleich beteiligt haben. Das Ergebnis kann sich sehen lassen, allerdings bleibt immer noch ein erhebliches Defizit (Näheres auf S. 42). Es wäre schön, wenn sich daran bis zum Erscheinen des nächsten Hefts etwas ändern würde.

Ihr  


## Notiert: Aus dem Zeitgeschehen\*

Ein EU-Ratsgipfel in Brüssel vereinbart einen Kompromiss bei der Verteilung der Ausgaben für die Klimapolitik und beschließt ein Konjunkturpaket in Höhe von 200 Milliarden Euro. Durch geringfügige Veränderungen am Lissabon-Vertrag soll die Zustimmung bei einem neuen Referendum in Irland gesichert werden. Umweltschützer kritisieren den Klimakompromiss +++ Das höchste Gericht in Deutschland erklärt die Neuregelung der sogenannten Pendlerpauschale für verfassungswidrig, weil es mit dem Gleichheitsgrundsatz unvereinbar sei, die Steuervergünstigung erst ab einer bestimmten Kilometerzahl zu gewähren +++ Staatliche Milliardenhilfe für die amerikanischen Autobauer +++ Sechzigster Jahrestag der UNO-Deklaration der Menschenrechte +++ Théoneste Bagosora, einer der Drahtzieher des Ruanda-Völkermordes 1994, wird vom UN-Kriegsverbrechertribunal zu lebenslanger Haft verurteilt +++ Anschlag auf den Passauer Polizeichef Mannichl +++ Die US-Notenbank senkt den Leitzins auf nahezu Null (Zinsspanne von Null bis 0,25 Prozent) +++ Großbritannien kündigt den Abzug aller Truppen aus Irak bis Sommer dieses Jahres an +++ Ein drohender Konkurs der Universität Witten-Herdecke wird nach dem Rücktritt der Uni-Leitung in letzter Minute abgewendet +++ Steuerstreit in der Großen Koalition, die CSU fordert Steuer-senkungen zur Konjunkturbelebung. Es kommt schließlich zu einem Kompromiss +++ Die größte Gasexporteure der Welt, darunter Russland und der Iran, gründen in Moskau ein Gaskartell nach dem Vorbild des OPEC-Ölkartells +++ Die israelische Armee fliegt Angriffe auf Ziele im Gaza-Streifen, wie verlautbart, zur Unterbindung von Raketenangriffen auf Israel durch die Hamas-Organisation, die im Gaza-Streifen an der Regierung ist. Obwohl offiziell nur militärische Ziele getroffen werden sollen, gibt es hohe Verluste unter der Zivilbevölkerung. UN-Generalsekretär Ban spricht von einem unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt. Die Hamas fordert zur Vergeltung auf. Nach dem Einmarsch von israelischen Landstreitkräften kommt es zu noch größeren Zerstörungen, eine humanitäre Katastrophe entwickelt sich. Israel gestattet ausländischen Journalisten nicht, aus dem Gebiet zu berichten. In der Stadt Dschabalia, werden bei der Bombardierung einer UN-Schule mindestens 40 Menschen getötet +++ Der russische Staatskonzern Gazprom stellt seine Lieferungen an die Ukraine ein. Begründet wird dies mit aufgelaufenen Schulden und illegaler Entnahme von Gas aus den Leitungen, an denen auch ein Teil der Versorgung anderer europäischer Länder hängt. Es beginnt ein Spiel gegenseitiger Schuldzuweisungen, in einigen Ländern Osteuropas fallen die Heizungen aus. Der Konflikt wird schließlich durch ein Abkommen zwischen der Ukraine und Russland zunächst beigelegt +++ Der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus wird bei einem Skiunfall schwer verletzt. Eine Skifahrerin, mit der er zusammengestoßen ist, stirbt. Althaus hält jedoch seine Kandidatur bei den Landtagswahlen im Sommer in Thüringen aufrecht +++ Tod des Schriftstellers Johannes Mario Simmel +++ Tschechien übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft +++ Teilverstaatlichung der ins Trudeln geratenen Commerzbank: Der Bund übernimmt 25 Prozent der Aktien, die Bank erhält ca. 18

Milliarden Euro aus dem staatlichen Rettungsfonds Soffin +++ In Deutschland steigt die Zahl der Erwerbslosen wieder auf über drei Millionen +++ Selbstmord des Unternehmers Adolf Merckle (ratiopharm, Heidelberg-Zement u.a.), dessen Firmen auch infolge von Spekulationen hoch verschuldet waren +++ Die große Koalition einigt sich darauf, binnen zwei Jahren 50 Milliarden Euro zusätzlich zur Konjunkturbelebung auszugeben. Das Paket soll durch eine höhere Neuverschuldung finanziert werden. Es handelt sich um einen Mix von Infrastrukturinvestitionen, Konsumanreizen und Steuer- und Abgabenerlastungen +++ Der Absatz der US-Autoindustrie sinkt dramatisch, Chrysler verzeichnet ein Minus von 30 Prozent. In der deutschen Autoindustrie ist Kurzarbeit angesagt +++ Notlandung einer Passagiermaschine auf dem Hudson-River in New York, alle Passagiere überleben +++ Die Deutsche Bank fährt im letzten Quartal 2008 einen Verlust von 4,8 Milliarden Euro ein. Dennoch will sie ohne Staatshilfen auskommen +++ Eine Delegation der Hamas verhandelt in Kairo über einen Friedensplan. Die EU fordert die Palästinenser zur Wiederherstellung ihrer Einheit auf +++ Barack Obama wird als 44. Präsident der USA vereidigt, der Zeremonie wohnen mehr als eine Million Menschen bei. Obama setzt die Guantanamo-Verfahren für zunächst 120 Tage aus und verfügt die Schließung des Lagers binnen eines Jahres, auch verbietet er Folterpraktiken. In einem Interview wendet er sich an die islamische Welt und erklärt seine Dialogbereitschaft. Der neue Präsident ernennt den früheren Nordirland-Vermittler George Mitchell zu seinem Nahost-Sonderbeauftragten. Der ehemaligen UN-Botschafter Richard Holbrooke wird US-Sonderbeauftragter für Pakistan und Afghanistan, wo die USA ihr militärisches Engagement verstärken wollen. Obama veranlasst die Überprüfung eines durch die Bush-Regierung erlassenen Verbots strengerer Abgasnormen in 14 Bundesstaaten. Er unternimmt erste Schritte, um sein Konjunkturprogramm in Höhe von über 800 Milliarden Dollar durchzusetzen. Obama unterzeichnet schließlich auch ein Gesetz zur Krankenversicherung sozial schwacher Kinder. Es soll über eine Erhöhung der Tabaksteuer gegenfinanziert werden +++ Israel und die Hamas verkünden jeweils einseitig einen Waffenstillstand, die israelischen Truppen werden abgezogen. Es kommt allerdings weiterhin zu Raketen- bzw. Luftangriffen von beiden Seiten +++ In Moskau wird der Menschenrechtsanwalt Stanislav Markelow erschossen. Er war der Rechtsbeistand der ermordeten Journalistin Anna Politkowskaja +++ Die CDU gewinnt die Landtagswahl in Hessen, Hauptgewinner ist jedoch die FDP, die in der künftigen Regierung schließlich 3 Minister stellen darf +++ Prozess gegen den ehemaligen Post-Chef Zumwinkel, er wird wegen schwerer Steuerhinterziehung verurteilt, allerdings nur zu einer Bewährungsstrafe +++ Der Chiphersteller Qimonda muss Insolvenz beantragen, ebenso die Modelleisenbahnfirma Märklin +++ Das Immobilienfinanzierungsunternehmen Hypo Real Estate erweist sich als schwarzes Loch: Der staatliche Garantierahmen muss auf 42 Milliarden Euro erweitert werden, man rechnet mit weiterem Stützungsbedarf +++ Die deutsche Bahn hat ihre Mitarbeiter ohne konkrete Verdachtsmomente durch Datenabgleich auf Korruption überprüft. In der Folge kommt es zu Rücktrittsforderungen gegenüber Bahnchef Mehdorn +++ Der deutsche Bundestag ermöglicht in zusätzlichen Branchen Mindestlöhne +++ Diskussionen über die Schaffung sogenannter „Bad Banks“, in die faule Wertpapiere der übrigen Banken verlagert werden könnten +++ Der Papst hebt die Exkom-

\* Vom 8. Dezember 2008 bis 14. März 2009

munikation von vier Bischöfen der sogenannten Pius-Bruderschaft auf. Dies wird vielfach als Signal verstanden, den Reformkurs des II. Vatikanischen Konzils (1962-1965) zu verlassen. Die Pius-Bruderschaft hat das Konzil bisher nicht anerkannt und war deshalb ausgegrenzt worden. Das Ganze wird zum Skandal durch radikal antisemitische Äußerungen und Geschichtslügen eines der betroffenen Bischöfe, Richard Williamson. Es kommt zu großer Unruhe unter den Gläubigen, Bischöfe üben deutlich wie nie zuvor Kritik am Papst, der schließlich eine Distanzierung Williams von seinen Thesen über den Holocaust fordert +++ Prozess gegen gegen den ehemaligen kongolesischen Milizenchef Lubanga vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Ihm wird u.a. die Rekrutierung von Kindersoldaten zur Last gelegt +++ Russland stoppt die angekündigte Aufstellung von Kurzstreckenraketen in Kaliningrad, was allgemein als Geste gegenüber der neuen US-Regierung betrachtet wird +++ World Economic Forum in Davos, parallel dazu findet in Belem/Brasilien mit über Hunderttausend Menschen das Weltsozialforum statt. Fünf Präsidenten in Lateinamerika nutzen das Forum als Möglichkeit sich zu präsentieren und verzichteten auf den Besuch in Davos. Das Weltsozialforum steht im Zeichen einer von der Weltfinanzkrise bestärkten Kapitalismus-Kritik vieler teilnehmender Individuen und Gruppen +++ Tod des amerikanischen Schriftstellers John Updike +++ Spitzenkandidaten der deutschen Grünen für die Europa-Wahlen sind Rebecca Harms und Reinhard Bütikofer, sichere Listenplätze erhalten der Attac-Mitbegründer Sven Giegold, der bisher eher als Kritiker des EU-Kurses der Grünen hervorgetreten war, und die Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International, Barbara Lochbihler +++ Streiks gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik von Staatspräsident Sarkozy in Frankreich +++ Das Projekt eines einheitlichen Umweltgesetzbuchs in Deutschland scheitert am Widerstand der CSU +++ In Deutschland sind inzwischen mehr als 290.000 Arbeitnehmer in Kurzarbeit +++ Präsident Obama beabsichtigt, die Managergehältern bei Firmen, die staatliche Hilfen annehmen, bei 500.000 Dollar zu deckeln +++ 90. Jahrestag der Weimarer Republik +++ Die Föderalismus-Kommission in Deutschland, hat sich darauf geeinigt, ins Grundgesetz eine Bestimmung aufzunehmen, dass ab 2020 Bund und Länder keine neuen Schulden mehr machen dürfen +++ In München beginnt die 45. Sicherheitskonferenz mit 300 Gästen, unter denen sich der neue US-Vizepräsident Biden befindet. Biden kündigte eine Politik des Dialogs mit Europa, besonders auch mit Russland an +++ Bei den Wahlen in Israel liegt die Kadima Partei knapp vor dem rechtsnationalen Likud, der große Verlierer ist die Arbeitspartei. Gleichzeitig werden auch die Kräfte rechts vom Likud gestärkt, was insgesamt die Aussichten für einen Friedensprozess nicht verbessert. Den Auftrag zur Regierungsbildung erhält der als Hardliner bekannte Benjamin Netanjahu. Koalitionsverhandlungen mit der Kadima-Partei scheitern +++ Der neue amerikanische Präsident bringt sein Konjunkturprogramm in modifizierter Form durch, es gelingt ihm allerdings nicht, die Republikaner so mit einzubinden, wie er geplant hatte +++ In Deutschland passiert das Konjunkturpaket II in Höhe von 50 Milliarden Euro Bundestag und Bundesrat +++ Neuer Wirtschaftsminister in Deutschland ist Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) +++ Das Bundesverfassungsgericht verhandelt über den Lissabon-Vertrag der EU +++ In einer Volksabstimmung sprechen sich die Schweizer für die Verlängerung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU aus +++ Schwere Waldbrände in Australien +++ Tarifverhand-

lungen im öffentlichen Dienst in Deutschland +++ Ein Gesetz ermöglicht die Enteignung von Banken in Extremfällen, wie dem der mit immer neuen Milliardenbürgschaften und Kapitalspritzen am Leben erhaltenen Hypo Real Estate, die vor allem Kredite an Kommunen vergeben hat +++ Die Schweizer UBS gibt im Streit mit der US-Justiz um Steuern und das Schweizer Bankgeheimnis nach. Außer der Schweiz wollen auch Liechtenstein, Andorra, Österreich und Luxemburg das Bankgeheimnis lockern +++ Asienreise der neuen US-Außenministerin Hillary Clinton +++ Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung rechnet für 2009 mit dem schwersten Konjunkturreinbruch in der bundesdeutschen Geschichte +++ Der venezuelanische Staatspräsident Chavez gewinnt eine Volksabstimmung, die ihm eine erneute Kandidatur für das Präsidentenamt ermöglicht +++ Vor einem Sondergericht in Phnom Penh beginnt der erste Prozess gegen einen Schergen des Pol Pot Regimes +++ Die USA entsenden 17.000 weitere Soldaten nach Afghanistan, sie fordern außerdem ein stärkeres Engagement der Verbündeten +++ Die EU-Mitglieder der G-20 Gruppe fordern bei einem Treffen in Berlin eine stärkere Kontrolle der Finanzmärkte. Alle Finanzprodukte und Marktteilnehmer müssten lückenlos beaufsichtigt, Steueroasen ausgetrocknet werden +++ Ein Rettungsplan für Opel sieht vor, das Unternehmen rechtlich zu verselbständigen, ohne die Verbindung mit dem Mutterkonzern GM, dessen Patente es nutzt, völlig zu kappen. Es gibt jedoch auch Plädoyers für ein Insolvenzverfahren. GM hatte 2008 über 30 Milliarden Dollar Defizit gemacht +++ Das Berliner Landesarbeitsgericht erklärt die Kündigung einer Kassierin für rechens, die im Verdacht steht, zwei Kassenbons im Wert von insgesamt 1,30 Euro unterschlagen zu haben. Sie ist in dem Unternehmen seit 30 Jahren beschäftigt +++ Der neue Haushaltsentwurf der USA rechnet mit einem Minus von 1,75 Billionen Dollar. Präsident Obama kündigte gleichzeitig an, dieses Defizit bis zum Ende seiner Amtszeit wieder halbieren zu wollen +++ Das Bundesverfassungsgericht setzt Teile des restriktiven neuen bayerischen Versammlungsgesetzes zunächst außer Kraft +++ US-Präsident Obama ist unter Umständen bereit, auf das geplante Raketensystem in Osteuropa zu verzichten +++ Debatte über eine Gedenkstätte über Vertreibung. Der Bund der Vertriebenen zieht seine Kandidatin für den Stiftungsrat Erika Steinbach schließlich zurück +++ Das deutsche Verfassungsgericht stoppt vorerst den Einsatz von Wahlcomputern +++ In Köln stürzt das historische Stadtarchiv ein, wahrscheinlich in Folge des U-Bahn-Baus +++ Der Internationale Strafgerichtshof stellt einen Haftbefehl gegen den sudanesischen Staatschef al-Baschir wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aus +++ Der Amoklauf eines 17-jährigen in einer Realschule im baden-württembergischen Winnenden fordert 16 Todesopfer und führt zu großer Betroffenheit im ganzen Land +++ In Nordirland kommt es nach 12 Jahren erstmals wieder zu Anschlägen +++ Der Industrieumsatz in Deutschland sinkt gegenüber dem Vorjahr im Monat Januar um 20 Prozent +++ 43 Jahre, nachdem Frankreich unter de Gaulle aus der militärischen Kommandostruktur der NATO ausgesichert ist, soll das Land jetzt wieder Vollmitglied der NATO werden +++ Ein Treffen der EU-Finanzminister ermöglicht die Senkung der Mehrwertsteuer für bestimmte Dienstleistungen auf bis zu 5 % +++ Zum 50. Jahrestag des Aufstands in Tibet finden in vielen Ländern Demonstrationen statt +++ China erhöht seine Ausgaben für die innere Sicherheit um ein Drittel +++ „Kapitalismus-Kongress“ von Attac in Berlin +++

# Dreigliederung kontrovers

## Impulse und Perspektiven der sozialen Dreigliederung im 20. und 21. Jahrhundert\*

Christoph Strawe

„Soziale Dreigliederung“ - genauer muss man eigentlich von „Dreigliederung des sozialen Organismus“ sprechen - ist immer noch ein weitgehend unbekanntes Konzept. Selbst innerhalb jener Bewegung, mit der man das Wort häufig in Verbindung bringt: der Anthroposophie und ihre Arbeitsfeldern, stößt man erschreckend häufig auf Unkenntnis, Missverständnisse oder wenigstens das Unvermögen, die Dreigliederung auf die Gegenwartsverhältnisse zu beziehen und als konzeptionellen und praktischen Arbeitsansatz fruchtbar zu machen. In der Außenwahrnehmung entsteht durch solches Unvermögen leicht der Eindruck, es handle sich um eine spezifisch anthroposophische Soziallehre, die zwar manche ihrer Anhänger zu sozialem Engagement inspiriere, jedoch inhaltlich für die übrigen Menschheit und die Lösung ihrer sozialen Probleme nur von peripherer Bedeutung sei. Auch ist das Wort Dreigliederung selbst eher sperrig und gibt manchmal zu Missverständnissen Anlass. Andererseits weist es darauf hin, dass es sich um einen Arbeitsansatz handelt, der - bei allen Gemeinsamkeiten, die er mit anderen Ansätzen haben mag -, doch eine Spezifik aufweist, die das Wort allerdings weniger ausspricht als andeutet.\*\*

Wer vom Potenzial der sozialen Dreigliederung für die Lösung von Gegenwartsproblemen überzeugt ist, steht insofern unter Begründungszwang. Was hat es mit dieser „Dreigliederung des sozialen Organismus“ wirklich auf sich? Was kann sie zur konkret zur Bewältigung

\* Dieser Artikel basiert auf einem Vortrag, den der Autor am 4. Juli 2008 im Forum 3 vor einem in der Mehrheit noch nicht mit der Dreigliederung vertrauten, aber in weiten Teilen zivilgesellschaftliche engagierten Publikum gehalten hat. Der Text folgt dem Vortrag nicht immer wörtlich, doch wurde der Stil der mündlichen Darstellung weitgehend erhalten. Nur an wenigen Stellen wurden Aktualisierungen vorgenommen.

\*\* Das ist ein wichtiger Grund dafür, warum es schwierig ist, es zu ersetzen, da Worte wie „soziale Erneuerung“, „gesellschaftliche Gliederung“ etc. zwar sachlich zutreffend, aber weniger trennscharf sind.

der heutigen sozialen Probleme beitragen? In welchem historischen Kontext steht sie?

Was letzteren angeht, so taucht der Begriff - als Beschreibung eines sozialen Impulses - in der Tat erstmals in den Jahren 1917 - 1922 (mit Schwerpunkt 1919) im Zusammenhang mit von Rudolf Steiner ausgehenden Initiativen einer sozialen Umgestaltung auf.\*\*\* Für die Ideen gesellschaftlicher Gliederung, der Entflechtung von Machtstrukturen und der Freiheit des geistigen Lebens von politischer und wirtschaftlicher Fremdbestimmung, wie sie damals verfochten werden, kann man sich allerdings auf eine Vorgeschichte berufen, insbesondere auf die Auseinandersetzung im mitteleuropäischen Geistesleben mit der Französischen Revolution. „Dreigliederungsmotive“, ohne dass das Wort so viele, tauchen bereits in Goethes „Märchen“ in poetischer, in Schillers Ästhetischen Briefen in philosophischer und in Wilhelm von Humboldts Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen, in sozialtheoretischer Form auf.

1989 knüpft Rolf Henrich, Mitbegründer des Neuen Forums in der DDR, an den Dreigliederungsgedanken an. Die Bürgerbewegung von 1989 baut wiederum auf der 1968er Bewegung auf, insbesondere auf dem Prager Frühling. Damals kommt es bereits zu einem Versuch - durch Menschen wie den Künstler Josef Beuys -, die Idee des Sozialismus mit menschlichem Antlitz mit der Dreigliederung in einen Dialog und zur Zusammenarbeit zu bringen.\*\*\*\* 1999 versucht der philippinische Aktivist Nicanor Perlas, der später - unter ausdrücklichem Hinweis auf sein Engagement für die Dreigliederung - den Alternativen Nobelpreis erhält, Elemente der Dreigliederung für das Verständnis der Aufgaben der Zivilgesellschaft im Kampf gegen die „elitäre“ Form der Globalisierung fruchtbar zu machen.

Die Prozesse, mit denen sich die Zivilgesellschaft damals auseinandersetzt, sind in vollem Gange. Die zugespitzte Finanzkrise des Jahres 2008, die inzwischen in eine Wirtschaftskrise hinübergewachsen ist, hängt mit ihnen zusammen. Die Krise lässt die Fruchtbarkeit von Gedanken zu einer neuen Wirtschafts- und Geldordnung deutlicher hervortreten, wie sie schon Jahre zuvor von Vordenkern der Dreigliederung wie Udo Herrmannstorfer - gestützt auf Steiners epochenmachende Arbeiten - entwickelt worden sind (vgl. im Heft S. 34f.).

Man muss sich gar nicht auf kolportierte Äußerungen Rudolf Steiners über neue historische Chancen für die Dreigliederung nach hundert Jahren oder über historische Rhythmen beziehen, um sagen zu können, dass die Zuspitzung der globalen sozialen Widersprüche in den nächsten 10 Jahren zu verstärkten Auseinandersetzungen um eine gesellschaftliche Alternative führen wird, durch die sich für die soziale Dreigliederung neue Aufgaben und Entwicklungsnotwendigkeiten, Chancen und Zeitfenster ergeben können. - Zwar gibt es eine große Fülle an Literatur über die Dreigliederung mit Tausenden

\*\*\* Vgl. meinen Aufsatz „Die Dreigliederungsbewegung 1917 - 1922 und ihre aktuelle Bedeutung. In Rundbrief Dreigliederung, Nr. 3/1998, auch unter <http://www.sozialimpulse.de/pdf-Daten/Dreigliederungsbewegung.pdf>.

\*\*\*\* Vgl. Rainer Rappmann: Denker, Künstler, Revolutionäre - Beuys, Dutschke, Schilinski, Schmudt: vier Leben für Freiheit, Demokratie u. Sozialismus. Fiu-Verlag, Wangen i. Allgäu 1996.



von Titeln, jedenfalls wenn man die Veröffentlichungen in Zeitschriften mit einbezieht.\* Dennoch: Eine tiefergehende Diskussion über den möglichen Beitrag der sozialen Dreigliederung für die sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts und das Engagement der Zivilgesellschaft für eine menschenwürdige Gesellschaft hat erst gerade begonnen. Helmut Zander, in seinem 1800-Seiten Werk über „Anthroposophie in Deutschland“ hat 2007 einen solchen Beitrag weitgehend verneint, indem er die Behauptung aufstellt, Dreigliederung sei mitnichten ein Ansatz zur Herstellung von kultureller Freiheit und Selbstverwaltung, partizipatorischer Demokratie und solidarischer Ökonomie, sondern ein Trick, um ein von Esoterikern aus dem Hintergrund gesteuertes Geistesleben der Gesellschaft als Lenkungsorgan überzustülpen.\*\* So absurd dieses These auch Menschen erscheinen mag, die mit der Dreigliederung Umgangserfahrungen haben: sie kann dennoch mit Anstoß zu einer notwendigen Debatte und Neubesinnung über Dreigliederung sein. Diese betrifft etwa auch die Frage, ob die Verbindung der Dreigliederung mit der Anthroposophie heute eher als eine Belastung zu betrachten ist beziehungsweise wo umgekehrt der Wert dieser Verbindung liegen könnte, die möglicherweise auch zu einer Neubesinnung über Rolle und Aufgaben von Anthroposophie beitragen könnte.

Einzelne Fragen, die in diesem Zusammenhang zu behandeln sind, sind die folgenden:

I. Was verstehen wir unter sozialer Dreigliederung, welche historischen Tendenzen bilden sich in ihr ab beziehungsweise werden von ihr vorangetrieben?

II. Wie verlief die erste Bewegung für eine dreigliedrige gesellschaftliche Erneuerung 1917 - 1922 und hat sie noch eine aktuelle Bedeutung?

III. Wo finden wir Dreigliederungsmotive in den zivilgesellschaftlichen Bewegungen der letzten Jahrzehnte?

IV. Wie steht es um Vorwürfe gegen die soziale Dreigliederung, wie sie in Diskussionen der letzten Zeit erhoben werden?

V. Ist Anthroposophie eine Belastung für die soziale Dreigliederung? Welche Rolle spielt die Anschauung des Menschen für die sozialen Gegenwartsfragen?

VI. Wie steht es mit der heutigen Weltlage und den möglichen Beiträgen zu Alternativen aus der Dreigliederung auf verschiedenen Krisenfeldern?

VII. Welche Perspektiven können sich für die soziale Dreigliederung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ergeben? Welche historischen Konstellationen sind möglich, wie kann und muss man sich auf diese vorbereiten?

\* Vgl. Sozialwissenschaftliche Forschungsgesellschaft (Hg.): Dreigliederung des sozialen Organismus - Eine Bibliographie. Online unter <http://www.dreigliederung.de/bibliographie>

\*\* Helmut Zander: Anthroposophie in Deutschland. Theosophische Weltanschauung und gesellschaftliche Praxis 1884 - 1945, 2. Bde, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2007. 2., durchgesehene Auflage 2008. Vgl. meinen Aufsatz: Helmut Zanders Missverstehen der sozialen Dreigliederung. Sozialimpulse 4/2007, auch unter [www.sozialimpulse.de/pdf/Dateien/Helmut\\_Zander.pdf](http://www.sozialimpulse.de/pdf/Dateien/Helmut_Zander.pdf)

## I. Was verstehen wir unter sozialer Dreigliederung?

In dem Wort „Dreigliederung“ steckt zum einen der Gedanke, dass Gesellschaft kein einheitliches Gebilde ist, sondern sich in unterscheidbare Subsysteme differenziert. Das ist kein genuin anthroposophischer Gedanke, sondern mehr oder weniger Gemeingut der Soziologie. Hierfür sei nur stellvertretend der amerikanische Soziologe Daniel Bell genannt, der sozio-kulturelles, politisch-administratives und sozio-ökonomisches Subsystem unterscheidet.\*\*\*

In der sozialen Dreigliederung werden nun diese Systeme unter dem Gesichtspunkt angeschaut, wie ihr das Verhältnis geordnet sein muss, damit Menschen ihre sozialen Verhältnisse gestalten können. Diese Frage nach der Gestaltbarkeit der sozialen Verhältnisse durch die Menschen selbst ist der entscheidende Gesichtspunkt.

Das heißt es wird nicht nur gefragt, welche unterschiedlichen Gebiete wir in der Gesellschaft konstatieren können. Sondern es wird auch die Frage gestellt: was will da werden, wie kann sich das verändern, was können wir zu dieser Veränderung beitragen? Im sozialen Leben stecken wir eben immer selber im Geschehen mit drin. Wir können es nicht von außen beobachten, sondern unsere Gedanken, unsere Empfindungen, das was wir wollen, was wir planen, das fließt in das soziale Geschehen ein.

Weiterhin ist in diesem Begriff des sozialen Organismus die Auffassung enthalten, dass Gesellschaft kein mechanisches Gebilde ist, an dem man herumschrauben kann, sondern dass es sich um ein lebendiges Beziehungsgefüge zwischen den Menschen handelt: Gesellschaft entsteht dadurch, dass wir zusammenleben, zusammenarbeiten, dass sich dadurch ein Geflecht an Interaktionen ergibt, das einen Lebendigkeitscharakter hat, ein „social web of life“ darstellt, in einer neueren Terminologie ausgedrückt.

Und die Betonung der „Drei“ ist keine Zahlenmystik, sondern sagt aus, dass zwischen diesen drei Gebieten bestimmte Beziehungen bestehen, die qualitativer Art sind, dass es eine Art Polarität gibt zwischen dem geistig-kulturellen Leben und dem Wirtschaftsleben und dass das Rechtsleben zwischen diesen beiden Gebieten vermittelt. Das kann man institutionell betrachten, man kann es funktionell betrachten, was aber hier nicht weiter ausgeführt werden kann.

Wichtig ist, dass in der Dreigliederung davon ausgegangen wird, dass wir heute in einer Situation sind, wo der Einzelne gestalten will und dazu die Möglichkeit haben muss. In einer Situation, in der die Verhältnisse aus dem Bewusstsein heraus neu gegriffen werden müssen, einer Situation, in der man sich nicht mehr verlassen kann auf alte Gemeinschaftsorientierungen, wie sie früher im Unterbewusstsein der Menschen verankert

\*\*\* Daniel Bell: Die nachindustrielle Gesellschaft. Reinbek bei Hamburg 1979.

waren. Um diese bewusste Gestaltbarkeit herzustellen ist ein Verständnis der sozialen Prozesse notwendig, es müssen aber dann auch aus diesem Verständnis heraus die Räume in der Gesellschaft geschaffen werden, die von den Menschen real gestaltet werden können: Selbstverwaltungsräume.

Wenn man das mehr im Kontext der historischen Entwicklung betrachtet, muss man sagen: Dieser Arbeitsansatz der Dreigliederung reagiert auf eine ganz bestimmte historische Situation. Diese historische Situation ist dadurch charakterisiert, dass auf der einen Seite der Einzelne seine Freiheit und Mündigkeit beansprucht, auf der anderen Seite sich gleichzeitig eine Wirtschaft entwickelt, die sich arbeitsteilig über den ganzen Globus hin immer mehr vernetzt.

Menschheitsgeschichtlich kommen wir aus Gemeinschaftsverhältnissen, in denen der einzelne Mensch noch kaum für sich in Betracht kommt, noch nicht empfindet „Ich bin ein Mensch für mich“, sondern sich über die Gemeinschaft definiert. Er lebt das Leben dieser Gemeinschaft mit, er „schwimmt mit“ und wird dadurch auch vom Gemeinschaftsstrom getragen. Die Gemeinschaftsorientierungen geben ihm Verhaltenssicherheit, er befindet sich dadurch aber gleichzeitig in einer bevormundeten Rolle. Das wäre zu differenzieren für bestimmte historische Epochen. Als großen Trend kann man aber konstatieren: Je weiter man zurückgeht in der Geschichte, um so mehr findet man solche Gemeinschaftsverhältnisse.

Das löst sich dann langsam auf und am Beginn der Neuzeit kommt es dann zu einem regelrechten Entwicklungsschub. Jetzt wird das enge begrenzte alte Gemeinschaftswesen wie aufgebrochen, und zwar nach zwei Seiten hin. Jetzt tritt der Einzelne heraus aus der Gemeinschaft, empfindet sich immer mehr als Mensch für sich und erhebt den Anspruch, selbst über sein Leben zu bestimmen, sein eigenes Urteil über die Dinge zu haben und aus diesem eigenen Urteil heraus zu handeln. Das andere ist, dass die Ökonomie aus der Enge der alten Selbstversorgungswirtschaft hinauswächst in die weltweite Arbeitsteilung und Zusammenarbeit.

Damit entsteht die Frage, wie man denn eine solches arbeitsteiliges Wirtschaftswesen so gestalten kann, dass wir nicht nur objektiv füreinander tätig sind, sondern auch das Selbstversorgungsdenken und durch dieses geprägte soziale Einrichtungen überwinden und die Verhältnisse so ordnen, dass jeder zu seinem gerechten Anteil kommt und versorgt ist. Das ist die Frage nach dem fairen Handel, nach gerechten Preisverhältnissen usw.

Ein anderer Fragenkreis ergibt sich aus der Individualisierung: Was ist zu tun, damit die Freiheit die Gesellschaft nicht schlicht zersplittert, mit der Folge des Kampfs aller gegen alle? Wie kann Freiheit mehr sein als ein Auflösungsprinzip der Sozialität, wie kann und muss aus Freiheit heraus neue Gemeinschaft entstehen? Wie können sich freie Verantwortungsgemeinschaften bilden, wie können Menschen, die sich so zusammenschließen und im eigenen Auftrag, nicht mehr auf Weisung der Gemeinschaft, tätig werden, ihre Beiträge für das Gemeinwesen leisten?

Und eine dritte Frage entsteht in der Mitte zwischen Kultur- und Ökonomie: Wie ordnen mündige Menschen ihre Beziehungen untereinander selbst? In der alten Gemeinschaft war die Ordnung der Beziehung vorgegeben, oft in hierarchischer Weise, dadurch dass es Persönlichkeiten an der Spitze der alten Gemeinwesen gab, die für sich für geistig legitimiert hielten, allen anderen die Richtung ihres Lebens vorzugeben. Die Ordnung des Miteinander war damals keine Frage, in der Neuzeit erst wird sie zu einer solchen permanenten Frage. Die Ordnung des Miteinander der Mündigen ist die Frage nach der demokratischen Gleichheit, während aus der erwachten Selbstständigkeit des Einzelnen als Kulturträger die Frage nach der verantwortlich gelebten und lebbar Freiheit erwächst und aus dem Füreinander-Tätig-Sein in der modernen Arbeitsteilung die Frage nach der Solidarität, der Brüderlichkeit oder Geschwisterlichkeit, wie immer man das nennen will.

Es ergeben sich hier also für die moderne Gesellschaftsentwicklung drei große Fragezeichen. Diese drei Fragezeichen sind eigentlich das große Thema der Dreigliederung. Die soziale Dreigliederung ist im Kern nichts anders als der Versuch, aufzuzeigen, wie die Gesellschaft auf den Gebieten, auf denen diese Fragen entstehen, sich umgestalten muss. Das Thema der Dreigliederung ist die Umgestaltung der Gesellschaft in einem Zeitalter, in dem der einzelne Mensch seine Mündigkeit beansprucht und in der er gleichzeitig durch die Entwicklung der modernen Ökonomie in eine globale soziale, ökologische und ökonomische Verantwortung hineinwachsen muss.

Dass diese drei Fragen heute nicht wirklich beantwortet sind, liegt auf der Hand. Überall haben wir gesellschaftliche Strukturen ausgebildet, die allenfalls eine Teilantwort geben oder gar in die Irre führen. Die einzigen bisher im großen Maßstab erprobten Antworten in der Ökonomie sind die kapitalistische Marktwirtschaft und die sozialistische Planwirtschaft. Dass die Planwirtschaft gescheitert ist, wird heute nur noch von wenigen bestritten. Dass die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise etwas mit dem Versagen kapitalistischer Wirtschaftsformen zu tun hat, empfinden immer mehr Menschen. Aber wir tun uns schwer, aus dem Zirkel falscher Alternativen auszubrechen. Kapitalistisches Privateigentum und sozialistisches Staats Eigentum, staatsmonopolistischer Kapitalismus und staatsmonopolistischer Sozialismus, teilautonome oder gänzlich durch Staat oder Wirtschaft fremdbestimmte Kultur, all das ist oder war zumindest gesellschaftliche Realität. Von einer wirklich konsequenten Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Einklang mit der Mündigkeit des modernen Menschen sind wir dagegen im gesamtgesellschaftlichen Maßstab noch recht weit entfernt, wenn es auch viele hoffnungsvolle Ansätze im Kleinen geben mag.

Dass wir nur so langsam mit der gesellschaftlichen Erneuerung vorankommen, das hängt damit zusammen, dass viele Menschen - und besonders Vertreter der sogenannten gesellschaftlichen Eliten - ein Misstrauen hegen gegen das Potenzial der menschlichen Freiheit. In ihrem Menschenbild kommt verantwortlich gelebte Freiheit nicht vor, zumindest nicht in dem Bild, dass sie sich von anderen Menschen machen. Aus Freiheit

## Rudolf Steiner über soziale Dreigliederung (1919/20)

Was bisher ohne die bewusste Aufnahme in das menschliche Seelenleben die alten Formen des sozialen Organismus ergeben hat, das wird in der Zukunft nicht mehr wirksam sein. [...] Dieser soziale Organismus muß, wenn er gesund wirken soll, drei [...] Glieder gesetzmäßig ausbilden.

Eines dieser Glieder ist das Wirtschaftsleben. Hier soll mit seiner Betrachtung begonnen werden, weil es sich ja ganz augenscheinlich, alles übrige Leben beherrschend, durch die moderne Technik und den modernen Kapitalismus in die menschliche Gesellschaft hereingebildet hat. Dieses ökonomische Leben muß ein selbständiges Glied für sich innerhalb des sozialen Organismus sein, so relativ selbständig, wie das Nerven-Sinnes-System im menschlichen Organismus relativ selbständig ist. Zu tun hat es dieses Wirtschaftsleben mit all dem, was Warenproduktion, Warenzirkulation, Warenkonsum ist.

Als zweites Glied des sozialen Organismus ist zu betrachten das Leben des öffentlichen Rechtes, das eigentliche politische Leben. Zu ihm gehört dasjenige, das man im Sinne des alten Rechtsstaates als das eigentliche Staatsleben bezeichnen könnte. Während es das Wirtschaftsleben mit all dem zu tun hat, was der Mensch braucht aus der Natur und aus seiner eigenen Produktion heraus, mit Waren, Warenzirkulation und Warenkonsum, kann es dieses zweite Glied des sozialen Organismus nur zu tun haben mit all dem, was sich aus rein menschlichen Untergründen heraus auf das Verhältnis des Menschen zum Menschen bezieht. Es ist wesentlich für die Erkenntnis der Glieder des sozialen Organismus, dass man weiß, welcher Unterschied besteht zwischen dem System des öffentlichen Rechtes, das es nur zu tun haben kann aus menschlichen Untergründen heraus mit dem Verhältnis von Mensch zu Mensch, und dem Wirtschafts-System, das es nur zu tun hat mit Warenproduktion, Warenzirkulation, Warenkonsum. [...]

Als drittes Glied, das ebenso selbständig sich neben die beiden andern Glieder hinstellen muss, hat man im sozialen Organismus das aufzufassen, was sich auf das geistige Leben bezieht. Noch genauer könnte man sagen, weil vielleicht die Bezeichnung „geistige Kultur“ oder alles das, was sich auf das geistige Leben bezieht, durchaus nicht ganz genau ist: alles dasjenige, was beruht auf der natürlichen Begabung des einzelnen menschlichen Individuums, was hineinkommen muss in den sozialen Organismus auf Grundlage dieser natürlichen, sowohl der geistigen wie der physischen Begabung des einzelnen menschlichen Individuums. Das erste System, das Wirtschaftssystem, hat es zu tun mit all dem, was da sein muss, damit der Mensch sein materielles Verhältnis zur Außenwelt regeln kann. Das zweite System hat es zu tun mit dem, was da sein muss im sozialen Organismus wegen des Verhältnisses von Mensch zu Mensch. Das dritte System hat zu tun mit all dem, was hervorspritzt und eingegliedert werden muss in den sozialen Organismus aus der einzelnen menschlichen Individualität heraus. [...]

Rudolf Steiner: Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft (1919), Vorrede und Einleitung zum 41.-80. Tausend (1920), GA 23, Dornach 1976, S. 60 - 62

folgen Menschen in dieser Betrachtung prinzipiell nur ihrem Egoismus, dass sie aus Freiheit heraus für andere Menschen etwas tun, ist nicht vorgesehen. Wer so denkt, hat naturgemäß Probleme, ein autonomes selbstverwaltetes Kulturleben zu denken, genauso wie er Probleme haben wird, ein Wirtschaftsleben zu denken, das durch neue Formen solidarischer Kooperation geprägt ist, und einen Staat, in dem eine wirkliche Teilnehmerdemokratie blüht und nicht bloß eine Zuschauerdemokratie vorhanden ist. Das alles wird man mit den gleichen Gründen beargwöhnen, mit denen man dem freien Menschen misstraut.

## II. Motive der Dreigliederungsbewegung 1917 bis 1922

Bereits 1898 und 1905/06 hatte Rudolf Steiner die skizzierten historischen Trends in Aufsätzen beschrieben. 1898 sprach er davon, dass die ganze Gesellschaftsentwicklung auf einen Individualisierungsprozess hinauslaufe, der zu einem völligen Wandel im Verhältnis zwischen Individualität und Staat führen müsse: der moderne Staat müsse für den Einzelnen da sein. 1905/06 beschreibt er, wie die Menschheit immer mehr zu einer Gemeinschaft zusammenarbeitender Menschen wird und dass dies Folgen für Preis- und Einkommensbildung haben, zu einer Entkoppelung von Arbeit und Einkommen führen müsse. Diese Prämissen werden aber dann erst im „Epochenjahr“ 1917 praktisch relevant. Damals, als sich die drohende militärische Katastrophe der Mittelmächte andeutet, wird R. Steiner von einem Anhänger gefragt, wie man einen Ausweg finden könne. Daraus entwickelt sich die Initiative, mit zwei Memoranden den Versuch der Einflussnahme auf die Regierungen in Berlin und Wien zu unternehmen. Die Stoßrichtung war, durch ein mitteleuropäisches Friedensprogramm, dessen Kern eine Sozialreform im Sinne der Dreigliederung darstellte, einen Verständigungsfrieden zu ermöglichen. Ein Mitteleuropa, das Machtstrukturen abbaut, hätte von niemanden in der Welt mehr als Bedrohung empfunden werden können. Konkret schlug man eine Entflechtung des Einheitsstaates durch die Schaffung eines Kulturparlaments und eines Wirtschaftsparlaments neben dem politischen Parlament vor. Und im Kontrast zu dem US-amerikanischen Präsidenten Wilson, der im Selbstbestimmungsrecht der Nationen, in der „Völkerbefreiung“, die Friedensgrundlage sah, wird in den Memorandumsentwürfen davon gesprochen, man müsse erst den Einzelnen befreien, mit ihm befreie man dann auch Völker. Dagegen müsse es gerade in einem Gebiete wie der Donaumonarchie zu Mord und Totschlag führen, wenn man das Recht jedes Volkes auf einen eigenen Staat vor das individuelle Menschenrecht stelle, weil dort die Ethnien (und die religiösen Gruppierungen) dicht an dicht leben. „Wo ein Serbe ist, da ist Serbien“, „wo ein Kroat ist, da ist Kroatien“, solche Parolen haben dann auch letztlich der ethnischen Säuberung den Weg bereitet. Freiheit für den Einzelnen, so die Memoranden, würde bedeuten, dass dieser sich kulturell frei orientieren, Schule, Richter



und Kirche wählen kann und daraus dann Vertrauen erwachsen wird, nicht aufgrund territorialer Grenzen diskriminiert zu werden. So würde das friedliche Zusammenleben der Menschen gefördert.

Zwar haben die Dreigliederer politische Kontakte in den Hauptstädten, es kommt jedoch - was auch eher unwahrscheinlich gewesen wäre - nicht dazu, dass von den Regierungen irgendetwas in dieser Richtung unternommen worden wäre. So kommt die militärische Niederlage, es kommt die Novemberrevolution. Man hat jetzt den Eindruck: Jetzt ist die Stunde der Erneuerung, jetzt müssen wir uns an die breite Masse der Bevölkerung wenden. Es entsteht dann ein Aufruf „An das deutsche Volk und an die Kulturwelt“, der im Frühjahr 1919 veröffentlicht wird und ein relativ großes Echo findet. Es entwickelt sich jetzt eine Volksbewegung, besonders in Baden-Württemberg, mit Schwerpunkt gerade auch in Stuttgart. Wer die Zeitungen aus dieser Zeit studiert, stellt fest, dass die Dreigliederung überall Schlagzeilen macht. Besonders in der Arbeiterschaft, da wieder besonders unter den der USPD nahe stehenden Arbeitern, engagieren sich viele stark für die Dreigliederung.

Die Aktivisten der damaligen Bewegung wurden besonders nach zwei Richtungen hin aktiv. Einmal unterstützte man die Forderungen der Arbeiterschaft nach Betriebsräten. Dabei schlug man ein Konzept für die Betriebsräte vor, in dem diese weder Organe werden sollten, die im Sinne der Mehrheitssozialdemokratie die Rechte der Arbeiter zwar stärken, jedoch den Gegensatz von Kapital und Arbeit unangetastet lassen würden, noch Organe im Sinne der Kommunisten, die die „Bourgeoisie“ verjagen und eine proletarische Rätediktatur errichten helfen sollten. Vielmehr sah man die Betriebsräte als Organe betrieblicher Selbstverwaltung, aus denen heraus dann auch überbetrieblich Selbstverwaltungsorgane erwachsen sollten, Organe in denen sich die Betroffenen über wirtschaftliche Fragen hätten verständigen können, im Sinne umfassender Versorgung und gerechter Preisbildung. Die andere Richtung bestand in dem Versuch zur Gründung eines Kulturrats. Da wurde um Pfingsten herum ein Aufruf lanciert, der darauf zielte, die Kulturarbeiter zu veranlassen, die Kulturinstitutionen selbst in die Hand zu nehmen und zu verwalten. Selbstverwaltung im weitesten Sinne war also die Stoßrichtung.

Die Situation war damals noch weitgehend offen. Das Kaiserreich war zusammengebrochen und die Weimarer Reichsverfassung wurde erst im August beschlossen. So konnte man in der ersten Jahreshälfte 1919 die Hoffnung hegen, in Form von Betriebs-, Wirtschafts- und Verkehrsräten einerseits, in Form eines Kulturrats andererseits, Realitäten zu schaffen, die der Staat dann hätte zur Kenntnis nehmen müssen, was ihm zugleich die Konzentration auf seine Kernaufgaben erleichtert hätte. Diese Kalkül ging dann nicht auf, weil die politischen Verhältnisse sehr schwierig wurden, die alten reaktionären Kräfte wieder Oberwasser bekamen. Auch in der Arbeiterbewegung gab es große Widerstände und Bedenken. Wer zum Beispiel als Gewerkschaftsverantwortlicher nicht genug Phantasie hatte, sich die Gewerkschaften in einer neuen Rolle vorzustellen, der musste Angst haben vor einer Gesellschaft, in der der

Gegensatz von Kapital und Arbeit zugunsten einer betrieblichen Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe - bei funktioneller Differenzierung von Aufgaben und Verantwortungsgraden - überwunden sein sollte - und damit die traditionelle Rolle der Gewerkschaften vakant geworden wäre.

Aus solchen Gründen ebbt die Massenbewegung für die Dreigliederung dann ab. Man wechselt deshalb die Arbeitsformen, konzentriert sich auf den Aufbau einzelner „Musterinstitutionen“. Dazu gehört ein Unternehmensverbund, aber auch die Freie Waldorfschule. Diese ist von vorherein nicht als Einzelschule konzipiert, sondern als Beitrag zu einem freien Schulwesen in einer neuen Gesellschaft. Wichtig ist es zu wissen, dass diese Bewegung damals fast ausschließlich von rechts bekämpft und diffamiert worden ist. Es gab auch linke Kritik, die man aber heute eher mit Schmunzeln quittieren kann. Etwa dann, wenn davon die Rede ist, dass die Dreigliederer Illusionen verbreiten, weil nur die Diktatur des Proletariats so etwas wie die Dreigliederung durchsetzen könne. Die Rechte dagegen hat je weiter die Bewegung sich entwickelte, diese um so heftiger angegriffen. Im Jahr 1920 gibt es in Oberschlesien noch einmal eine größere Kampagne für die soziale Dreigliederung. Dort hatte der Völkerbund eine Volksabstimmung angesetzt, bei der entschieden werden sollte, ob das Gebiet zu Deutschland oder zu Polen gehören sollte. Wie eine solche Abstimmung immer ausgehen würde, es würde danach eine unterdrückte Minderheit und eine unterdrückende Mehrheit geben, so die Einschätzung der Dreigliederungs-Aktiven damals. Diese Position hat die Rechtsradikalen dann besonders erbost. Denn für sie war das schlicht Vaterlandsverrat. So machten sie Terror in den Versammlungen. Hitler persönlich schaltete sich ein und schrieb am 15. März 1921 in einem Artikel im Völkischen Beobachter, die Dreigliederung sei auch so eine dieser „jüdischen Methoden zur Zerstörung der normalen Geistesverfassung der Völker“\*. Die Nazis haben durchaus gewusst, warum sie Waldorfschule und Anthroposophische Gesellschaft verboten haben\*\*, die sie als ideologische Gegenbewegung und Gefahr für den Nationalsozialismus betrachtet haben.

Die Dreigliederungsbewegung stockt dann 1922. R. Steiner hält zwar in diesem Jahr noch einen Kurs über die Erneuerung der Ökonomie mit wichtigen Ansätzen für die Zukunft. Man muss sich aber gleichzeitig eingestehen, dass die Bewegung erst einmal gescheitert ist. Das ist ja eine Tragik der damaligen Entwicklung, dass alle die fortschrittlichen Ansätze, die zu Beginn der Weimarer Republik da waren, nicht durchgekommen sind. So kam es zu einer Entwicklung, die 1933 in der Machtergreifung der Nationalsozialisten und der sich anschließenden Barbarei kulminierte.

\* Vgl. <http://www.anthroposophy.com/aktuelles/hitler1921.html>

\*\* Dass es in der Anthroposophischen Gesellschaft wie in nahezu allen damaligen Organisationen auch einzelne Hitler-Anhänger gab, ändert daran nichts. Es muss aber an dieser Stelle auch erwähnt werden, dass es bis in die jüngere Zeit vereinzelt Versuche gibt, Steiners Auffassungen zu fälschen, um sie dann für rechtsradikale Bestrebungen zu instrumentalisieren, vgl. etwa Werner Haverbeck: Rudolf Steiner - Anwalt für Deutschland, München 1989.

### III. Dreigliederungsmotive in den zivilgesellschaftlichen Bewegungen der letzten Jahrzehnte

In der Nazi-Zeit war jede Dreigliederungsarbeit praktisch unmöglich. Auch im bald nach der Befreiung Deutschlands einsetzenden Kalten Krieg hatten es innovative Ansätze zunächst sehr schwer. Als 1967 dann die Studenten- und Jugendbewegung begann und es 1968 zum Prager Frühling kam, fanden sich Menschen, die sich sagten: Wir müssen den Impuls der sozialen Dreigliederung wiederbeleben. Zu ihnen gehörte z.B. der Künstler Joseph Beuys, der dann unter anderem in Achberg mit Freunden große Tagungen durchführte, bei denen auch Exponenten des von der Sowjetunion niedergewalzten Prager Frühlings teilnahmen wie Ota Sik und Eugen Löbl. Menschen aus dieser sich wieder formierenden Dreigliederungsbewegung wirkten auch bei der Gründung der Grünen mit.

Ohne die Ereignisse des Jahres 1968 ist der Zusammenbruch des Staatssozialismus 1989 schwer vorstellbar. Das Problem, mit dem die Bürgerbewegungen, die den Umbruch herbeiführen, ringen, ist ein autoritärer, totalitärer Staat, der die Kultur unterdrückt

#### Rolf Henrich: Alternative zum vormundschaftlichen Staat (1989)

Es fragt sich nun: Welche Umwandlung wird der sozialistische Staat erfahren, wenn er im Geistesleben und in der Wirtschaft planmäßig zum „Absterben“ gebracht wird? Mit anderen Worten, welche Aufgaben bleiben dem Staat und seinen Organen vorbehalten, die den jetzigen Staatsfunktionen entsprechen? Logischerweise wird sein Betätigungsfeld erheblich schrumpfen. Aus der (ständig wachsenden) Rolle des Volkserziehers und Wirtschaftsorganizers wechselt der Staat dann zwangsläufig in die eher schon wieder lebenswürdige Rolle des bloßen ‚Wächters‘, der nach innen die demokratischen Formen garantiert; in denen sich Menschen unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Gruppierungen zueinander ins Verhältnis setzen.

Wird der sozialistische Staat in dieser Weise aus dem Geistesleben und der Wirtschaft als eine diesen Verhältnissen wesensfremde Kraft zurückgenommen, so kann der soziale Organismus in diesen beiden Gliedern Zug um Zug eigene Selbstverwaltungen ausbilden. Im Ergebnis wird eine Dreigliederung in die gegeneinander verselbständigten Bereiche Geistesleben - Wirtschaft - Staat entstehen. Auf diese Idee der Dreigliederung weist bereits im Denken der Aufklärung wie des Marxismus vieles hin. Ihre konsequenteste Ausformung hat sie zu Beginn dieses Jahrhunderts durch Rudolf Steiner erfahren.

Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus. Reinbek bei Hamburg 1989. Kapitel 14. Zur Neugliederung des Staatssozialismus - ein Entwurf

und die Wirtschaft durch eine heillose Planbürokratie schädigt. Die Menschen, die sich in den Bürgerbewegungen engagieren, erleben daran etwas, was sehr viel mit sozialer Dreigliederung zu tun hat: Wenn ein Bereich der Gesellschaft die anderen unterdrückt, dann verformt er sich selbst und verhindert eine Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Menschen. Damals gibt es einen Rechtsanwalt in der DDR, den bereits erwähnten Rolf Henrich, der später das Neue Forum mitbegründet und der im Frühjahr 1989 ein Buch veröffentlicht, das den Titel trägt: „Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus“. In diesem Buch gibt es ein Kapitel „Zur Neugliederung des Staatssozialismus“. Henrich spricht dort aus, dass unterschwellig ein Dreigliederungsmotiv der sich anbahnenden Umbruchbewegung zugrunde liegt: Das Problem dieser Bewegung ist der vormundschaftliche Staat, der aus dem Kultur- und Wirtschaftsleben herausgeflochten werden müsse, damit diese sich in sachgemäßer Weise selbst verwalten können. Der Staat selbst müsse sich demokratisieren. (Vgl. Kasten) Henrich erhielt damals Berufsverbot, ihn ins Gefängnis zu werfen, wagte das Regime schon nicht mehr. Im November 1989 luden wir ihn nach Stuttgart zu einer großen Tagung ein, an deren Rand dann auch das Netzwerk Dreigliederung begründet wurde, das bis heute aktiv ist.

Wir wissen, was geschehen ist. Der vormundschaftliche Staat wurde beseitigt. Jedoch wurde nicht die Dreigliederung realisiert, sondern das westliche Modell wurde auf den Osten übertragen, ein Modell, das die meisten Vertreter der Bürgerbewegung, als Henrich sein Buch schrieb, keineswegs importieren wollten. Seither sind nun ganz andere Verhältnisse heraufgekommen. Nicht dass es keine Probleme mit staatlicher Vormundschaft mehr gäbe. Aber unsere primären Probleme hängen zusammen mit einer Ökonomie, die bestimmt wird von global tätigen Konzernen und den immer mehr sich aufblähenden globalen Finanzmärkten. Diese gefährden nun ihrerseits die Demokratie und drohen die Diversität der Kultur zu zerstören. Das ist die Lage, mit der sich eine Bewegung konfrontiert sieht, die man als die globale Zivilgesellschaft bezeichnet und die zum ersten Mal 1999 bei der dritten Gipfelkonferenz der Welthandelsorganisation WTO in Seattle für die ganze Welt sichtbar in Erscheinung tritt. Ohne zentrale Organisation, durch horizontale Vernetzung vor allem über das Internet, wurden die Protestaktionen von Seattle koordiniert. Die Demonstrationen der verschiedenen Netzwerke und Bewegungen der unterschiedlichsten Art führten in Verbindung mit der Unzufriedenheit von Konferenzteilnehmern aus der südlichen Hemisphäre dann zum Scheitern der Konferenz.

Man kann sagen, dass auch diese Bewegung letztlich von einem Dreigliederungsmotiv bestimmt wurde, wiederum allerdings, ohne dass man sich selbst das so buchstabiert hätte. Wenn transnationale Konzerne und eine wildgewordene Finanzwirtschaft die Demokratie zurückdrängen und Freiheit und Vielfalt der Kultur gefährden und zerstören, dann können die Menschen ihre gesellschaftlichen Beziehungen nicht selbst bestimmen und gestalten, dann verformt sich auch die Ökonomie selbst. Auch jetzt gibt es wieder jemanden, der diese

Bewegung im Sinne des Arbeitsansatzes der sozialen Dreigliederung zu verstehen und zu interpretieren versucht. Das ist Nicanor Perlas, der 1999 ein Buch veröffentlicht, das den Titel trägt: „Die Globalisierung gestalten. Zivilgesellschaft, Kulturkraft und Dreigliederung“.\* Er spricht dort davon, dass das Hervortreten der globalen Zivilgesellschaft ein ungeheuer wichtiges Phänomen der Weltentwicklung darstellt, bedeutet es doch, dass wir seit 1999 faktisch eine tripolare Welt-situation haben, ein Stück faktischer Dreigliederung, dadurch, dass da eine dritte Kraft die Weltbühne betritt und agiert, wo vorher die großen Konzerne und die Staaten allein das Terrain beherrscht haben.

Wenn sich die Zivilgesellschaft richtig versteht, so Perlas, dann darf sie sich allerdings nicht als eine politische oder eine ökonomische Kraft verstehen, obwohl sie sich mit Themen von Politik und Ökonomie beschäftigt. Sie muss sich vielmehr verstehen als einen Kulturfaktor. Denn was vereint die Menschen in der Zivilgesellschaft? Es vereinen sie bestimmte Werte wie soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, um die sie sich frei zusammenscharen; ihr Zusammenschluss vollzieht sich also nach der Art der bereits kurz skizzierten Verantwortungsgemeinschaften. Indem sich die Zivilgesellschaft über ihre selbstständige Rolle klar wird, gelangen wir von einer faktischen zu einer bewussten Dreigliederung oder Tripolarität.

Ein weiterer Schritt besteht nun darin, dass die Zivilgesellschaft sich nicht nur als Widerstandskraft gegen die elitäre Globalisierung mit ihren verheerenden Folgen für viele Menschen auf dem Planeten versteht, sondern dass sie auch beginnt, über Alternativen zu dieser verhängnisvollen Entwicklung zu diskutieren. Dies geschieht ja dann tatsächlich vor allem durch die Bewegung der Weltsozialforen, die einen offenen Raum für eine andere Welt zu bilden versuchen. Diesen Schritt hin zur Alternativendiskussion belegt Perlas mit dem Begriff der fortgeschrittenen Dreigliederung. Indem sie auf diesem Weg voranschreitet, fängt die Zivilgesellschaft an, die ganze Gesellschaft mit ihren Ideen zu beeinflussen, wodurch diese sich als ganze in eine Zivilgesellschaft umzuformen beginnt (vgl. Kasten).

Das ist der große Versuch von Nicanor Perlas, die Dreigliederung fruchtbar zu machen für das Ringen der Zivilgesellschaft für eine bessere Welt. Perlas weist auf die Gefahr hin, dass die Zivilgesellschaft aufgesogen werden könnte durch die politische Sphäre oder durch die ökonomische Sphäre. Und er macht darauf aufmerksam, dass die Zivilgesellschaft ihre eigentliche Kraft nur dann entfalten kann, wenn sie versteht, dass diese Kraft in ihrem Wesen kultureller Art ist, „cultural power“, die sanfte Kraft der Wertorientierung ist. Wenn das verstanden wird, dann wird die Zivilgesellschaft auch in der Lage sein, sich zu verbünden mit den innovativ denkenden, kulturell-kreativen Menschen in den anderen Sektoren der Gesellschaft, dann wird diese Bewegung schließlich eine solche Kraft entfalten, dass sie die Verhältnisse grundlegend zu verändern vermag.

\* Deutsche Ausgabe Frankfurt/M 2000

## Nicanor Perlas: Zwei Vorbedingungen zum Verständnis der Dreigliederung

Es gibt zwei Schlüssel oder Eingangstore, um die Bedeutung und die Wichtigkeit der Dreigliederung zu verstehen.

Mit dem ersten Schlüssel können wir verstehen, warum unsere Welt heute tripolar ist. Sie ist es deshalb, weil es heute drei widerstreitende institutionelle Kräfte gibt, die in der Welt herrschen - globale Zivilgesellschaft, Regierung und Unternehmen. Diese drei Kräfte bestimmen durch ihre Interaktion die Richtung der Weltentwicklung.

Mit dem Aufkommen der Zivilgesellschaft als einer der drei institutionellen Kräfte ist etwas sehr Wichtiges direkt verbunden. Mit ihrem Auftauchen bringt die Zivilgesellschaft, bewusst oder unbewusst, kulturelles Leben als autonomen Bereich innerhalb der Gesellschaft aus sich hervor. Dieses Ereignis ist von enormer Bedeutung.

Drei institutionelle Kräfte anzuerkennen - und das faktische Aufkommen eines autonomen kulturellen Bereichs durch die Präsenz der Zivilgesellschaft - ist der erste Schlüssel zum Verständnis der Dreigliederung. Aber er reicht nicht aus. Wir müssen einen weiteren liefern, damit dann beide zusammen die Bedeutung und Wichtigkeit der Dreigliederung für uns entschlüsseln werden.

Für den zweiten Schlüssel müssen wir uns den Sozialwissenschaften zuwenden. Dort erfahren wir, dass es drei Bereiche im sozialen Leben oder drei Subsysteme in der Gesellschaft - das kulturell, politische und ökonomische - gibt. Jede Gesellschaft - groß und klein - beinhaltet diese drei Bereiche, die manchmal auch als die drei Sphären der Gesellschaft bezeichnet werden. Was wir als „sozial“ bezeichnen, ist eine aufkommende Organisation auf höherer Ebene, die durch die Interaktion der verschiedenen Bereiche der Gesellschaft entsteht. [...]

Die Interaktionen dieser drei Bereiche bestimmen, welche Art von sozialem Leben oder Gesellschaft wir haben. Wir leben in einer gesunden Gesellschaft, wenn sich die drei Bereiche gegenseitig anerkennen und unterstützen und ihre Initiativen mit dem Bewusstsein über ihre möglichen Wirkungen auf die anderen Bereiche entwickeln. Wir leben in einer kranken Gesellschaft, wenn ein Bereich vorherrscht und versucht, die anderen zu unterwerfen. Z.B. herrscht in der zerstörerischen Form der Globalisierung, die wir „elitär“ nennen eine Sphäre der Gesellschaft, nämlich die wirtschaftliche, über die berechtigten Belange der politischen und kulturellen. Hinzu kommt, dass wirtschaftliche und politische Institutionen im allgemeinen nur ein vages Verständnis und eine ungenügende Anerkennung der Kultur und ihrer Rolle im sozialen Leben entwickeln.

Dreigliederung: die Sprache der neuen tripolaren Welt. In: Eine neue Welt erbauen. Das WeltSozialForum in Mumbai. Flensburger Hefte Nr. 84.

## IV. Soziale Dreigliederung kontrovers

Obwohl an den skizzierten geschichtlichen Kontexten der Dreigliederung nichts darauf hindeutet, dass der emanzipatorische Anspruch, der mit ihr verbunden ist, nur vorgeschoben ist, so wird dies doch von bestimmten Kreisen immer wieder behauptet, die vor allem mit dem Rassismus-Vorwurf gegen R. Steiner operieren. Helmut Zander ist für diese Kritik sogar insofern eher untypisch, als er sich in seinem 1800 Seiten umfassenden Werk „Anthroposophie in Deutschland“ sehr gründlich mit dem Gegenstand befasst und vielfältigste Aspekte der Anthroposophie dabei irgendwo berührt hat. Zander schreibt immerhin, man möge zur Kenntnis nehmen, dass R. Steiner selbst sich nicht als Rassisten gesehen hat.\* Diese Auseinandersetzung um den angeblichen Rassismus von Steiner ist ja zunächst einmal erstaunlich, weil es zu Steiners Zeiten die Rechten, die Rassisten waren, die ihn als Freimaurer, Judenknecht, Vaterlandsverräter und Verführer der Jugend diffamiert und verfolgt haben. Das hat sich heute umgekehrt. Die meisten Angriffe kommen aus dem ultralinken, manche sagen auch pseudo-linken Spektrum.

Man staunt über die geniale PR-Strategie, die da vorliegt. Bei Karl Marx etwa findet man schreckliche Äußerungen über Ferdinand, Lassalle: Nigger, Itzig und so weiter.\*\* Es fehlt auch nicht an diskriminierenden Äußerungen etwa über slawische Völker. Dennoch wird man zu Recht sagen, dass in solchen punktuellen Entgleisungen nicht das Wesen der Marx'schen Theorie gesucht werden darf. Wenn man wirklich wissen will, was Marx wollte, dann muss man nicht auf solche Stellen schauen, sondern man muss darauf sehen, was er über die Aufhebung der Entfremdung und die Ausbeutung der Arbeiterklasse geschrieben hat, man muss den kategorischen Imperativ des jungen Marx zur Kenntnis nehmen, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“\*\*\* Auch die Wirkungsgeschichte Marx'scher Ideen etwa im Stalinismus darf man nicht mit diesen Ideen selbst verwechseln. Das ist die einzige seriöse Herangehensweise an das Werk eines Denkers und Praktikers.

Um so interessanter ist, wie es gelingen kann, das gesamte Werk R. Steiners unter einzelne Äußerungen zu subsumieren, von denen auch wiederum nur wenige zu Recht als heute diskriminierend wirkend angreifbar sind, während man andere einfach geschickt aus dem Kontext gerissen hat. Da wird dann z.B. Steiner selbst in den Mund gelegt, was er von Ernst Haeckel zitiert oder ähnliches mehr. Steiner selbst hat einmal auf die Frage, was von seinem Werk nach 1000 Jahren bleiben werden, auf die „Philosophie der Freiheit“ gedeutet, ein Werk, in dessen Mittelpunkt die aus individueller Einsicht handelnde freie Persönlichkeit steht, das Ich des Menschen, das über allen Unterschieden der Hautfarbe, der sozialen Herkunft, des Geschlechts

\* Helmut Zander: Anthroposophie in Deutschland, a.a.O., S. 636.

\*\* Vgl. Marx an Engels, 1862, MEW 30, 257.

\*\*\* Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. MEW 1, S. 385, 1844

usw. steht und durch das jeder einzelne Mensch, wie es in dem Buch heißt, „eine Gattung für sich“ darstellt. Es ist der Anthroposophie und der Dreigliederung ganz wesensfremd, diskriminierende Unterschiede zwischen Menschen machen zu wollen. Durch nichts, so Steiner, werde die Menschheit heute mehr in den Niedergang hineingezogen als durch das „Pochen auf Stammes-, Volks- und Rassenzusammenhänge“\*\*\*\*

In einer Erklärung des Bundes der Freien Waldorfschulen vom 28. Oktober 2007 wird auf die Praxis der weltweiten Schulbewegung verwiesen und dann gesagt: „Als Schulen ohne Auslese, Sonderung und Diskriminierung ihrer Schülerinnen und Schüler sehen sie alle Menschen als frei und gleich an Würde und Rechten an, unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit, nationaler oder sozialer Herkunft, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung.“ (Vgl. Kasten) Gleichzeitig wird gesagt: „Die Anthroposophie als Grundlage der Waldorfpädagogik richtet sich gegen jede Form von Rassismus und Nationalismus. Die Freien Waldorfschulen sind sich bewusst, dass vereinzelte Formulierungen im Gesamtwerk Rudolf Steiners nach dem heutigen Verständnis nicht dieser Grundrichtung entsprechen und diskriminierend wirken.“

Das ist das richtige Wort zur richtigen Zeit. Es geht nicht darum, zu leugnen, dass es solche Äußerungen gibt, die so wirken. Und das nicht nur, wenn sie böse interpretiert werden. Sie wirken auch auf mich so. Das muss man so sagen, aber zugleich muss man solche Äußerungen eben in den Kontext des Gesamtwerks stellen. Und dann sieht man, dass das nicht das Wesen der Sache ist, sondern dass es im Gegenteil eigentlich keine bessere Begründung gibt für den Kampf gegen den Rassismus, als eine Anschauung des Menschen, die den Kern seiner Würde, den Kern seiner Freiheitsfähigkeit ernst nimmt und den Menschen nicht subsumiert unter irgendwelche Gruppeneigentümlichkeiten, wie Hautfarbe, Geschlecht oder was auch immer.

Nun da ist Zander etwas differenzierter. Aber er ist eben - von einer Reihe handwerklicher Fehler in seiner Arbeit sehe ich hier einmal ab - der Auffassung, dass die Idee des freien Geisteslebens im Grunde nur ein Trick sei, um die Herrschaft der Esoteriker zu begründen. Im Originalton: „In Steiners Konzeption drängte [...] die Hegemonie des autoritären Geisteslebens die demokratischen Werte und Regeln in Randbereiche ab. Mit der Struktur der Dreigliederung hielt Steiner nach dem Untergang des Kaiserreichs an einer Art konstitutioneller Monarchie fest, in der nun die ‚Eingeweiheten‘ und ‚Hellsichtigen‘ die Oligarchen stellten und demokratische Entscheidungen an ihr Placet banden“\*\*\*\*\* Ein völliges Missverständnis, gerade auch wenn man auf die historischen Fakten schaut! Denn wenn man einen Kulturrat als Selbstverwaltungsorgan des gesamten Kulturlebens vorschlug, dann durfte man doch 1919 nicht davon ausgehen, dass es dort eine Mehrheit von Anthroposophen geben würde. Man stellte sich vielmehr dem Wettbewerb, entsprechend der Idee, das geistige Leben müsse pluralistisch sein, es müsse in ihm die freie Auseinandersetzung zwischen verschiedenen

\*\*\*\* Vortrag vom 26. 10. 1917, in: GA 177.

\*\*\*\*\* Zander, a.a.O., S. 1354.



Richtungen und Ansätzen geben. Wenn man tatsächlich eine Herrschaft der Esoteriker oder überhaupt Herrschaftsverhältnisse erstrebt hätte, dann hätte man natürlich gerade das nicht propagieren dürfen, sondern hätte vielmehr eine vierte Instanz, irgendeinen Rat der Weisen, ein „Werteparlament“, eine „Rettungsregierung“ oder ähnliches fordern müssen, ein Organ, das dann als Transmissionsriemen einer Steuerung aus dem Hintergrund hätte benutzt werden können.

Und man hätte dann kein Konzept der Gesellschaft vertreten dürfen, in dem die Gebiete der Gesellschaft horizontal nebeneinander liegen, die einzelnen Menschen die Verbindung schaffen und allenfalls Koordinationsorgane bestehen, die keine Leitungsfunktionen haben, - Koordinationsorgane und Gesprächsorgane im Sinne des 1917 angedachten gemeinsamen Senats der drei Parlamente oder im Sinne der heutigen Konzeption der trisektoralen Partnerschaft von Zivilgesellschaft, Verwaltungen und Geschäftswelt.

Aber der Kern des Missverständnisses ist ein solches in Bezug auf den Charakter der Demokratie selbst. Es ergibt sich dann, wenn man die Demokratie primär als ein Entscheidungsverfahren durch Mehrheitsbildung betrachtet. In Wirklichkeit ist aber der Kern der Demokratie die Mündigkeit. Wer das nicht tief genug versteht, der hält es dann im Extremfall für undemokratisch, wenn im geistig-kulturellen Leben der Individualismus, der Pluralismus in den Vordergrund gestellt werden und betont wird, es sei Sache der einzelnen Menschen zu sagen, welche Schule sie für ihre Kinder haben wollen, welche Therapie sie für richtig halten und so weiter. Aus diesen Forderungen ergibt sich, dass nicht mehr politische Mehrheiten dafür zuständig sind, zu entscheiden, was richtige Schule, richtige Medizin usw. für alle Menschen sein soll. Vielmehr haben wir heute einen großen Kreis von Fragen, für den die direkteste Form der Demokratie greift: die Bestimmung durch den Einzelnen beziehungsweise die unmittelbar Betroffenen. Im Zweifel für die Freiheit: das ist der gemeinsame Denkansatz der Dreigliederung und des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Da, wo wir gemeinsame Regeln für alle brauchen, ist hingegen der Mehrheitsentscheid am Platz. Ob Rechts- oder linksverkehr auf unseren Straßen herrschen soll, das kann natürlich nicht der Einsicht einzelner überlassen bleiben, die sich dann spontan entschließen, rechts oder links zu fahren. Da kann es nur darum gehen, dass alle Bürger an diesem Prozess der Mehrheitsbildung sich gleichberechtigt beteiligen können. In diesem Bereich brauchen wir mehr demokratische Beteiligung, mehr direkte Demokratie und weniger Parteienmacht. Es ist ein Mangel an solcher Differenzierung des Demokratiebegriffs, der zu solchen Urteilen wie denen Helmut Zanders führt. Im Grunde genommen werden durch solche Urteile die Defizite des eigenen Demokratieverständnisses auf den Kritikgegenstand projiziert, der damit notwendig verfehlt wird.

Ergänzend und klarstellend sei betont, dass freies Geistesleben nicht heißt, dass freie Schule ein rechtsfreier Raum wäre. Das wäre ja unsinnig. Selbstverständlich gelten die Menschenrechte auch an der Schule. Und selbstverständlich heißt Freiheit an dieser Stelle nicht,

dass es von den Portemonnaieverhältnissen der Eltern abhängen darf, ob Kinder eine bestimmte Schule oder überhaupt eine Schule besuchen können oder nicht. In der sozialen Dreigliederung handelt es sich letztlich immer darum, wie man Freiheit, Gleichheit und Solidarität in das richtige Verhältnis bringt. Wenn es um die Bestimmung der Lehr- beziehungsweise Lerninhalte geht, dann handelt es sich primär um eine Sache der Lehrer und der Eltern. Wenn es um den Zugang zur Schule geht, also das Menschenrecht auf Bildung, so ist dessen Gewährleistung primär die Aufgabe des demokratischen Rechtsstaats. Und weil Bildung ein Menschenrecht ist, muss Schule eben auch solidarisch finanziert werden. Es handelt sich also nicht um eine neoliberal verstandene Freiheit, wo gesagt werden könnte, jeder soll sehen, welche Schule er bekommt, allenfalls eine bestimmten minimale Ausstattung ist zu gewährleisten, sondern es handelt sich um eine Freiheit, die ihre materielle Untermauerung in einer entsprechenden Finanzierungsform hat und deren Inanspruchnahme durch den Rechtsstaat gesichert ist, - genau so wie der Rechtsstaat den Zugang zu anderen Gemeinschaftsgütern sicherstellen muss.

## Waldorfschulen gegen Diskriminierung

- Die Freien Waldorfschulen leisten bei der Wahrnehmung ihrer erzieherischen Aufgabe im Geiste der Menschenrechte einen Beitrag für eine Gesellschaft, die auf dem solidarischen Zusammenleben aller Menschen beruht.

- Als Schulen ohne Auslese, Sonderung und Diskriminierung ihrer Schülerinnen und Schüler sehen sie alle Menschen als frei und gleich an Würde und Rechten an, unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit, nationaler oder sozialer Herkunft, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung.

- Die Anthroposophie als Grundlage der Waldorfpädagogik richtet sich gegen jede Form von Rassismus und Nationalismus. Die Freien Waldorfschulen sind sich bewusst, dass vereinzelte Formulierungen im Gesamtwerk Rudolf Steiners nach dem heutigen Verständnis nicht dieser Grundrichtung entsprechen und diskriminierend wirken.

- Weder in der Praxis der Schulen noch in der Lehrerbildung werden rassistische oder diskriminierende Tendenzen geduldet. Die Freien Waldorfschulen verwahren sich ausdrücklich gegen jede rassistische oder nationalistische Vereinnahmung ihrer Pädagogik und von Rudolf Steiners Werk.

Aus diesem Selbstverständnis arbeiten die Freien Waldorfschulen seit ihrer Gründung 1919. Waldorfpädagogische Einrichtungen engagieren sich heute in allen Erdteilen, darunter in sozialen Brennpunkten Europas, Afrikas, Amerikas, Asiens, in Israel und der arabischen Welt.

Verabschiedet von der Mitgliederversammlung des Bundes der Freien Waldorfschulen, Stuttgart, am 28. Oktober 2007

## V. Soziale Dreigliederung und Anthroposophie

Angesichts von Kontroversen über Anthroposophie mag man sich fragen, ob die Beziehung der Dreigliederung zur Anthroposophie nicht doch eher eine Belastung darstellt und einer Breitenwirkung der sozialen Dreigliederung abträglich ist. An dieser Stelle sollte man aber genauer hinschauen.

Das erste ist, dass die Dreigliederungsbewegung 1919 durchaus keine anthroposophische Bewegung war. Der Bund für Dreigliederung, der sich damals bald gründete, war offen für alle Menschen, völlig unabhängig von Partei, Weltanschauung usw. Der Aufruf, von dem schon die Rede war, wird in Stuttgart der Öffentlichkeit vorgestellt, während Steiner noch in der Schweiz Vorträge hält. Und diese öffentliche Veranstaltung für das Komitee der Unterzeichner wird eröffnet durch den Staatsrechtler Wilhelm von Blume, der seine Rede mit der Bemerkung beginnt, er sei kein Anthroposoph und habe Steiner nie gesehen, um dann darzulegen, wie er aufgrund seiner eigenen Erfahrungen und Einsichten zur Übereinstimmung mit dem Aufruf gelangt sei.\*

Auf der anderen Seite hatten viele Anthroposophen damals mit der Dreigliederung durchaus ein Problem. Manche sollen sich sogar gefragt haben, ob „unser Doktor“ jetzt gar Kommunist geworden sei. Bis heute will manch einer mit der Dreigliederung nichts zu tun haben oder versucht sie in eine Vision für ferne Kulturepochen umzudeuten, für die die Gegenwartsmenschen sowieso noch nicht reif seien - weshalb man sich dann mit der lästigen Sache auch nicht weiter abgeben muss. Mit einer anderen Variante anthroposophischer Dreigliederungsskepsis kam ich in Berührung, als ich auf einem Spaziergang einem alten Stuttgarter Anthroposophen begegnete, mit dem ich bisher wenig zu tun gehabt hatte. Er sprach mich mit den Worten an: „Eins wollte ich Ihnen immer schon sagen, Herr Strawe, die Dreigliederungsbewegung ist Rudolf Steiner aufgezwungen worden.“ Eigentlich wollte also auch R. Steiner gar nichts mit der Sache zu tun haben! Er schien das wirklich zu glauben.

Dass eine derartige Auffassungen von Anthroposophie keine Hilfe, sondern eine Belastung der Dreigliederung darstellt, liegt auf der Hand. Aber man muss auch sehen, dass aus der anthroposophischen Bewegung vieles hervorgegangen ist, was dann wieder sehr entlastend ist, weil es den Versuch darstellt, Aspekte der Dreigliederung ins Leben zu überführen. Man denke an das alternative Bankwesen (GLS-Gemeinschaftsbank), an alternative Wirtschaftsbetriebe, selbstverwaltete Schulen und Krankenhäuser oder an die biologisch-dynamische Landwirtschaft, den ersten Ansatz einer bewusst ökologischen Landwirtschaft überhaupt!

Entscheidend aber ist, denke ich, noch etwas anderes. Bei allen sozialen Auseinandersetzungen stoßen wir letztlich immer wieder auf die Frage: Was ist der Mensch? Daher könnte man sagen: Wenn es Anthro-

posophie nicht gäbe, dann müssten wir sie gerade deswegen erfinden. Denn Anthroposophie, wenn man sie nicht dogmatisch missversteht, ist ein Weg der Selbsterkenntnis des Menschen, ein Weg der Entwicklung des eigenen Menschlichkeitsbewusstseins, das immer auch ein Mitmenschlichkeitsbewusstsein ist. Ohne eine solche Selbsterkenntnis, die das rechtliche Postulat der Menschenwürde durch eine würdefähige Anschauung des Menschen untermauert, wird man in den sozialen Fragen immer wieder an Grenzen stoßen. Dies deshalb, weil wir immer wieder mit dem Argument konfrontiert werden: der Mensch kann es nicht! Der Mensch ist ein unverbesserlicher Egoist.

Die ganze Ökonomie richtet sich aus an der Theorie des homo oeconomicus, der ausschließlich seinem Selbstinteresse folgt. Das ist aber eigentlich keine ökonomische, sondern eine anthropologische Theorie, ein bestimmtes Menschenbild. Wie kommt man zu einer realistischen Anschauung des Menschen? Dabei geht es eben nicht um das Bild eines Gutmenschen, der bar jedes Egoismus ist. Wäre das richtig, dann hätten wir ja gar keine sozialen Fragen und Probleme. Nein, es geht um eine Anschauung des Menschen als Entwicklungswesen. Aus der Einsicht in die Entwicklungsfähigkeit meiner selbst und meiner Mitmenschen, gesichert durch eine differenzierte seelische Beobachtung und durch praktische Erprobung, ergibt sich erst die volle Begründung der Forderung, die Räume im sozialen Leben zu öffnen, in denen diese Entwicklung gut gelingen und Verantwortlichkeit wachsen kann. Nur wenn wir allen Eltern gestatten, die Schule zu wählen, dann werden sie auch angeregt werden zu einer gründlichen Urteilsbildung über die richtige Schulwahl. Nur wenn wir Selbstverwaltung zulassen, werden die Selbstverwaltungsfähigkeiten gelernt werden können. Andernfalls landet man immer wieder bei selbsterfüllenden Prophezeiungen: Man sagt, die Menschen können es nicht, und weil man es sagt, verweigert man die Lernräume und das Ergebnis fehlender Lernmöglichkeiten kann man dann als Beweis dafür anführen, dass die Menschen es eben doch nicht wirklich können. Besonders Politiker tun das gerne. Mündigkeit ist nur gut, solange sie sich in Wahlentscheidungen für die jeweils eigene Partei äußert. Was darüber ist, ist von Übel...

Der Beitrag, den eine undogmatisch verstandene Anthroposophie zu dieser notwendigen Erkenntnisarbeit, den Menschen betreffend, leisten kann, erscheint mir persönlich unverzichtbar. Es gibt zwar mancherlei Belastungen der skizzierten Art. Aber insofern die Anthroposophie uns hilft, die von Misstrauen und plattem Materialismus geprägten Anschauungen des Menschen zu hinterfragen, ist sie nicht Belastung, sondern Stütze. Das Misstrauen gegen den Menschen, es tritt uns überall entgegen. Es tritt uns als Argument entgegen, wenn wir uns für ein bedingungsloses Grundeinkommen einsetzen. Es tritt uns entgegen, wenn wir uns für solidarische Ökonomie einsetzen. Wir sind damit konfrontiert, wenn wir für direkte Demokratie streiten. Immer heißt es: die Menschen sind nicht soweit - oder gar: sie werden nie soweit kommen. Gewiss, der Mensch ist teilweise ein soziales und teilweise ein antisoziales Wesen. Aber wie lernt er das Sozialsein, das sich im Zeitalter der Individualisierung nicht mehr von selbst einstellt? Das ist die große Frage nach den

\* Ein Auszug des Redetextes findet sich bei Hans Kühn: Dreigliederungszeit, Dornach 1978, S. 70.

sozialen Strukturen als Entwicklungsbedingungen des menschlichen Fähigkeitswesens heute. Menschliche Entwicklung und soziale Entwicklung sind heute untrennbar miteinander verbunden.

## VI. Beiträge der Dreigliederung zur Bewältigung der Herausforderungen der heutigen Weltsituation

Was kann nun aus dem Arbeitsansatz der sozialen Dreigliederung heraus als Alternative gegenüber dem heute Bestehenden entwickelt werden? Ich kann an dieser Stelle nur einige Hauptgesichtspunkte anskizzieren.

Wir leben in einer Welt, die hineingetrieben und hineingeschrieben worden ist in einer Reihe von unseligen Entwicklungen. Was das Kulturleben angeht, muss man hier erwähnen die verhängnisvolle Konzeption des Kampfs der Kulturen, die Auffassung, dass es keinen wirklichen kulturellen Dialog zwischen den Menschen geben kann, sondern nur den Kampf, im Extremfall bis zur Vernichtung. „Der Westen gegen den Rest“, lautet ein Kernsatz des US-amerikanischen Politologen Samuel Huntington, dessen Thesen lange großen Einfluss auf die Außenpolitik der USA gehabt haben. Das Kulturleben leidet auch unter den Bestrebungen zur Kommerzialisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, gegen die sich die Zivilgesellschaft mit der Losung „Die Welt ist keine Ware“ zur Wehr setzt. Wir haben die Verselbständigung der Geldprozesse, deren Folge die gegenwärtige Finanzkrise ist, bei der man nicht von Fehlspekulation reden sollte, sondern von pathologischen Prozessen sprechen muss. Indem Schul- und Hochschulwesen dieser ökonomischen Denkweise unterworfen werden, gerät Bildung zum Standortfaktor, tritt zur staatlichen Bevormundung der geistigen Kultur die ökonomische Fremdbestimmung.

Die Staaten werden zu konkurrierenden Wirtschaftsstandorten mit entsprechenden Folgen für die Sozialsysteme. Parallel dazu erleben wir in vielen Regionen der Welt eine tiefe Krise der Demokratie und der Menschenrechte. Als ein aktuelles Beispiel für die Einschränkung der Demokratie können wir den Lissabon-Vertrag der EU anschauen. Nur eine Nation, nur die Iren durften überhaupt noch über ihn in einem Referendum abstimmen. Sie haben dann abgestimmt und weil das Ergebnis nicht passte, wird nun eine zweite Abstimmung lanciert, wo das Volk dann endlich richtig abstimmen soll. Ein abenteuerliches Demokratieverständnis zeigt sich da, das aber leider von vielen schon als Normalität betrachtet wird.

Der Turbokapitalismus, der sich breit gemacht hat, hat seine Folgen für die Umwelt, für die Rohstoffe, für das Klima. Es drohen Kriege ums Wasser und andere Ressourcen. Unabsehbar sind die Folgen einer aus kom-

merziellen Gründen forcierten technischen Entwicklung zum Beispiel im Bereich der Agrotechnik.

Gewiss, die Zeiten, wo Eliten in den USA davon träumen konnten, das neue US-bestimmte Weltimperium zu errichten, scheinen vorbei zu sein. Man hat die eigenen Möglichkeiten deutlich überspannt. Es treten neue Spieler auf den Plan: China, Indien, Brasilien... Das ist einerseits eine notwendige Korrekturbewegung, es beschwört aber auch neue Gefahren herauf. Da der Unilateralismus eine Auslaufmodell geworden ist, wird man gewiss begrüßen. Dennoch muss man beim Multilateralismus fragen: Welcher Multilateralismus? Gehen wir nur in eine neue Runde des Wettbewerbs von machtegoistischen Supermächten, oder gelingt es uns, zu erreichen, dass an die Stelle von Machtpolitik eine Menschheitspolitik tritt? Dann erst können wir gemeinsam die eine Welt aufbauen!

Die Antworten der Dreigliederung sind - das hat sich schon angedeutet - keine Antworten im Sinne fertiger Lösungen. Die Dreigliederung fragt immer, wie Strukturen sich verändern müssen, damit Handlungsräume für Menschen entstehen. Das heißt eben auch, dass es gerade falsch wäre, alles modellhaft vorzudenken. Vielmehr geht es um strukturelle Veränderungen, die die Gestaltbarkeit der Verhältnisse herstellen sollen.

In der Kultursphäre ist das die Frage nach der Selbstverwaltung in freier Trägerschaft, nach der verantwortlichen Führung der Einrichtungen - von der Schule bis zum Krankenhaus, von der Universität bis zum Theater - durch in ihnen Tätigen. Was die Mitte des sozialen Organismus, den Rechtsbereich, den Staat und die Politik angeht, so ist die entscheidende Bedingung besserer Gestaltbarkeit der Übergang von einer Zuschauerdemokratie zu einer wirklichen Teilnehmergebiet. Diese hätte einerseits die Menschenrechte peinlich zu beachten, d.h. den einzelnen auch vor den Mehrheiten zu schützen. Andererseits müsste sie in der Lage sein, dem Wirtschaftsleben in sozialer und ökologischer Hinsicht Grenzen zu setzen. Für die Entwicklung einer Teilnehmergebiet wäre der Ausbau der Möglichkeiten direktdemokratischer Entscheide wichtig.

Direkte Demokratie wäre auch ein entscheidender Transmissionsriemen zwischen der Kultursphäre und der politischen Sphäre, weil durch sie Initiativen aus der Zivilgesellschaft in den politischen Prozess eingespeist werden könnten. Heute muss alles durch den Filter der politischen Parteien, was eine erhebliche Einschränkung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten darstellt. Ein weiterer wichtiger Ansatz bestünde zur Überwindung dieses Missstandes bestünde auch in einer Verbesserung des Wahlrechts.\*

Auch zwischen Ökonomie und Recht gibt es Schnittstellen, zu deren Strukturierung es wichtige Beiträge aus der Dreigliederung gibt. Hierhin gehört die Frage, was denn die richtige Form von Sozialeinkommen unter den heutigen Globalisierungsbedingungen ist. Das bedingungsloses Grundeinkommen ist eine Antwort darauf: die Antwort auf eine Arbeitslosigkeit, die nicht mehr

\* Vgl. C. Strawe: Weniger Staat, mehr Demokratie, in: Stefan Leber (Hg.): Der Staat. Aufgaben und Grenzen. Sozialwissenschaftliches Forum Band 4, Stuttgart 1992.

konjunkturell ist, sondern die durch die Produktivitätsentwicklung zur Dauererscheinung wird. Da geht es darum, die Freiräume, die durch diese Produktivitätsentwicklung entstehen, zu nutzen, um Tätigkeiten zu ermöglichen, die nicht mehr in der materiellen Produktionssphäre liegen, die wir so wunderbar rationalisieren und durchtechnisieren. Tätigkeiten, die in der Nichtökonomie, im Kulturbereich, im Umweltbereich, im Sozialbereich liegen. Und eine Frage, die damit zusammenhängt, ist die Frage, wie wir Sozialeinkommen finanziell so generieren, dass diese Finanzierung nicht unter den Druck des globalen Wettbewerbs gerät beziehungsweise dass der bestehende Druck abgebaut wird. Hierzu sind Vorschläge aus der Dreigliederung gemacht worden, die auf eine Veränderung des Systems von Steuern und Abgaben zielen. Stichworte sind Ausgabenbesteuerung und verbrauchsorientierter Sozialausgleich.\*

Was die Erneuerung des ökonomischen Lebens selbst angeht, so strebt die Dreigliederung nicht danach, den Markt auszuschalten. Es geht vielmehr darum, ihn durch Kooperation zu gestalten. Das heißt in Bezug auf die Preisbildung, dass am Markt sich bildenden unfaire Preise eben nicht als letztinstanzliches Urteil hingenommen werden sollen, sondern durch die Bildung von Verständigungsorganen der Wirtschaftspartner - Vertretern der Produktion, der Zirkulationsstufen und der Endverbraucher - Handlungsraum geschaffen wird, der eine „fair economy“ möglich macht. Interessenausgleich, Rücksicht auf die Lebenslagen aller Beteiligten, eine Vertrauens- und Verabredungskultur, die soziale Urteile und entsprechende praktische Konsequenzen ermöglicht, wären Stichworte für eine derartige „assoziative“ oder „solidarische“ Wirtschaft.

Eine Schnittstelle zwischen Ökonomie und Recht sind die Eigentumsfragen. Ich habe vorhin von den falschen Alternativen gesprochen und in diesem Zusammenhang Privateigentum und Staatseigentum genannt. Was wir in Zukunft brauchen, sind Eigentumsformen, durch die die Initiativen und das Fähigkeitswesen des einzelnen Menschen wirken können, zugleich aber die Sozialbindung des Eigentums sichergestellt wird, soweit es um Eigentum handelt, das nicht dem persönlichen Gebrauch dient. Ich spreche von Eigentumsformen, die in der Umbruchbewegung von 1989 unter dem Begriff des „operativen Eigentums“ zusammengefasst worden sind. In der Dreigliederungsbewegung hat man von „Eigentum in sozialem Fluss“ gesprochen. Auch die Begriffe Treuhandeigentum, befristetes Eigentum, Kreislaufeigentum und Kapitalneutralisierung werden in diesem Kontext manchmal verwendet. Es handelt sich um Eigentumsformen, bei denen Unternehmen keine verkäuflichen Vermögenswerte darstellen, wo aber durchaus Individuen als Unternehmer mit diesen Produktionsmitteln für ihre Kunden und für die gesamte Gesellschaft wirtschaften, ohne dass da eine Planbehörde in das Unternehmen hineinregieren würde. Unternehmerische Freiheit und Initiative ist gewährleistet, wo sie gesellschaftlichen Nutzen stiftet, eben deshalb bleibt die Verkäuflichkeit der Unternehmen ausgeschlossen. Denn durch diese wird das Recht

\* Vgl. z.B. den Artikel: Die Idee des Grundeinkommens - Anstoß zu einer Revolution der Sozialsysteme und ihrer Finanzierung. Sozialimpulse 3/2006, und: [www.sozialimpulse.de/pdf/Dateien/Grundeinkommen\\_Sozialsysteme.pdf](http://www.sozialimpulse.de/pdf/Dateien/Grundeinkommen_Sozialsysteme.pdf)

zur Nutzung der Produktionsmittel zur Ware gemacht. Genauso kann man auf das Eigentum an Grund und Boden schauen. Selbstverständlich ist die Alternative zur Bodenspekulation nicht die Verstaatlichung des gesamten Bodens mit der Folge, dass ich bei einer Planbehörde anfragen müsste, ob ich die Wohnung beziehen oder das Haus bauen darf. Aber genauso so wenig kann es sein, dass durch das Monopol der Bodenbesitzer und die Verkäuflichkeit des Bodens eine permanente Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums erfolgt. Das ist kein demokratiekonformer Zustand. Wir brauchen ein Bodenrecht, wo auf der einen Seite die individuelle Nutzung möglich ist, auf der anderen Seite aber der Vorteil der Bodennutzung durch einen Bodennutzungsausgleich an die Allgemeinheit kompensiert und Bodenspekulation verunmöglicht wird. Die Vorschläge, die aus der Dreigliederung heraus zu diesem Thema und anderen Themen gemacht worden sind, stehen dabei durchaus im Kontext mit den Vorschlägen anderer reformerischer Strömungen, die in eine ähnliche Richtung gehen.\*\*

Und ein großes Thema ist selbstverständlich der neue Umgang mit Geld. Wir sehen ja in der Finanzkrise mit Erschrecken, wie sich das Geldwesen gegenüber der Realität, gegenüber der realen Wirtschaft verselbstständigt hat und zerstörerisch auf sie zurückwirkt. Wie bindet man die Geldprozesse wieder zurück an die Realität? Wie sorgt man dafür, dass das Geld wieder als Tauschmittel der Versorgung dient, dass es als Kreditgeld für realen Mehrwert schaffende Investitionen zur Verfügung steht und als Schenkungsgeld der Kultur, dem Sozialen und der Umwelt dienen kann? Wie sorgen wir dafür, dass die Banken sich in die Rolle des ehrlichen Maklers zwischen Geld und Geist, zwischen denen, die Geld haben und denen, die es brauchen, hineinfinden und nicht länger das Geldgeschäft zu einem Eigengeschäft machen? Der Arbeitsansatz der Dreigliederung kann in diesem Sinne zu einer „dynamischen Geldwerterhaltung“ beitragen.\*\*\*

Was die Lösung der ökologischen Probleme angeht, so sieht man eben auch, dass die ökologische Frage zum einen eine geistig-kulturelle Frage ist, zum anderen eine rechtliche, zum dritten aber auch eine ökonomische. Die geistige Frage lautet: Wie kommen wir zu einem neuen Naturverständnis, in dem die Natur nicht als Objekt der Ausbeutung erscheint, sondern wo wir ihr gegenüber ein Mitweltverständnis entwickeln? Die rechtlich-politische Frage lautet: Wie machen wir den Staat an dieser Stelle, wo er tatsächlich Stärke zeigen müsste, wieder so stark, dass wir aus unserem Rechtsbewusstsein heraus der Ökonomie durch demokratischen Entscheid ökologische Grenzen gesetzt werden können? Und die wirtschaftliche Frage lautet: Wie können wir innerhalb der Ökonomie dem Verantwortungsprinzip zum Durchbruch verhelfen, so dass Verantwortung nicht länger delegiert wird an einen anonymen Markt? Innerbetrieblich wird heute

\*\* Vgl. hierzu z.B. C. Strawe: Wem gehört die Erde? Das Ringen um ein modernes Bodenrecht. Sozialimpulse 2/2007, auch unter [www.sozialimpulse.de/pdf/Dateien/Bodenrecht.pdf](http://www.sozialimpulse.de/pdf/Dateien/Bodenrecht.pdf)

\*\*\* Vgl. Udo Herrmannstorfer: Zur sozialorganischen Bewältigung des Geldwesens. In: Ders.: Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft, Stuttgart 3. Aufl. 1997.



schon durch die doppelte Buchführung bewusst, was eine ökonomische Handlung an anderer Stelle für Folgen auslöst. Dieses Bewusstsein muss auch für die ökologischen und sozialen Fernwirkungen ökonomischer Handlungen entstehen. Das erfordert die Kooperation der Wirtschaftspartner - Produzenten, Vertreter der Zirkulationsstufen, Endverbraucher - in den bereits genannten Verständigungsorganen, die man in der Dreigliederung Assoziationen genannt hat. Durch die Arbeit solcher Organe würde Bewusstsein in die wirtschaftlichen Prozesse hineinkommen und es würden vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten entstehen.

Zusammengefasst: Der Beitrag der sozialen Dreigliederung zur Bewältigung der Herausforderungen der Gegenwart würde darin bestehen, überall mitzuarbeiten an der Beseitigung erstarrter Verhältnisse, die die Kreativkräfte der Menschen fesseln, und mitzuarbeiten an der Schaffung von Bedingungen, durch die Fähigkeiten der Menschen freigesetzt werden und so für die Lösung der sozialen Probleme immer neu wirksam werden können. So würde die Globalisierung ein menschliches Antlitz bekommen und als Chance ergriffen werden können, dass sich der Einzelne in selbstbestimmter Weise einbringen kann in das Ganze der Menschheit.

## VII. Perspektiven und Konstellationen: Wie kann man sich vorbereiten?

In Bezug auf die Perspektiven der nächsten Jahre erscheinen mir die folgenden Punkte essenziell:

Heute deuten sich zwei mögliche Grundrichtungen der weiteren Entwicklung an. Der Kontrast zwischen den Bildern, die jeweils zugrunde liegen, erscheint dabei heute schärfer, als das früher der Fall war. Auf der einen Seite stehen die Bilder, die vom Misstrauen in den Menschen geprägt sind. Menschen, die unter dem Eindruck solcher Bilder stehen, streben primär systemische Lösungen an, die unter Ausschluss des bewussten menschlichen Handelns funktionieren sollen. Das geht bis dahin, dass man den Menschen selbst systemisch denkt, als eine Art höheren Automaten, den man technisch nachbearbeiten kann. Dann hätten wir den Cyborg, ein Wesen, das bestimmte Fehlerquellen nicht mehr aufweist, die durch technische Manipulationen beseitigt worden sind.

Die andere Richtung rechnet mit dem Entwicklungspotenzial der Selbstverwaltungs- und Selbstgestaltungskräfte der Menschen. Sie rückt immer die Frage in den Vordergrund, wie die Verhältnisse so eingerichtet werden können, dass die Menschen sich mit der Entwicklung der Verhältnisse mitentwickeln, Sozialfähigkeiten ausbilden können im sozialen Prozess. Dieser Richtungskampf hat längst begonnen und wird sich verstärken. Es ist wichtig, diese Alternative klar vor Augen zu haben. Denn die Konzepte der Ausschaltung des Menschen

verbergen sich hinter möglichst harmlosen, ja philanthropisch klingenden Losungen.

Ein weiterer Punkt: Geschichte ist kein linearer Prozess, in dem Ursache und Wirkung so aufeinanderfolgen wie bei physikalischen oder chemischen Prozessen. In der Geschichte gibt es komplizierte Verhältnisse. Da gibt es Impulse, die erst einmal nicht zum Tragen kommen und dann später wieder auftauchen und sich als wirksam erweisen. Da treten Motive in einer bestimmten Zeit, an einem bestimmten Ort auf und zeigen sich an anderer Stelle dann in verwandelter Gestalt. Vor allem aber gibt es für den geschichtlichen Prozess eine Entdeckung, die ganz wichtig ist und die man machen kann, wenn man solche Epochenjahre untersucht wie das Jahr 1917 oder 1919 oder 1989.

Wir bemerken da, dass eine bestimmte geschichtliche Konstellation da sein muss, damit im Großen eine Veränderung real möglich wird. Zugleich entdecken wir, dass unter modernen Bedingungen solche Konstellationen nicht von selbst zu Entwicklungsschritten führen, sondern dass es auf die Menschen ankommt, die in der Lage sind, jetzt schöpferische Antworten zu geben auf die Fragen, die durch die Konstellation gestellt werden.

Das war 1989 das große Problem: Es gab zu wenige Menschen, die in der Lage waren, konstruktiv einzugreifen. Ich beziehe da viele „Dreigliederer“ und Anthroposophen durchaus ein. Es wurde einem damals der Vorschlag gemacht, man möge die vierte Auflage von Steiners Grundschrift „Die Kernpunkte der sozialen Frage“, von der immer noch viele Exemplare in Antiquariaten lagen, aufkaufen und in die damals noch vorhandene DDR schicken. So nach dem Motto: Was wir 70 Jahre lang nicht geschafft haben, das sollen die jetzt mal von einem Tag auf den anderen umsetzen. Die entscheidende Frage ist also, wie man gegenwartsgemäß handeln lernt. Auch Fortbildung spielt dabei eine Rolle.

Die zivilgesellschaftliche Bewegung nach 1999 haben viele von uns als einen großen Aufbruch erlebt, zum Beispiel in den Weltsozialforen mit ihrer einmaligen Atmosphäre oder den entsprechenden örtlichen Aktivitäten. Dennoch war die Konstellation des Jahres 1999 meiner Meinung nach keine Konstellation einer weltweiten Wende, sondern allenfalls deren Vorbereitung. Was daraus wird, muss sich in Zukunft noch zeigen. Als ehemaliger Marxist und damit als gebranntes Kind möchte ich sagen, dass es sich immer schon gerächt hat, die Anpassungsfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft zu unterschätzen. Es war auch immer schon falsch, auf die Katastrophe als Katalysator des Fortschritts zu bauen. Katastrophen, das wissen wir gerade in Deutschland aus bitterer Erfahrung, können ganz anders wirken.

Deutlich ist indes, dass sich Erschütterungen andeuten, die große Veränderungen mit sich bringen werden. Das kann man spüren, ohne im einzelnen sagen zu können, ob es zu einer zugespitzten globalen Krise mit einem regelrechten Zusammenbruch der bestehenden Strukturen kommen wird oder zu einer Serie sich verdichtender regionaler und sektoraler Krisen. Es mag infolgedessen zu einer Situation kommen, in der die

Eliten nicht mehr können und die Masse der Menschen nicht länger will. Wie ist man auf eine solche Wendesituation vorbereitet? Diese Frage ist wichtiger als jede Spekulation darüber, welche Formen die Krise im einzelnen annehmen kann. Wie ist die Zivilgesellschaft als dritte Kraft dann „aufgestellt“, wie man heute zu sagen pflegt? Wie ist dann das Verständnis dafür entwickelt, dass selbstständiges Agieren ebenso notwendig ist wie das Bündnis mit veränderungsbereiten Kräften in den anderen Sektoren? Man muss dann gewiss an Theorie mehr zu bieten haben als eine Kritik des Bestehenden, an Praxis mehr als die Fähigkeit zum Widerstand. Es wird dann um kreative Antworten auf die gegebene Situation gehen und um die Fähigkeit, Alternativen nicht nur zu konzipieren, sondern auch umzusetzen.

Genau genommen ist es ja nicht ganz richtig, von Alternativen im Plural zu sprechen, jedenfalls wenn man die gesamtgesellschaftliche Ebene im Blick hat. An die Stelle des Bestehenden muss am Ende etwas Neues, die Alternative zum Alten, treten. Dass wir so gerne von Alternativen im Plural sprechen, hat sicher damit zu tun, dass wir die neue Gesellschaft, die wir erträumen, nicht zentralistisch, sondern nur pluralistisch denken können, dass ihre Gestalt gerade durch die Vermeidung von Einheitslösungen für alles und jedes bestimmt sein soll. Es hat damit zu tun, dass wir auf dem Weg in die soziale Zukunft nicht hinter irgendeiner Fahne her marschieren wollen, uns nicht in eine Einheitsfront einordnen wollen, deren Richtung irgend jemand vorgibt.

Auf der anderen Seite müssen wir aber auch das bloße Vielerlei vermeiden. Denn aus dem bloßen Vielerlei formt sich noch keine Kraft, die die Dinge wirklich zu ändern vermöchte. Deshalb wäre es ganz wichtig, dass wir lernen, dass es so etwas gibt wie Meta-Alternativen. Alternativen - das sind konkrete Vorstellungen, wie etwas verändert werden könnte. Meta-Alternativen das sind Beschreibungen von Strukturen, die es den Menschen ermöglichen, die Alternativen, die für sie angemessen sind, selbst zu finden und umzusetzen. Es ist eine ganz entscheidende Frage für die weitere Entwicklung, dass wir uns nicht in fixe Vorstellungen einer sozialen Zukunft verrennen, die den Menschen nur noch die Ausfüllung vorgedachter Rollen offenlassen. Da hat man als moderner Mensch zu Recht das Gefühl, dass mit der eigenen Aktivität und Beteiligung nicht wirklich gerechnet wird. Da wendet man sich ab, das erzeugt keine Begeisterung, sondern nur Frust.

Deshalb brauchen wir Ideen und Bilder, die so beweglich sind, dass sie das Wesen der Richtung, die wir gemeinsam gehen wollen, zum Ausdruck bringen, aber zugleich völlig freilassen in der Art und Weise, wie der Einzelne oder Gruppen sich dort beteiligen oder wie sie diese Richtung aufgreifen. Ein Begriff wie „Eigentum im sozialen Fluss“ ist so ein Bildbegriff. Denn man kann die Sozialbindung des Eigentums so oder so herstellen, über Genossenschaften, über eine Stiftung - so wie es Ernst Abbe mit der Carl-Zeiss-Jena-Stiftung gemacht hat, durch die das Unternehmen über die Stiftung dann nur noch sich selbst gehörte. Viele unterschiedliche Formen gibt es, wie man das machen kann, bereits erprobte oder völlig unerprobte und neue.

Übereinstimmen müssen wir nur in der Grundrichtung haben, nicht in der Art der Realisierung.

In diesem Sinne kann man sagen: Wer Visionen hat, der muss nicht, wie Altkanzler Helmut Schmidt meinte, zum Arzt gehen, sondern wer Visionen hat, sollte dankbar dafür sein, dass er noch träumen kann und er sollte sich im exakten Träumen weiter üben.

Für die gesellschaftliche Erneuerung können Menschen, die mit der sozialen Dreigliederung arbeiten, sicherlich wichtige konstruktive Beiträge leisten. Es ist jedoch nicht das Monopol irgend einer Gruppe von Menschen oder einer bestimmten Denkrichtung, solche Beiträge zu leisten. Vieles was ich hier beschrieben habe, könnte man auch unter Vermeidung des Wortes „soziale Dreigliederung“ unmittelbar aus dem Gedanken der Menschenrechte oder dem der Subsidiarität ableiten. Das ist immer auch die Frage des Ausgangspunkts, von dem der Einzelne herkommt. Treffen aber können wir uns wohl alle in der gemeinsamen Grundrichtung, eine Gesellschaft anzustreben, deren Gestalter die einzelnen Menschen sind.

So betrachtet ist die Dreigliederung des sozialen Organismus gerade keine „Lösung der sozialen Frage“. Die fertigen Lösungen sind eher etwas von gestern. Wirkliche Lösungen müssen Menschen bewirken, die sich gemeinsam auf den Weg machen und Aufgabe der Sozialwissenschaft ist es lediglich, Strukturen zu beschreiben, unter denen dies möglich ist.

Bereits Steiner sprach 1920 davon, dass die soziale Frage immer neu entstehe und immer neu gelöst werden müsse. Eine „Universalarznei“ für die sozialen Probleme gebe es so wenig, wie ein Nahrungsmittel das ein für alle Mal satt macht. Was möglich und nötig sei, sei die Anregung dazu, Menschengemeinschaften zu bilden, die der Entwicklung immer wieder die Richtung nach dem Sozialen geben könnten.\*

Weil hier jeder gleichberechtigt mitarbeiten kann, darf zur Charakterisierung des Arbeitsansatzes der sozialen Dreigliederung ein Wort von Goethe Verwendung finden: „„Es ist hier die Rede nicht von einer durchzusetzenden Meinung, sondern von einer mitzuteilenden Methode, deren sich jeder, als eines Werkzeugs, nach seiner Art, bedienen möge.“\*\*

\* Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft (1919), Vorrede und Einleitung zum 41. - 80. Tausend (1920), GA 23, Dornach 1976, S. 14 f.

\*\* Goethe an Hegel 7. Okt. 1820.

# Künstliches Fieber, kleine Flamme

## Erste Schritte der USA unter Barack Obama - eine Zwischenbilanz

### Interview mit Roland Benedikter, New York

Am 20. Januar trat der neue US-Präsident Barack Obama sein Amt an. In der ersten Maihälfte werden die ersten 100 Tage voll, die allgemein als „Schonfrist“ gelten. Was hat Obama bislang erreicht?

*Frage: Inzwischen sollte eine politische Handschrift erkennbar sein. Gestaltungsschwerpunkte und strategische Richtlinien zeichnen sich ab, Handlungsfähigkeit und Sympathiewerte werden überprüfbar. Wie sieht Obamas Bilanz bisher aus?*

Benedikter: Aus der Sicht seiner Wähler zufriedenstellend. Er hat die Weichen für ein grüneres und sozialeres Amerika gestellt; das Konjunkturpaket zur Belebung der Volkswirtschaft durchgeboxt; eine Neuorientierung der wichtigsten Industriesparten durchgesetzt; Auswüchse des Managerwesens zumindest symbolisch in die Schranken gewiesen; neue Programme für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Gang gebracht, darunter insbesondere zur Biotechnologie einschließlich der Stammzellenforschung, die im Unterschied zur religiös zurückhaltenden Bush-Ära nun besonders gefördert werden soll; den Rückzug aus dem Irak und die Stärkung der US-Militärpräsenz in Afghanistan geregelt; die Schließung Guantamos beschlossen; das Verhältnis mit Russland und dem Iran auf erste neue Grundlagen gestellt, wodurch der wachsende Einfluss Chinas vorbeugend in die Schranken gewiesen werden soll. Auf der anderen Seite blieben Durchbrüche in allen entscheidenden Fragen bisher aus. Außerdem scheint Obama so sehr von den wirtschaftlichen Binnenproblemen aufgesogen, dass er auf anderen Feldern kaum persönlich in Erscheinung tritt.

*Frage: Nach dem nahezu makellosen Wahlkampf musste Obama innerhalb des ersten Monats seiner Amtszeit vier Rückzüge eines Kandidaten vom zugeordneten Ministerposten hinnehmen. Fühlen sich jetzt jene Kritiker bestätigt, die ihn für zu jung und unerfahren für das Präsidentenamt befunden haben?*

Benedikter: Nein. Seine Sympathiewerte sind ungebrochen. In allen wichtigen Fragen, vor allem der Wirtschaft, handelt Obama aus Sicht der Bürger schnell, der Dollar steigt. Die Kritiker dringen nicht durch, die Öffentlichkeit ist auf seiner Seite.

*Frage: Wie sehr schaden die unglücklichen Nominierungen dem Ansehen des Hoffnungsträgers Obama?*

Benedikter: Bisher überhaupt nicht. Die Schwierigkeiten werden vom Mann auf der Strasse eher als der Widerstand der „alten“ Politik gegen den Wandel wahrgenommen, den Obama darzustellen scheint.

*Frage: Die größte Erwartung der Amerikaner an den neuen Präsidenten liegt wohl in der Bewältigung der Wirtschaftskrise. Kann das mit hauchdünner Mehrheit durchgesetzte Konjunkturpaket die Arbeitslosenquote in den USA senken und eine der schwersten Krisen des Landes in den Griff bekommen?*

Benedikter: Vordergründig, das heißt aus der Not des Augenblicks heraus, ja. Näher betrachtet ist es jedoch ein Widerspruch in sich, ja eine Revolution in der Geschichte der USA mit ungewissem Ausgang. Dass diese Revolution möglich wurde, ist nur ein Indikator dafür, wie tief die Krise der US-Gesellschaft wirklich ist - nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial und politisch.

*Frage: Inwiefern?*

Benedikter: Das Konjunkturpaket ist ein Widerspruch zum individualistischen, wettbewerbsorientierten, liberalen und anti-staatlichen Geist der US-amerikanischen Zivilisation als Ganzer. Banken faktisch zu verstaatlichen ist ebenso einmalig wie das Faktum, mehr als ein Drittel der Paket-Gesamtsumme von 780 Milliarden Dollar einfach neu zu drucken. Wie Notenbankchef Bernanke ankündigte, soll dieses Geld nach dem „fiat money“ Prinzip, das seit der Auflösung der Goldbindung 1977 die Geldpolitik der USA bestimmt, ohne Werte- oder Ressourcendeckung einfach den bestehenden Geldmengen hinzugefügt werden. Einen gewissen Ausgleich strebt man dadurch an, dass man China dazu auffordert, große Dollarmengen aufzukaufen beziehungsweise zu horten, wofür man im Gegenzug „politische Toleranz“ in Menschenrechtsfragen, zum Beispiel Tibet, aber auch in der Taiwan-Frage verspricht. Das wird zu einer erheblichen Inflation führen, die von den führenden Persönlichkeiten aber geradezu herbeigesehnt wird - als Mittel gegen eine angeblich drohende Deflation.

*Frage: Womit haben wir es hier eigentlich zu tun?*

Benedikter: Es ist eine Art indirekte Alterung des Geldes, nur nicht strukturpolitisch offen wie bei den alternativen Geldtheoretikern des 20. Jahrhunderts wie Georg Simmel, Silvio Gesell oder Rudolf Steiner oder den Alternativen Nobelpreisträgern der Gegenwart

wie Nicanor Perlas oder Ibrahim Abouleish, sondern verdeckt mittels Inflation herbeigeführt, gemäß dem berühmten Spruch Bernankes: Wenn es einmal keine Inflation geben sollte, dann fliege ich persönlich mit dem Hubschrauber über die Stadt und werfe Geld aus dem Fenster. Inflation wird von den führenden Wirtschaftsstrategen der USA als das Allheilmittel in Kauf genommen, wodurch die Hauspreise wieder steigen und Vermögenswerte dadurch geschützt werden sollen, dass dann eben alles mehr kostet. Inflation gilt als Struktur-Index für formal steigende Werte. Und weil dies eminente psychologische Auswirkungen hat, soll der Inflationkreislauf schnellstmöglich wieder angeworfen werden. Das ist aber eine halbbewußte Umweg-Strategie der Geldalterung, die gefährlich ist, weil das Gesamtsystem eines im Prinzip fragwürdigen Finanz- und Geldwesens dadurch ja nicht geändert, vielmehr wiederhergestellt werden soll.

*Frage: Warum?*

Benedikter: Weil damit die falsche Zentrumspositionierung eines menschenunabhängig gewordenen Kapitals im Ganzen des gesellschaftlichen Organismus wiederhergestellt werden soll gemäß einem urbildlich falschen Prinzip - nämlich nach dem Freiheits- und Konkurrenzprinzip, das ins Kulturleben gehören würde, während das Brüderlichkeitsprinzip, also die Kooperation, in einer arbeitsteiligen Wirtschaft bestimmend sein müsste. Der Glaube an die heilende Kraft der Inflation, also des beliebigen Anwachsens von Geldmengen bei ihrer gleichzeitig immer stärkeren „Stauung“ in die Unproduktivität „nach unten“ und „nach oben“, das heißt in Grund und Boden (Wohnungsmarkt) und in virtuelle Geldströme, die gewissermaßen im Orbit um die Erde kreisen und nie wirklich „auf den Boden gelangen“, weil sie sich nirgends richtig „niederlassen“, ist eine Illusion. Es ist sozusagen das ideologisch „abgehobene“, „luftige“ Gegenstück zur egoistisch in sich erstarrten Gier, die das Finanzwesen seit dem angeblichen „Ende der Geschichte“ 1989 und dem darauf folgenden Börsenboom der 1990er Jahre so schrankenlos beherrschte.

*Frage: Was werden die Folgen der Konjunkturpakete sein?*

Benedikter: Für das Setzen auf schrankenlose Geldvermehrung werden künftige Generationen, also unsere Kinder, bezahlen müssen. Und wie immer natürlich all jene, die ihr Geld auf der Bank liegen haben, also der Mittelstand. Man kann Kontoinhabern in der jetzigen Situation nur raten, ihr Geld in sinnorientierten Institutionen - wie zum Beispiel ökologische und Alternativ-Banken, grüne Technologien, soziale Einrichtungen, neues Heilen, interdisziplinäre Erneuerung des Bildungs- und Hochschulwesens - oder in reale Werte hinein anzulegen. Denn das „Heilprinzip“ der US-Inflation wird sich weltweit auswirken, und nur reale Werte werden das überstehen. Der Einstieg Chinas mit Milliardenbeträgen an Dollarkäufen im Austausch gegen politische Nachsicht wird die Dekadenz der Geldwerte mittel- bis langfristig nicht verhindern können. Die im Spiel befindlichen Summen sind einfach zu groß, als dass sie absorbiert werden könnten. Erstaunlicherweise sind sich die meisten Analytiker in den USA darüber im Klaren.

Trotzdem spielen sie alle das Spiel mit - weil ihnen nichts anderes einfällt. Dass man das System nicht nur korrigieren, sondern auch anders neu ordnen könnte, kommt ihnen gar nicht in den Sinn - so sehr scheint dieses System das einzig mögliche zu sein.

*Frage: Das System wiederherzustellen, wie es ja auch der britische Premier Gordon Brown oder der französische Präsident Nicolas Sarkozy fordern, ist also unverantwortlich?*

Benedikter: Meines Erachtens schon. Denn damit wird ja die Wurzel der Finanzkrise nicht angegangen, die im chaotischen Durcheinanderwuchern von Wirtschaft, Politik, Kultur und Religion bei Vertauschung ihrer jeweiligen urbildlichen Leitprinzipien Freiheit (Kultur), Gleichheit (Politik) und Brüderlichkeit (Wirtschaft und Religion) liegt. Der Kapitalbegriff müsste nicht nur für sich, sondern in seiner Strukturverankerung im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang, das heißt auch in seiner kulturellen, politischen und „religiösen“ Bezugshaftigkeit und Wertigkeit neu bedacht - und damit das bisherige System als solches hinterfragt werden. Das wird überhaupt nicht getan, weil man sich in den USA wie gesagt buchstäblich nichts anderes vorstellen kann. Daran hat der Übergang von Bush auf Obama nichts geändert. Man versucht, das bisherige System grüner zu machen, partizipativer, seine Extreme in Schranken zu weisen. Aber es wird dasselbe System bleiben. Die Probleme werden also wiederkehren.

*Frage: Ist das von Obama auf den Weg gebrachte US-Konjunkturpaket also letztlich nur eine restaurative Maßnahme, welche die Probleme konserviert statt sie zu lösen?*

Benedikter: Das Paket ist bislang nur das temporäre, im Grunde visionslose Stopfen von Löchern - auch wenn Obama wie gesagt Binnenkorrekturen angekündigt hat wie grüne Produktion, Begrenzung von Managergehältern und strengere Finanzregeln. Weil Sie Gordon Brown erwähnen: England kann gar nichts anders tun als das bisherige System wiederherzustellen. Es hat nach der Abwanderung großer Teile seiner Industrie als traditionelle Importnation faktisch kaum mehr eine „reale“ Produktion. Im Wesentlichen hat es nichts anderes mehr als die Verwaltung eben der weltweiten virtuellen Finanz- und Kapitalströme, die ihr Zentrum in London haben und von denen ein Großteil der englischen Volkswirtschaft direkt oder indirekt lebt. Restauration liegt also im Interesse der Systemwächter.

*Frage: Und europäische Nationen mit industrieller Produktion und relativ starker Wirtschaftsgrundlage wie Deutschland?*

Benedikter: Sie zahlen die Zeche für eigenes Unvermögen, die Perversion der weltweiten Finanzströme konsequent zu durchschauen, aber auch für die Unfähigkeiten des anglo-amerikanischen Systems, darunter nicht zuletzt für die Unverantwortlichkeit der Schuldenmentalität in den USA. In den USA beträgt die individuelle Prokopfverschuldung ein Vielfaches Europas, weil dort weite Teile der Kultur ein „Ich nehme heute alles, was morgen ist, wird morgen sein“ predigen. Das gibt es in Europa bislang so noch nicht. Man darf nicht vergessen,



dass die Krise in der anglo-amerikanischen Welt ausgelöst wurde, wo die Ausbeutung des Wohnungsmarktes durch Gewährung extrem hoher Kredite für den Wohnungskauf, die dann eine lebenslange Abhängigkeit begründen, ein Mittel der Kapitalakkonglomeration und der Systemkontrolle ist. Wenn 60 % der Bürger weit über ihre Möglichkeiten hinaus verschuldet sind und sich damit in lebenslange Abhängigkeit ohne Aussicht auf Befreiung hineinbegeben, stattdessen auf die rettende Kraft der Inflation hoffen, die den Wert ihres Besitzes schneller steigern soll, als ihre Schulden wachsen, dann ist der Zusammenbruch vorprogrammiert. Dieses Prinzip des Abhängigmachens bei systemischer Kapitalakkonglomeration galt in den 1970 - 1990er Jahren vorwiegend für Unternehmenskredite, zwischen 1990 und 2007 vorwiegend für Börsen- und Wohnungskredite, und es wird nun nach dem Zusammenbruch dieser bisherigen „Wachstumsmärkte“ für das Essen und Trinken eingeführt werden, das nun als neuer Kapitalmagnet entdeckt wurde. „Investieren Sie in Lebensmittelfirmen“, sagte mir ein befreundeter US-Millionär kürzlich. „Denn nichts wird in den kommenden Jahren so schnell und unverhältnismäßig steigen wie die Preise für das Essen. Die anderen Ressourcen sind nun ausgereizt für einige Zeit.“ Ich halte das für eine perverse Mentalität und einen unmenschlichen Mechanismus. Die meisten sind aber gezwungen, hier mitzugehen, weil der Systemdruck enorm ist und keinen Fehler verzeiht. Das Konjunkturpaket rettet faktisch dieses falsche System und seine Anpassungsfähigkeit mit, und das ist mehr als problematisch. Obama hat an diesen Grundverhältnissen keinen Deut geändert, und hat das als guter amerikanischer Patriot offenbar auch nicht vor.

*Frage: Aber empfinden es die Menschen in den USA nicht als ungerecht, dass Obama nun faktisch diejenigen, die über ihre Verhältnisse lebten - und zum Beispiel bewußt Wohnungen und Häuser erwarben, die sie niemals mit eigenem Einkommen zurückzahlen würden können -, mit Steuergeldern rettet, während die, die ein konservatives Leben führten und nur Kredite aufnahmen, die sie zurückzahlen konnten, nichts erhalten? Bekommt Obama das zu spüren?*

Benedikter: Ja, darin wird nach den ersten 100 Tagen die größte Gefahr für Obamas Ansehen liegen. Allerdings kommt ihm zugute, dass man davon ausgeht, dass er nur die Scherben aufkehrt, die andere verursacht haben. Was sollte er sonst tun? Noch einmal: Das Problem liegt nicht im Paket, sondern in der Logik der US-Binnenpolitik, die nicht dazu imstande ist, eine Erneuerung des Ortes des Finanzwesens und der Wirtschaft insgesamt im Gesellschaftssystem anzudenken. Obama ist hier nicht Gestalter, sondern nur Ausdruck der allgemeinen Unfähigkeit, eine solche Neuperspektivierung anzuregen. Dabei wäre heute genau der Moment dafür gekommen. Alternative, innovative Kapitalismuskonzepte werden nie wieder das Gehör finden, das sie heute finden könnten. Doch es fehlt an Persönlichkeiten, die sie in den öffentlichen Diskurs der USA einbringen.

*Frage: Man hat den Eindruck, dass Obama statt wirklich neuer Perspektiven viel Rhetorik ins Feld wirft - dass Amerika den Wandel auch herbeiredet.*

Benedikter: In den USA ist fast alles selbsterfüllende Prognose. Hier arbeitet man viel stärker als in Europa mit politischer Psychologie. Das sieht man an der Börse, aber auch im kulturellen Leben. Worte, Absichten sind in der Lage, in kurzer Zeit neue Realitäten zu schaffen - wenn auch möglicherweise nur künstliche. Aber in den USA ist alles künstlich, das Finanzsystem ebenso wie das kulturelle und nationale Selbstverständnis. Alles ist gewissermaßen aus Plastik: eine fortwährende Beschwörung dessen, was sein kann, was sein wird. Und wenn etwas nicht mehr funktioniert, wirft man es weg und ersetzt es durch etwas anderes. So funktioniert auch das Konjunkturpaket in der US-Mentalität. Insofern trägt das Paket bereits jetzt dazu bei, die Stimmung zu verändern und eine neue Realität zu schaffen - zumindest vorübergehend.

*Frage: Kann das Paket möglicherweise auch eine Vorreiterrolle für Europa einnehmen? Welches können in diesem Zusammenhang die Auswirkungen sein?*

Benedikter: In den USA geht alles viel schneller als in Europa. Der durchschnittliche Wirtschaftszyklus - das heißt die Zeit von Aufschwung bis Abschwung - dauert nur etwa die Hälfte, auch Beziehungen, Politik und Kultur sind wandelbarer. Dafür ist die Nachhaltigkeit geringer. Alles ist nur für kurze Zeit. Europa hat eine andere Kultur, Geschwindigkeit, Nachhaltigkeit. Es unterschätzt, dass das US-Paket für den Augenblick gemacht ist. Morgen kann es schon wieder durch anderes ersetzt werden. In den USA erwartet man sich schnelle Gewinne und schnelle Verluste, man weiß, dass nach einem Hoch schon bald ein Tief kommen wird und hielt das bis 2007 auch für ganz normal, während man in Europa praktisch nie auf einen Abschwung vorbereitet ist. Er kommt ja auch meist aus den USA. Außer dass der Euro sinkt und die Exporte stärkt, kann das US-Paket aber gemeinsam mit europäischen Maßnahmen Einfluss auf die weltweite Systemstabilität haben - wenigstens für eine gewisse Zeit. Es ist allerdings die Stabilität eines neoliberalen Systems, das seinen Zenit überschritten hat. Das Ende des Neoliberalismus ist nahe - mit oder ohne Konjunkturpaket, mit oder ohne Obama.

*Frage: Welche Erwartungen stellt US-Präsident Obama konkret an Europa (z.B. Stichwort Guantanamo)?*

Benedikter: Keine besonderen. Obama ist zu sehr mit den USA beschäftigt, um sich um Europa zu kümmern. Das wird auch so bleiben. Die Probleme der US-Gesellschaft in den Griff zu bekommen, wird seine ganze Zeit in Anspruch nehmen. Europa soll aber wieder freundlicher behandelt werden. Dafür soll es sich im Gegenzug stärker beteiligen, unter anderem soll Italien einige Guantanamo-Insassen aufnehmen. England hat es schon getan. Das wird aber auch seinen Preis kosten.

*Frage: Schon zu Beginn seiner Amtszeit hat der neue Präsident symbolträchtige Zeichen an die islamische Welt gesandt: Einerseits Dialogbereitschaft - insbesondere mit dem Iran -, andererseits jedoch auch die Bereitschaft, mit starkem militärischem Einsatz - gegen die Talibanrebellanten - vorzugehen. Welche Prioritäten können daraus abgeleitet werden?*

Benedikter: Ein neuer Pragmatismus Amerikas. Er ersetzt den militanten, kriegerischen Idealismus der Bush-Regierung. Obama ist ein flexibler Realist, kein eindimensionaler Welt-Verbesserer wie Bush. Obama will nicht die Demokratisierung der ganzen Welt, sondern das Beste für die USA. Über andere Gebiete verliert er kaum je ein Wort. Er weiß, dass die einseitige Weltherrschaft des US-Imperiums zu Ende geht. Und er will sein Bestes tun, dieses Ende so lange wie möglich hinauszuzögern.

*Frage: Welche Priorität hat für den neuen Präsidenten das Thema „Osama bin Laden“?*

Benedikter: Nur eine symbolische. Wenn Osama gefasst wird, hat der neue Präsident etwas erreicht, was Bush nicht schaffte. Das gibt ihm zusätzliche Legitimität. Bin Laden wird in Europa überschätzt. Er ist nur eine symbolische Kultfigur, militärisch und strategisch spielt er kaum eine Rolle. Schon gar nicht für die Zukunft der weltweiten Machtverhältnisse und die Verteilung des Wohlstandes.

*Frage: Welche Rolle und Wichtigkeit messen Sie - hinsichtlich der Popularität des Präsidenten - seiner Frau Michelle Obama bei, die derzeit weltweit Titelseiten von Magazinen schmückt?*

Benedikter: Sie ist zweifellos eine präsentable First Lady. Als erste Schwarze im Amt der „Vorbildfrau der Nation“ hat sie bisher eine gute Figur gemacht. Wie eng sie als Elite-Juristin auf die Politik ihres Mannes einwirkt, ist schwer zu sagen. Sie ist jedenfalls eine moderne, gleichberechtigte Frau, anders als ihre Vorgängerin, die nur eine traditionelle Gattinnen- und Mutterrolle spielte.

Roland Benedikter, C. Prof. Dott. DDDr., ist Visiting Research Scholar am European Institute der Columbia Universität New York, u.a. Herausgeber der 7-teiligen Buchreihe „Postmaterialismus“ im Passagen Verlag Wien (2001-2005), darunter Band 5: Das Kapital (2005), und Autor von „Nachhaltige Demokratisierung des Irak? Sozio-kulturelle und demokratiepolitische Perspektiven“ (Passagen Verlag 2005). Derzeit arbeitet er an einem Buch zur „Globalen Systemverschiebung“, siehe dazu die Kurzbeschreibung auf der Seite des „Zukunft der Menschheit“-Instituts der Oxford Universität: <http://www.fhi.ox.ac.uk/events/roland%20Benedikter%20abstract.pdf>.

# Aufrüstung

## Zur neuen Dimension des weltweiten Wettrüstens

### Die Militarisierung des ökonomischen Denkens

Wilhelm Neurohr

Das weltweite Wettrüsten hat mit Rüstungsausgaben von 1,34 Billionen Dollar eine neue, bedenkliche Dimension erreicht. Dies wurde zum Jahreswechsel durch den verspätet veröffentlichten Rüstungsexportbericht 2008 bekannt und ist historisch noch nie da gewesen. Angesichts der höchsten Rüstungsaktivitäten in der Geschichte der Menschheit besteht Anlass zu allergrößter Besorgnis. Dabei steht ausgerechnet Deutschland als Rüstungsexporteur beim Waffenhandel gleichauf mit China auf Platz Drei in der Welt nach den USA und Russland.

Führt die zunehmende Militarisierung des politischen Denkens zwangsläufig auch zu militärischem Handeln - oder sind die jüngsten Abrüstungssignale von Barack Obama und Hillary Clinton aus Amerika und die in Europa von Außenminister Steinmeier artikulierten Abrüstungsforderungen erste hoffnungsvolle Signale einer politischen Umkehr? Zuvor hatte die „alte Garde“ der ehemaligen Bundespolitiker - Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Ex-Kanzlerberater Egon Bahr sowie die Ex-Minister Heiner Geißler und Norbert Blüm - parteiübergreifend und gemeinschaftlich eine neue Initiative zur Abrüstung insbesondere bei den Atomwaffen eindringlich angeregt. In Deutschland lagern - über 60 Jahre nach Hiroshima - immer noch die letzten US-Atomwaffen aus der Zeit des kalten Krieges.

Weltweit wurden im Jahr 2007 rund 1.339 Mrd. Dollar für Rüstung ausgegeben, das ist ein Anstieg seit 1998 um 45 %, wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut ermittelte. Die Zahl der Länder, die ihre Militärausgaben erhöhten, war im Jahr 2007 höher als je zuvor. Alle Abrüstungsabkommen sind seither Makulatur. Allein in Deutschland belaufen sich die Rüstungsausgaben auf umgerechnet 37 Mrd. Dollar, höher als in Russland mit 35,4 Mrd. Dollar. Zehn Prozent der weltweiten Ausfuhr an konventionellen Waffen stammen aus Deutschland. Niemand gebietet der in den vergangenen zehn Jahren gewaltig gewachsenen Rüstung Einhalt, im Gegenteil:

Im deutschen Bundeshaushalt für 2009 wurde der Verteidigungsetat gegenüber 2008 trotz Wirtschaftskrise nochmals um 5,6 % angehoben, von ca. 29 Mrd. auf 31 Mrd. Euro.

Für Rüstungspolitik wird vom Bund mehr Geld ausgegeben als für sämtliche Aufgaben von Bildung, Forschung und Kultur, von Gesundheit, Umwelt, Landwirtschaft und Ernährung sowie Verkehr, Städtebau und Wohnen zusammengenommen. Längst werden Menschen in aller Welt, vor allem in Problemländern, mit deutschen Waffen getötet, durch den „Export des Todes“, wie Friedensnobelpreisträger Willy Brandt die Rüstungsexporte bezeichnete. Die Bekenntnisse zu den Menschenrechten erscheinen da hohl. Fast 10 Millionen Menschen sind weltweit in der Rüstungsindustrie tagtäglich mit der Herstellung von Waffen zum Töten von Menschen beschäftigt.

Am Grad der Rüstung gemessen, befindet sich die ganze Welt im Krieg, und sei es im weltweiten „Krieg gegen den Terror“ als Vorwand für die militärische Hochrüstung. Die fundamentalistische Einteilung der Menschen in Bürger und Terroristen hat nach Aussagen des damaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan ein schreckliches „Feuertor aufgestoßen“. Der Widerspruch zwischen den wortreich verkündeten Idealen und den Realitäten ist so groß wie immer in Vorkriegszeiten. In der Schlussakte des gescheiterten EU-Verfassungsvertrages war sogar den Staaten bereits das Recht eingeräumt, die Todesstrafe für Taten vorzusehen, „die in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr begangen werden“. Auch war nach dem bisher gültigen „Nizza-Vertrag“ ein eigener EU-Militärhaushalt neben den einzelstaatlichen Rüstungsetats verboten, der nun aber unter dem Druck der Rüstungs- und Militärlobby quasi zugelassen wurde.

Die Chancen für die Wiederbelebung der internationalen Rüstungskontrolle und der Abrüstungspolitik in dieser Hochrüstungsphase sind nicht sehr rosig, obwohl das erste Treffen der amerikanischen Außenministerin Hillary Clinton mit dem russischen Außenminister Anfang März 2009 genau das zum Thema hatte. Zuvor hatte US-Präsident Barack Obama den Russen Offerten für einen möglichen Verzicht auf die von Bush angekündigte Stationierung von Abwehrraketen in Tschechien unterbreitet, die zunächst von Russland zurückgewiesen wurden.

### **Waffeneinsätze als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln?**

Nach Auslaufen der aktiven Friedens- und Abrüstungspolitik der 70-er und 80-er Jahre ist seit der Jahrhundertwende jedenfalls die militärische Hemmschwelle gesunken und der Wille zu weltweiten bewaffneten Kampfeinsätzen und militärischen Interventionen mit Todesopfern gestiegen. Geschichtlich kam es nach dem Hochschrauben von Rüstungsaktivitäten früher oder später fast immer zum intensiven Einsatz der produzierten Waffen, zumal in wirtschaftlichen Krisenzeiten wie den gegenwärtigen. „Wer zum Schwert greift, soll durchs Schwert umkommen.“ (Matthäus 26,52) Wer in Waffenkategorien denkt, wird auch bewaffnet handeln.

Waffeneinsätze und Kriegshandlungen als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sind mittlerweile auch für Deutsche und Europäer als Bündnispartner kein Tabu mehr, soweit moralische oder ideologische Werte oder wirtschaftliche Interessen dafür bemüht werden. Der zur Schau getragene Stolz über die längste Friedensphase unserer europäischen Geschichte gut sechzig Jahre nach dem zweiten Weltkrieg wirkt selbstgefällig, denn wir leben nicht in Frieden, solange wir als Mittäter indirekt an auswärtigen Kriegen beteiligt sind, in denen deutsche Waffen Kinder in Afrika oder anderswo töten.

In einem Gutachten der Bertelsmann-Stiftung für die EU unter Beteiligung von Rüstungslobbyisten wird sogar unverblümt empfohlen, europäische Kampfeinsätze in aller Welt nicht länger mit einem humanitären Deckmäntelchen zu kaschieren, sondern die Bevölkerung an Waffeneinsätze für wirtschaftliche Interessen (in Zeiten des ohnehin unvermeidlichen Kampfs um Ressourcen) zu gewöhnen. Hohe Militärs forderten jüngst gegenüber den Soldaten in Afghanistan: „Die Deutschen müssen wieder das Töten lernen“. Der Kampf „jeder gegen jeden“ ist längst ausgerufen und reicht über den gnadenlosen wirtschaftlichen Konkurrenz- und Existenzkampf hinaus: Der bewaffnete Kampfeinsatz als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln im Geiste des marktradikalen Wirtschaftskrieges der konkurrierenden Mächte in der neoliberalen Denklogik? Dazu will Bertelsmann publizistische Unterstützung leisten? Es wird nicht mehr zur bloßen „Abschreckung“ gerüstet, sondern für den tatsächlichen Einsatz, in einem geschichtlich nie dagewesenen Ausmaß.

### **Menschenrechte, Völkerrecht und Grundrechte werden verbogen**

Weltweite präventive Kriseneinsätze, auch Kampfeinsätze unter dem Vorwand „humanitärer Missionen“, sowie der militärische statt polizeiliche Kampf gegen die Piraten haben nun auch Deutschland und Europa in die Rolle eines Weltpolizisten gebracht, seitdem behauptet wird, deutsche Interessen würden auch am Hindukusch und am Kap Horn vor Afrika (laut Verteidigungsminister Jung und seinem Vorgänger Struck) verteidigt. Auch vor völkerrechtlich nicht legitimierten Angriffskriegen, begründet mit Bündnisverpflichtungen, wie z.B. im ehemaligen Jugoslawien sowie in Afghanistan und Irak, die alle drei mit einer politischen Lüge gerechtfertigt wurden, schreckt man mehr zurück. Allein Deutschland hat für mittlerweile ein Dutzend Auslandseinsätze der deutschen Bundeswehr in den letzten 15 Jahren fast 11. Mrd. Euro ausgegeben.

Neu hinzugekommen ist die veränderte deutsche und europäische Militärdoktrin (GASP, die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, sowie die aktuelle NATO-Strategie und die Aufgabenbestimmung der Bundeswehr im neuesten Weißbuch), die künftig auch militärische Einsätze zur Sicherung von Rohstoffen und Handelswegen legitimiert. Die europäische Militärpolitik will erklärtermaßen ihre interventionistischen Einsätze weltweit ausweiten - zur Sicherung von Energie, insbesondere von Öl- und Gasressourcen in Afrika, Asien und dem Nahen Osten. Es handelt sich hierbei um einen

Paradigmenwechsel in der deutschen und europäischen Außenpolitik der Nachkriegszeit. Dieser vollzieht sich ohne nennenswerte Diskussion in der Öffentlichkeit, trotz aller Beschwörungen von Frieden und Verständigung in Europa. Wo militärische Wohlstandssicherung immer wieder für legitim erklärt wird, kommt es zunehmend zu Gewöhnungseffekten gegenüber der Militarisierung der Außenpolitik wie der Wirtschaftspolitik. Russland als „strategischer Partner“ der EU will es inzwischen gar seinen staatlichen Energiekonzernen ermöglichen, eine Privatarmee aufzubauen.

Militärische Intervention für wirtschaftliche Interessen, ob offen oder verdeckt, sind grundgesetzwidrig, denn das Grundgesetz verbietet jede Form des Angriffskrieges. Es lässt nur die Landesverteidigung bei Angriffen von außen zu. Wenn in Zeitungskommentaren während des Gas-Streites zwischen Russland und der Ukraine im kalten Winter 2008/2009 über militärische Aktionen zur Sicherung der Gasversorgung spekuliert wurde, ist das ein bedenkliches Zeichen. Militärische Interventionen des heute propagierten Typs dienen nicht der Verteidigung, sondern nationalen oder kollektiv europäischen Wohlstands- und Wirtschaftsinteressen. Es geht um die im Jahr 2000 beschlossenen EU-Lissabon-Strategie und die darin enthaltenen globalen wirtschaftlichen und politischen Ambitionen, es geht um die Eroberung und Beherrschung von Weltmärkte um fast jeden Preis.

Ebenso grundgesetzwidrig ist die Aufhebung von Freiheitsrechten der Bürger unter dem Vorwand des Krieges gegen den Terrorismus. Mit einem derartigen dauerhaften Ausnahmezustand versuchen die Regierenden im 60. Jahr nach seinem Inkrafttreten das deutsche Grundgesetz in vielen Punkten faktisch auszuhebeln.

Dass das Bundesverfassungsgericht sich genötigt sah, zahlreiche Gesetzesänderungen kassieren beziehungsweise für unzulässigen erklären lassen, ist symptomatisch; - dass der (noch nicht rechtskräftige) EU-Reformvertrag wichtige Grundgesetzregelungen aufzuweichen oder gar zu beseitigen droht, ebenfalls.

Im Entwurf des EU-Verfassungsvertrages sowie inhaltsgleich im Lissabonner EU-Reformvertrag wird die permanente Aufrüstung und Aufstockung der Rüstungs-etats für alle 27 EU-Mitgliedsstaaten quasi in den verbindlichen und verpflichtenden Verfassungsrang erhoben. Sie soll durch eine Rüstungsagentur, kürzlich in „Verteidigungsagentur“ (EDA) umgetauft, kontrolliert und gesteuert werden. Diese erhält dafür ein eigenes Budget zur Anschubfinanzierung und soll auch bei der Rüstungsbeschaffung behilflich sein. Ihr Leiter, der ehemalige Rüstungsstaatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium, Alexander Weis, hatte das Jahr 2008 zum „Jahr der Rüstung“ ausgerufen.

Abrüstung kommt als Politikziel faktisch nicht mehr vor, wenn man den letzten Abrüstungsbericht der Bundesregierung liest, auch wenn Deutschland vor kurzem endlich ein Abkommen gegen die Verbreitung menschenrechtswidriger Streumunition unterzeichnet hat, nachdem es sich als einer der Rüstungsexportweltmeister lange Zeit einer solchen Vereinbarung hartnäckig verweigert hatte. Im März 2009 strengte dann aber ein deutscher

Rüstungskonzern eine Klage gegen Journalisten an, die international geächtete Streumunition, die weiterhin hier produziert und exportiert wird, als solche bezeichneten und beim Namen nannten.

## Zuviel Demokratie gilt im EU-Einheitsstaat als Reibungsverlust

Angesichts solcher Entwicklungen darf es nicht der Rüstungs- und Wirtschaftslobby als „heimlicher Regierung der EU“ überlassen bleiben, wie die Militärpolitik auszusehen hat. Dass demokratische Bürgerbeteiligung an der Entscheidung über elementare Zukunftsfragen von der Wirtschafts- und Rüstungslobby und den mit ihr verflochtenen Politikern aber nicht wirklich gewünscht ist, liegt auf der Hand. Selbst eine vorherige parlamentarische Beteiligung bei europäischen Waffen- und Kriegseinsätzen etwa durch das Straßburger Parlament oder die Nationalparlamente wurde in den EU-Verfassungs- und Reformverträgen ausdrücklich ausgeschlossen, da allein die Regierungskonferenz beziehungsweise der Ministerrat und der hohe europäische Außenkommissar mit seiner neuen Machtfülle darüber entscheiden soll. Ebenso ist eine Überprüfung durch den Europäischen Gerichtshof ausgeschlossen, der allerdings selbst auch nicht demokratisch legitimiert ist.

Erstmals liegt in Brüssel das Außenwirtschafts- und Verteidigungsressort in einer Hand. Das scheint logisch angesichts des engen Zusammenhangs von wirtschaftlichen und militärischen Interessen. Allein diese Logik führt zu einer noch stärkeren Missbrauchbarkeit Europas für Macht- und Wirtschaftsinteressen und zu einem erweiterten Aktionsradius für Rüstungslobbyisten und der Rüstungsindustrie hörige Politiker. Die Ahndung von korruptem Verhalten der 40.000 Brüsseler Beamten ist durch die während und nach der aktiven Dienstzeit gewährte Immunität nachhaltig erschwert worden. Dies obwohl schon einmal wegen eines Korruptionsfalles die gesamte Brüsseler Kommission auf politischen Druck hin zurücktreten musste.

Das dreifache Nein gegen eine von der Wirtschafts- und Militärlobby erkennbar mitgeprägte Verfassung durch die Mehrheit der Bürger in Frankreich, den Niederlanden und in Irland hat keine Umkehr bewirkt, im Gegenteil: Nach dem Nein durch die Iren überlegte man als erstes, wie man gerade den militärischen Teil des Reformvertrages trotz der Ablehnung separieren und dennoch realisieren kann, indem eigens ein Direktorium für militärische Fragen mit allerlei Vollmachten gebildet werden sollte. Laut Umfragen wäre auch in anderen Ländern eine derartige Verfassung von den Menschen abgelehnt worden, hätten sie entscheiden dürfen. Sie werden aber nicht gefragt. Zu Wort kommen immer wieder Apologeten der gegenwärtigen EU-Politik aus Berlin, Brüssel und Straßburg (selbst in anthroposophischen Publikationen), die eine demokratische Beteiligung der betroffenen Menschen an „ihrer“ EU-Verfassung engagiert ablehnen und die Rüstungsentwicklung verharmlosen.

30.000 Lobbyisten haben Zugang zur Brüsseler Machtzentale. Die nationalen Parlamente wie das



Europaparlament sind durch die EU-Exekutive in ihren Mitentscheidungsrechten nachhaltig beschnitten. Dies obwohl die erweiterte EU mit ihren erweiterten Kompetenzen noch nicht rechtskräftig konstituiert ist, da der Lissabon-Vertrag nicht in Kraft getreten ist. Es gilt zu erkennen: Eine EU ohne funktionierende Gewaltenteilung, die immer mehr zum supranationalen Einheitsstaat mutiert und in der eine Verquickung politischer und wirtschaftlicher Interessen vorherrscht, ist das Gegenbild einer demokratischen, gegliederten Gesellschaftsstruktur mit Selbstverwaltungselementen. Solange das Straßburger EU-Parlament keine parlamentarischen Kernkompetenzen für Gesetzesinitiativen und wirksame Regierungskontrolle erhält, können die demokratisch legitimierten nationalen Parlamente ihre Kompetenzen noch nicht an die EU abgeben, schon gar nicht in Fragen von Kriegseinsätzen. Solange die Rechtsnormen von der Exekutive statt von der Legislative gesetzt werden, kann die EU nicht als demokratisch bezeichnet werden.

Demgegenüber hatte der ehemalige sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow im Zuge von Glasnost und Perestroika - als Ausgangsinitiative zur Überwindung der Teilung Europas - hervorgehoben: „Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen“. Denn der Kontinent ist ohne Demokratie undenkbar, sonst wandeln wir bald „durch das verbrannte Europa“. Wenn der Rüstungsspirale nicht Einhalt geboten wird, dann werden die Folgen und das Leiden für die Menschen in Europa und in der Welt alles bisher da gewesene aus den dunklen Epochen dieses Kontinentes bei weitem übertreffen, so ist zu befürchten.

### **Der Glaube an die Macht der Waffen und des Militärischen ist ein Aberglaube**

Europa ist der Kontinent der Menschenrechte und christlichen Glaubensbekenntnisse. Die besten Impulse deutschen und europäischen Kultur- und Geistesgeschichte stehen im Widerspruch zu allem Militärischen und Gewalttätigen. Technische Überheblichkeit, wirtschaftliches Konkurrenzstreben und vor allem der fatale Glaube an die Macht der Waffen ist eine anhaltende Verblendung. Das Volk in der Mitte Europas kann vernünftigerweise nur den Ausgleich zwischen den Polaritäten und Dualitäten suchen; wirkliche Friedenspolitik ist das höchste Gut. Alles andere ist ein Irrweg,

## **Dokumentation**

### **Appell: Nein zum Krieg - Nein zur NATO**

Aus Anlass des 60. Geburtstages der militärischen Organisation NATO rufen wir alle Menschen auf, im April 2009 nach Straßburg und Kehl zu kommen und gegen die aggressive Militär- und Nuklearpolitik der NATO zu demonstrieren und für unsere Vision einer gerechten Welt ohne Krieg einzutreten.

Die NATO ist zunehmend ein Hindernis für Frieden in der Welt. Seit dem Ende des Kalten Krieg hat die NATO versucht, sich als ein Mittel für militärisches Agieren der „internationalen Gemeinschaft“ neu zu erfinden, einschließlich der Forcierung des so genannten „Krieges gegen den Terror“. In der Realität ist die NATO ein Vehikel für den Einsatz von Macht unter US-Führung, mit Militärbasen auf allen Kontinenten, unter Umgehung der Vereinten Nationen und des Völkerrechts, die NATO beschleunigt die Militarisierung und eskaliert Rüstungsausgaben - NATO-Staaten sind für 75% der globalen Militärausgaben verantwortlich. Seit 1991 betreibt die NATO diese expansionistische Politik, um die strategischen Interessen der NATO und den Zugang zu Ressourcen voranzutreiben. Sie hat auf dem Balkan unter dem Deckmantel einer so genannten „humanitären Intervention“ Krieg geführt, und führt seit 7 Jahren einen brutalen Krieg in Afghanistan, der immer mehr tragisch eskaliert. Inzwischen hat sich der Krieg nach Pakistan ausgebreitet.

In Europa erhöht die NATO Spannungen, sie forciert den Rüstungswettlauf mit einer so genannten „Raketenabwehr“, einem massiven Nukleararsenal und einer nuklearen Erstschlagsstrategie. Die Politik der EU ist zunehmend an die der NATO angebunden. Die andauernde und potentielle Erweiterung der NATO nach Osteuropa und darüber hinaus und ihre „out-of-area“-Einsätze verwandeln die Welt in einen gefährlicheren Ort. Der Konflikt im Kaukasus ist ein klarer Hinweis auf diese Gefahren. Jede Erweiterung der Grenzen der NATO steigert die Wahrscheinlichkeit von Krieg, einschließlich des Einsatzes von Atomwaffen.

Um unsere Vision einer friedlichen Welt zu erreichen lehnen wir militärische Antworten auf globale und regionale Krisen ab - sie sind Teil des Problems, und nicht deren Lösung. Wir weigern uns, unter dem Terror von Atomwaffen zu leben, und lehnen einen neuen Rüstungswettlauf ab. Wir müssen die Militärausgaben reduzieren - und Ressourcen für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse einsetzen. Wir müssen alle fremden Militärbasen schließen. Wir lehnen alle militärischen Strukturen ab, die für Militärinterventionen genutzt werden. Der Umgang der Bevölkerungen der Länder muss demokratisiert und demilitarisiert werden. Es bedarf neuer Formen der friedlichen Kooperation, um eine sicherere und gerechtere Welt zu schaffen.

Wir appellieren, diesen Aufruf zu verbreiten, in Deinem direkten Umfeld und den sozialen Bewegungen. Wir rufen dazu auf, nach Straßburg und Kehl zu kommen, um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen. Wir glauben daran, dass eine friedliche Welt möglich ist.

Folgende vier Elemente von Aktivitäten soll es während der Anti-NATO-Proteste geben: Eine internationale Großdemonstration am Samstag 4. April, eine internationale Anti-NATO-Konferenz, direkte Aktionen und Aktionen zivilen Ungehorsams mit Schwerpunkt am Freitag 3. April und ein internationales Widerstandscamp vom 1.- 5. April 2009.

Verabschiedet beim internationalen Vorbereitungstreffen für die Gegenaktivitäten zum NATO-Gipfel 2009 in Stuttgart am 5. Oktober 2008. Quelle: <http://www.imi-online.de/2008.php3?id=1827>. Infos zur Aktionsplanung auch unter <http://www.attac.de/aktuell/nato/startseite/>

wie die zwei Weltkriege und die Nazi-Barbarei gezeigt haben. Der neuerliche Weg der Waffen ist ein unmöglicher für Deutschland.

Es herrschen aber auch heute wieder der Unwille und die Unfähigkeit, den Irrtum als Irrtum zu erkennen. Anders ist die ausufernde Rüstungspolitik in Deutschland und Europa nicht zu erklären, die gerade in den gegenwärtigen Krisenzeiten nicht in Frage gestellt wird, weil sie zum erstrebten Wirtschaftswachstum beiträgt. Keine andere Branche hat so hohe Wachstumsraten und Gewinnspannen wie gerade die nahezu krisensichere deutsche Rüstungsindustrie.

In der Zeit des „kalten Krieges“ standen sich die beiden großen Blöcke mit ihren Atombomben in einem atomaren Patt vernichtungsbereit gegenüber. Nur die unvorstellbaren Zerstörungskräfte haben den Vernichtungswillen in Schach gehalten. Heute ist es der „Krieg gegen den Terrorismus“, vom ausgeschiedenen US-Präsidenten Bush als „dritter Weltkrieg“ ausgerufen, mit dem die militärische Hochrüstung legitimiert wird - in Ermangelung anderer Feindbilder. Materialismus und Militarismus haben ein Bündnis geschlossen zur Verstärkung dunkler Mächte.

Dass in den Jahren, in denen diese Politik betrieben wurde, der Terrorismus nicht schwächer, sondern stärker geworden ist, sollte jedem zu denken geben. Als Zivilgesellschaft sollten wir vor allem auch die hinter den äußeren Geschehnissen und Entwicklungen liegenden geistigen und wirtschaftlichen Machtkämpfe und Realitäten erkennen lernen. Welchen Bewusstseinsstrübungen erliegen die handelnden Politiker und alle anderen aktiv oder durch ihrer Passivität beteiligten Menschen? Wie helfen wir mit, dass die inneren und äußeren Zusammenhänge durchschaut werden? Erkennen wir, anders als zwischen den Weltkriegen, dieses Mal die unübersehbaren Zeichen der Zeit?

## Erkenntnisweg oder Leidensweg?

Die Militarisierung von Wirtschaft und Politik und von Denken und Handeln, korrespondiert mit dem irrationalen wirtschaftlichen Irrweg in der gegenwärtigen Kapitalismuskrise und entspringt dem gleichen Ungeist. Eine wirksame Widerstands- und Friedensbewegung ist damals wie heute nicht in Sicht, so dass sich gerade in Deutschland erneut die Frage nach dem eigenen Versagen stellt. Die Gegenmächte im Inneren wie im Äußeren sind gewaltig, vielleicht noch gewaltiger und erfolgreicher als zwischen den zurückliegenden Weltkriegen. Damals wurde der mitteleuropäische Sozial- und Geistesimpuls zerstört, Herrenmenschenwahn trat an seine Stelle.

Menschenfeindliche Kräfte und Mächte haben sich auch nach Kriegsende in den Machtzentren Europas und der Welt eingenistet. Von Weltfrieden können wir nicht ernsthaft sprechen, solange Deutschland und Europa sowie ihre amerikanischen Verbündeten im Eigeninteresse die Kriegsschauplätze lediglich auf andere Kontinente außerhalb Europas und Amerikas räumlich verlagert haben - vorerst.

Müssen wir, wie so oft in der jüngeren Menschheitsgeschichte, weil die Einsicht zu spät kommt, erst den Leidensweg mit „Blut und Tränen“ gehen? Muss erst wieder der Hass regieren, wie wir es aktuell im Kriegsgeschehen in Israel und Palästina erleben? Oder finden wir rechtzeitig einen Weg der Erkenntnis und Voraussicht, der uns solche Leidenswege erspart?

Ein solcher Erkenntnisweg ist heute nicht leichter geworden. Denn die Situation an den vielen Kriegsschauplätzen in der Welt ist verworren, die Machtinteressen vielfach verdeckt. Gegen wen und was sich Widerstand richten muss, ist schwerer erkennbar als in der Nazi-Zeit.

Doch als wachsame Zeitgenossen sind wir gerade jetzt zum mutigen Handeln herausgefordert. Wir stehen vor Entscheidungsjahren. Wenn es in den nächsten drei Jahren nicht gelingt umzusteuern, dann dürften uns noch schlimmere Krisen und Herausforderungen erwarten. Das Zeitfenster ist eng, auch für die anstehende europäische Politikausrichtung, beginnend mit dem Europawahljahr 2009. Unser Denken und Handeln muss von der Militarisierung und Gewaltbereitschaft befreit werden. Das gelingt nur, wenn der gnadenlose sozialdarwinistische Konkurrenzkampf „jeder gegen jeden“ aus dem Wirtschaftsleben verschwindet, zugunsten eines kooperativen, solidarischen und gemeinwohlorientierten Wirtschaftens in einer Welt ohne Grenzen, in der einer auf den anderen angewiesen ist - zum Überleben aller wie zum eigenen Überleben.

Nicht Gegnerschaft und Feindschaft, nicht Egoismus im Sinne von Gruppen-, Volks- und Nationalinteressen oder kontinentaler Weltmacht Konkurrenz mit Siegern und Besiegten, Gewinnern und Verlierern sind zukunftsfähig. Vielmehr garantieren allein die Ideale der französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit - ein Überleben aller im Sinne einer nachhaltigen Win-Win-Situation. Warten wir nicht auf „die da oben“! Jeder Einzelne „da unten“ ist zum Umdenken und zur Änderung seines Verhaltens aufgefordert. Denn die Militarisierung und Polarisierung nistet ganz verborgen manchmal auch in unseren eigenen Denkschemata und Handlungsmustern. Und nur eine starke Bewegung von unten ist in der Lage, eine Wende hin zu einer wirklichen Politik des Friedens und der Abrüstung herbeizuführen.

# Betrachtungen und Berichte

## Wirtschafts- und Finanzkrise

### Alternativbanken Europas: 8-Punkte-Plan zur Krise

Der bereits im Dezember letzten Jahres veröffentlichte 8-Punkte-Plan von Alternativbanken in Europa ist angesichts der Entwicklung weiterhin hochaktuell. Auf Einladung der Internationalen Association for Investors in Social Economy (INAISE) hatten sich Vorstände und Direktoren der europäischen alternativen Banken in Frankfurt getroffen und einen Plan mit folgendem Inhalt und Zielen erarbeitet:

1. Es muss künftig eine klare Ausrichtung aller Finanzdienstleister auf die Bedürfnisse der Realwirtschaft und damit die Konzentration auf diese Dienstleistungen geben. Maßstab muss die deutliche Reduktion von nicht der Realwirtschaft dienenden Finanzinstrumenten sein.
2. Neben der konsumgüterorientierten Inflationsbekämpfung sollte die internationale Währungsstabilität auch Inflationsrisiken bei Vermögenswerten einbeziehen (Beispiel: Immobilienblase USA).
3. Es muss ein klarer Auftrag an die Staatengemeinschaft erfolgen, wirkliche Anstrengungen zu unternehmen, um sogenannte „offshore Finanzplätze“ zu schließen und regulatorische Unterschiede weitestgehend abzubauen. Damit ist gewährleistet, dass Finanzinnovationen, die ausschließlich diese Unterschiede ausnutzen, gegenstandslos werden.
4. Die in den nationalen Aufsichtsregeln verankerten Größenmerkmale für die Systemrelevanz von Instituten sollen auch auf die globale Finanzwirtschaft übertragen werden. Es muss vermieden werden, dass Finanzinstitutionen entstehen, deren Größe im Krisenfall alleine ausreicht, das System zusammenbrechen zu lassen. Aus den Ereignissen in Island sollten entsprechende Lehren gezogen werden.
5. Die Regelungen für Rating-Agenturen sollen auf die Beseitigung von Interessenkonflikten abzielen. Ebenso

wie die gerateten Unternehmen selbst sollen auch Rating-Agenturen der Finanzaufsicht unterliegen.

6. Die Transparenzregeln in Finanzdienstleistungsgeschäften haben den hier formulierten, ordnungspolitischen Rahmenbedingungen genüge zu tun und nicht ihrerseits einer Überforderung aller Marktteilnehmer darzustellen.

7. Einfache Produktgestaltung, die sich sowohl auf die Wirkungsweise als auch auf die vertraglichen Bedingungen konzentriert. Transparenz ist nicht nur der Schlüssel zur Lösung der derzeitigen Krise, sondern vor allem zur Vermeidung künftiger Krisen.

8. Neben diesen, eher auf die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen abzielenden Vorschläge bedarf es einer breiten Aufklärungs- und Bildungskampagne zu finanzwirtschaftlichen Themen. Die Art und Weise wie Geld angelegt wird, verzinst und verwendet wird und unsere Gesellschaft gestaltet, muss in viel stärkerem Maße in das öffentliche Bewusstsein gelangen.

Gefordert wird der 8-Punkte-Plan von folgenden Vertretern des sozial-ökonomischen Bankings: der Banca Etica (Italien), Cultura Bank (Norwegen), Ecological Building (Großbritannien), Ekobanken (Schweden), Freie Gemeinschaftsbank (Schweiz), GLS Bank (Deutschland), Merkur Bank (Dänemark) und Triodos Bank (Niederlande).

Alle diese Banken sind zurzeit äußerst gefragte Partner in Fragen der Nachhaltigkeit von Finanzanlagen und insbesondere der qualitativen Prüfung von Investitionen. Auch sind es gerade die alternativen Banken in Europa, die sich mit beträchtlichen Wachstumsraten seit Jahren sehr gut entwickeln. Inzwischen verfügen diese Banken über ein gemeinsames Bilanzvolumen von mehr als 8 Milliarden Euro und betreuen ca. 150.000 Kundinnen und Kunden mit über 1.000 Mitarbeitern.

GLS Bank-Vorstand Andreas Neukirch hatte nach der Konferenz erläutert, dass es zwar unterschiedliche Entwicklungen in den europäischen Staaten gibt, dass aber gerade die Alternativbanken Europas Beiträge leisten können für eine werteorientierte Weiterentwicklung des Finanzsystems. Die europäischen Banken sähen sich als „best practice Beispiel“ für eine fortschrittliche Bankarbeit“, so Neukirch. Neben dem Punkte-Plan hatte man zudem vereinbart, gemeinsam mit dem World Future Council, das Jakob von Uexküll ins Leben gerufen hat, den politischen Entscheidungsträgern aktiv globale Rahmenbedingungen für die neue Finanzwirtschaft im Sinne von „best policies“ näher zu bringen. Auch arbeiten die beteiligten Banken sowohl in den jeweiligen Ländern als auch im Rahmen von INAISE gemeinsam und koordiniert an der Weiterentwicklung ihrer Ideen und suchen den öffentlichen Diskurs.

INAISE (International Association of Investors in the Social Economy) ist ein Netzwerk aus sozial und ökologisch orientierten Finanzinstitutionen. INAISE wurde 1989 gegründet und besteht heute aus Instituten weltweit. Ziel der Vereinigung ist der Austausch von Erfahrungen und

Informationen sowie die Verbreitung von Konzepten nachhaltiger Geldanlagen ([www.inaise.org](http://www.inaise.org)).

Die GLS Bank steht seit über 30 Jahren für eine nachhaltige, verantwortungsvolle Bankarbeit in dreifacher Hinsicht: sozial, ökologisch und ökonomisch. Nach konsequenten Kriterien finanziert sie ausschließlich soziale, ökologische und kulturelle Unternehmen und Initiativen mit konkretem realwirtschaftlichen Bezug. Neben ihrem Hauptsitz in Bochum hat die GLS Bank Filialen in Berlin, Frankfurt, Freiburg, Hamburg, München und Stuttgart. Mit den Einlagen ihrer rund 63.000 Kundinnen und Kunden finanziert sie derzeit über 4.800 Unternehmen. Transparenz gehört dabei zum Konzept.

Quelle: Presseerklärung von Christoph Lützel, Pressesprecher der GLS-Bank, Christstr. 9, 44789 Bochum, [www.gls.de](http://www.gls.de).

## Die falsche und die richtige Reihenfolge bei der Überwindung der Wirtschaftskrise

*Michael Rist  
Johannes Kreyenbühl Akademie  
in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Zürich*

Wie aus heiterem Himmel brach die Finanzkrise über die Länder herein, die der neoliberalen Wirtschaftstheorie anhängen, sie praktizierten oder von ihr betroffen sind. Als man einsah, dass sich die Finanzkrise zu einer globalen Wirtschaftskrise erweiterte, fühlten sich zunächst die Regierungen und die Nationalbanken angesprochen. Da die Politiker meist die Regierungen bilden, selbst aber zu wenig von der Wirtschaft verstehen, wollten sie im Verein mit den Notenbanken zunächst die Finanzwirtschaft mit riesigen Milliardenbeträgen retten. Allen voran die USA mit einem Rettungspaket von 700 Milliarden (700 000 000 000) Dollar, dem sich auch andere Länder anschlossen: Deutschland mit 500 Milliarden Euro, Frankreich mit 300 Milliarden Euro usw. (Zürcher Tages Anzeiger vom 14. 10. 08). Nach einiger Zeit folgte dann auch die Schweiz mit 68 Milliarden Franken, wobei sie 6 Milliarden für die Schweizer Großbank UBS zur Verfügung stellte. Aber die Banken gaben trotzdem kaum Kredite an die Realwirtschaft, denn sie hatten ja in ihrer Grundausbildung gelernt, dass man nur Kredite an jemanden vergibt, der diese auch nach absehbarer Zeit wieder zurückzahlt und außerdem die mehr oder weniger happigen Zinsen entrichtet.

Nun meldeten sich auch die Fachleute der Realwirtschaft - allen voran die Autohersteller - zu Wort und forderten einen Teil der milliardenschweren Rettungspakete für sich, da ja ohne die Realwirtschaft in der Wirtschaft nichts laufe. Besonders clever war „General Motors“, die selbst eine Bank gründete, um an die Milliarden, die den Banken zur Verfügung gestellt worden waren, heranzukommen.

Erst jetzt dämmerte es auch den Neoliberalen, dass die Wirtschaft eigentlich dazu da ist, den sinnvollen und umweltgerechten Bedarf der Konsumenten zu decken. Jetzt wurde es auch den sogenannten Wirtschaftsexperten ebenfalls klar, dass man zuerst die Konsumenten in die Lage versetzen muss, die Produkte der Realwirtschaft auch zu kaufen, was sie aber nicht können, wenn sie ihren Arbeitsplatz und damit auch ihr Einkommen verlieren. Man muss also, wie sich der australische Premier ausdrückte, einen „sozialen Kapitalismus“ schaffen, da das „neoliberale Experiment“ gescheitert sei (Kilian, M., 2009). Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel fasst die Wirtschaftskrise auch als Chance auf, um zu einer „sozialen Marktwirtschaft“ zurückzufinden und plädierte außerdem dafür, die Manager für ihre Fehler zur Rechenschaft zu ziehen (Wittwer, J., 2008). Besonders zu erwähnen ist jener US-Anwalt, der davon sprach, dass wir eine „grüne Wirtschaft“ benötigen, die durch umweltgerechtes Wirtschaften Millionen von Arbeitsplätzen schafft und außerdem gleichzeitig der Umwelt Rechnung trägt, z.B. durch Verbesserung der Wärmedämmung der Häuser, durch die Warmwassererzeugung mit Hilfe von Sonnenkollektoren und durch die Stromerzeugung mit Hilfe einer Vielzahl von Photovoltaik-Anlagen. Hierzu kann auch das zusätzliche Projekt des neuen USA-Präsidenten Barack Obama zur Ankurbelung der Wirtschaft mit über 800 Milliarden Dollar beitragen. (Kilian, M., 2009)

Damit ist die Überwindung der Wirtschaftskrise endlich bei den werktätigen Konsumenten und ihren Familien angekommen, und es besteht die Hoffnung, dass die wirklichen Wirtschaftsexperten bei Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise die richtige Reihenfolge durchsetzen.

In der Schweiz können statt der Entlassung von Arbeitskräften die Firmen Kurzarbeit einführen, wobei der Staat ca. 85 % des dadurch bedingten Lohnausfalls übernimmt, allerdings nur für eine Zeit von 12 Monaten. Aber schon sind Bestrebungen im Gange, die Kurzarbeitszeit auf 18 Monate zu verlängern. Auch wird z. B. im Kanton Zürich ein neuer Lastenausgleich zwischen den reichen und ärmeren Gemeinden in Gang gebracht, der eine Steuererleichterung für die ärmeren Gemeinden bewirkt. (Donzé, R., 2009). Dank der Bemühungen von FDP-Nationalrat und Unternehmer J. Schneider-Ammann mussten auch die Elektrizitätswerke einen Teil der für dieses Jahr angekündigten Preiserhöhungen wieder zurückziehen. (Bundi, A., 2009)

Da ca. die Hälfte der Pensionskassen infolge der Börsenverluste in Unterdeckung geraten sind, zahlten diese keinen Teuerungsausgleich, im Gegensatz zur staatlichen Schweizer Rentenversicherung AHV, die einen Teuerungsausgleich für 2009 von ca. 3,2% ausbezahlt. Da die AHV außerdem in den letzten Jahren einen Überschuss von 1,5 Milliarden Franken erwirtschaftet hat, scheint ihr „Umlageverfahren“ mit der gleichzeitigen Einzahlung der Versicherten und Auszahlung der Renten nach den jetzigen Erfahrungen günstiger zu sein als das „Kapitaldeckungsverfahren“ der Pensionskassen, die hauptsächlich von den Banken verwaltet werden. Deshalb erscheint es durchaus berechtigt, bei einer künftigen AHV-Revision die Kapitaldeckungsbeiträge der Pensionskassen-Mitglieder, mindestens nach Wahl



der Versicherten, in die AHV überzuführen. Dabei dürfte der demografische Schwund der inländischen Arbeitskräfte durch die Zuwanderung ausländischer, gut ausgebildeter Arbeiter und die weitere Zunahme der Rationalisierung innerhalb der Wirtschaft, ausgeglichen werden.

Schlussendlich sollte die Schweiz auch die Chance nutzen, im Zuge der Wirtschaftskrise - ähnlich wie schon die Franzosen - die 35-Stundenwoche einzuführen und damit auf unnötigen und umweltzerstörenden Luxus zu verzichten.

### Literatur

Bundi, A. (2009): Ein Patron, der die Bänker in Rage bringt. Zürcher Tages Anzeiger vom 30. 1. 09, S. 29

Donzé, R. (2009): Notter will das Geld gerechter verteilen. Zürcher Tages Anzeiger vom 6. 2. 09, S. 11

Kilian, M. (2009): Obama setzt auf Gewerkschaften. Zürcher Tages Anzeiger vom 3. 2. 09, S. 6

Vetterli, M. (2009): Die Angestellten tragen die Last allein. Zürcher Tages Anzeiger vom 5. 2. 09, S. 19

Wittwer, J. (2008): Angela Merkel fordert höhere Strafen für Manager. Zürcher Tages Anzeiger vom 8. 10. 08, S. 7

## Zur Weltlage

### Überlegungen zu einem Positionspapier zur Weltlage aus dem Arbeitsansatz der sozialen Dreigliederung

*Rainer Burkhardt*

In vorliegendem Beitrag wird gefragt, ob versucht werden sollte, einen derartigen Text zu verfassen. Einerseits nehmen die Probleme weltweit rasant zu, andererseits sollte es mehr als 100 Jahre nach dem sozialen Hauptgesetz, 90 Jahre nach den „Kernpunkten der sozialen Frage“ und nicht zuletzt nach 20 Jahren Dreigliederungsrundbrief möglich sein, fundiert und weiterführend Stellung zu nehmen.

Da es an dieser Stelle nur um Anregungen gehen kann, wird überwiegend nur an den Rundbrief und hier lediglich an die letzte Ausgabe angeknüpft. In einer Ankündigung eines Kapitalismus-kritischen Kongresses konnte man dort u.a. lesen: „Weil es derzeit nicht das eine Modell als Alternative zum Kapitalismus gibt, wollen wir gemeinsam über die verschiedenen theoretischen und praktischen Suchbewegungen nachdenken ..., überzeugt, dass niemand ein fertiges Programm in der Tasche hat.“

Es sieht in der Tat so aus, als wenn weltweit kein tragfähiges Konzept vorhanden wäre, was vom Gesichtspunkt der Dreigliederung natürlich nicht verwundert. Angesichts der aktuellen und weiter zu erwartenden weltweiten Probleme stellt sich deshalb die Frage, ob wir auf der Dreigliederungsbasis nunmehr versuchen sollten, wenigstens ansatzweise zu einem „Konzept“ zu kommen. Selbstverständlich müsste es dabei um mehr gehen als nur um eine Alternative zum Kapitalismus,

auch wenn dies wahrscheinlich der wichtigste Punkt ist. Zwar ist gegenwärtig nicht zu erwarten, dass wir damit nennenswertes Aufsehen erregen würden. Die Zeiten könnten sich aber ändern, und dann wäre es günstig, wenn wir etwas vorzuweisen hätten.

### Ausgangspunkt: die UN-Menschenrechte

Für ein solches Positionspapier schlägt der Verfasser vor, von der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die UN auszugehen. Einen Grund hat Christoph Strawe im Editorial des letzten Dreigliederungsrundbriefes bereits genannt: „Indem die Menschenrechte den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt der Rechtsordnung stellen, reflektieren sie die Umstülpung im Verhältnis des Einzelnen zur Gemeinschaft, die auch den tiefsten Grund für die Notwendigkeit einer Dreigliederung des sozialen Organismus bildet.“ Das seit 1948 auf internationaler Ebene bestehende fundamentale Novum hat zugleich den Vorteil, dass es weltweit gemeint, also auf der Ebene angesiedelt ist, ohne die die Schwierigkeiten wohl kaum bewältigt werden können. Das ist der zweite Grund für den Vorschlag.

Da trotz der 60-Jahr-Feier vermutlich nur ein sehr kleiner Teil der Rundbriefleser die Artikel der UN-Erklärung voll gegenwärtig hat, werden zunächst einige Sätze daraus zitiert und zum Teil kommentiert. Bemerkenswerterweise stößt man gleich im ersten Artikel auf die drei Grundbegriffe der Dreigliederung, wenn auch nur in der Terminologie der französischen Revolution: „Alle Menschen sind frei und gleich ... geboren. Sie ... sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begeben.“

Im Sinne der Anregung beschränkt sich vorliegender Beitrag auf den Brüderlichkeitsaspekt. Er findet sich im wesentlichen in den Artikeln 22 bis 25 der UN-Erklärung. Hier zunächst ein Teil von Artikel 22: „Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, ... in den Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind.“

Vom Gesichtspunkt der Dreigliederung hat Benediktus Hardorp den wirtschaftlichen Aspekt dieses UN-Rechts wie folgt konkretisiert: „Sinnvolles Wirtschaften heisst für die Menschheit: die Existenzmittel entwicklungsgerecht so zu verteilen, dass ein Optimum an menschlicher Individualitätentwicklung auf der Erde statthaben kann.“ ((1), S. 97)

Voraussetzung dafür ist bei ihm, und deshalb wird er hier zitiert, ein weltweites assoziatives Bewusstsein, das in der Lage ist, von der konkreten Situation der Menschen auszugehen: „Durch assoziative Bewusstseinsbildung entsteht [...] der Tendenz nach immer ein Bewusstsein der Gesamtmenschheit, der Weltwirtschaft oder der Menschheitswirtschaft. [...] Dieses auszubildende Bewusstsein kann man auch mit dem Wort Brüderlichkeit bezeichnen. [...] Es geht [...] darum, die tatsächliche Lage, mit der die Menschen zurechtkommen müssen, zu erkennen, und die Lösungsmöglichkeiten [...] aus dieser tatsächlichen Lage zu entwickeln.“ ((1), S. 98)

Die Artikel 23 bis 25 der UN-Erklärung sind komplett relevant, es würde aber zu weit führen, sie hier vollständig wiederzugeben. Wegen des erneuten Bezugs auf die Menschenwürde, die sich übrigens schon in Art. 1 findet, wird aber noch ein Teil des dritten Absatzes von Art. 23 zitiert: „Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert.“

Schließlich sei noch Art. 25 Abs. 1 wiedergegeben: „Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen gewährleistet, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.“

Im Hinblick auf die Verwirklichung der Menschenrechte, und zwar insgesamt - über den Brüderlichkeitsbereich hinaus -, ist noch Art. 28 wichtig: „Jeder hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.“ Es müsste also gezeigt werden, dass sich nur auf der Basis des zu entwickelnden Konzepts die Menschenrechte der UN voll verwirklichen lassen. Wenn das überzeugend gelänge, hätten alle Menschen sogar einen Anspruch auf eine entsprechende Ordnung.

## Gedanken zum Wirtschaftsleben

Hierzu nun stichwortartig einige Gedanken, beschränkt wiederum auf die ökonomische Seite. Es dürfte sinnvoll sein, zunächst zwei oder drei Ökonomen zu diskutieren, die wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise gegenwärtig besonders im Gespräch sind. Neben Karl Marx käme wohl insbesondere John Maynard Keynes in Betracht. Ob man jemanden aus der neoliberalen Schule berücksichtigen sollte, wäre zu prüfen. Zwar ist sie durch die aktuelle Entwicklung inzwischen zu einem erheblichen Teil ad absurdum geführt worden, die Mehrheit der Ökonomen dürfte ihr aber noch immer anhängen. - Zu zeigen wäre, wo die Stärken und Schwächen der Denker liegen, und wo wegen der letzteren über sie hinausgegangen werden muss. Auf dieser Basis könnte dann vielleicht auch Rudolf Steiner den ihm gebührenden Platz erhalten.

Bezüglich des eigenen Konzepts könnte an die relevante Dreigliederungsliteratur und hier eben nicht zuletzt an den Dreigliederungsrundbrief angeknüpft werden. Als Beispiel sei die letzte Ausgabe des Rundbriefes angeführt, die schwerpunktmäßig das Thema Nachhaltigkeit zum Gegenstand hatte. In diesem Zusammenhang vertrat dort Harald Spehl u.a. folgende Position:

„Die Marktwirtschaft, wie sie heute da ist, ist mit nachhaltiger Entwicklung unvereinbar. [...] Die ökonomische Entwicklung muss eingebettet werden in die ökologische und soziale Entwicklung. [...] Die Ökonomie muss so umgewandelt werden, dass sie sozial- und öko-verträglich

lich wird. [...] In einer assoziativen Wirtschaft würde die Frage der ökologischen Verantwortung in das Wirtschaftsgeschehen selbst hineingetragen.“

Solche Gedanken, in geeigneter Form entwickelt, wären unmittelbar für das vorgeschlagene Papier geeignet. Dasselbe gilt natürlich auch für die von Hardorp zitierten Gesichtspunkte. - Die Umweltaspekte, bei denen vielleicht auch die biologisch-dynamische Landwirtschaft eine Rolle spielen könnte, werden, obwohl natürlich existentiell wichtig und deshalb in dem Papier zu behandeln, an dieser Stelle übergangen.

Was die soziale Frage anbetrifft, so könnte in dem Positionspapier als ein erstes Nahziel formuliert werden, weltweit auf faire Preise hinzuarbeiten, und als ein zweites Nahziel die Beseitigung der (dann noch verbleibenden) Armut, zumindest aber des Hungers. In letzterer Hinsicht waren die Vereinten Nationen trotz entsprechender Bemühungen bis jetzt bekanntlich völlig erfolglos; es handelt sich faktisch um eine Dauer-Katastrophe. Demgegenüber wären Wege aufzuzeigen, wie die beiden genannten Nahziele mit Aussicht auf Erfolg angegangen werden können.

Nicht fehlen dürften in einem Positionspapier natürlich Ausführungen zur aktuellen Finanzkrise. Der letzte Rundbrief enthielt auch Auszüge aus einer Basisinformation von Attac Stuttgart, in der noch einmal die Ungeheuerlichkeit der gegenwärtigen Vorgänge verdeutlicht und für entsprechend radikale Veränderungen plädiert wurde. In diesem Sinne wäre zu diskutieren, ob und wenn ja in welcher Form die Alterung des Geldes thematisiert werden sollte. Man vergleiche dazu auch die Ausführungen von Michael Rist im letzten Rundbrief.

Ansonsten gibt es auf diesem Gebiet ja eine große Zahl aktueller Vorschläge, die zu prüfen wären. Dazu gehört auch eine Steuer auf Finanzgeschäfte, um damit die Armut beziehungsweise insbesondere den Hunger zu beseitigen. Möglicherweise geht dies aber auch in Form der Alterung des Geldes, weil dadurch mehr Schenkungsgeld zu erwarten ist. Je nachdem, ob der Alterungsgedanke aufgegriffen werden soll oder nicht, hätten die aktuellen Vorschläge also mindestens zum Teil ein unterschiedliches Gewicht. Zu beachten wäre auf jeden Fall der 8-Punkte-Plan der europäischen alternativen Banken von Ende 2008 (vgl. S. 27 in diesem Heft).

Ein relativ radikaler Gedanke sei noch hinzugefügt: man könnte auch erwägen, den Bankensektor ganz oder überwiegend gemeinnützig zu machen. Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung der Banken und der aktuellen Fehlentwicklungen wäre ein solcher Gedanke vielleicht vertretbar. Er hätte nicht zuletzt den Vorteil, dass Banken nicht mehr gezwungen wären, eine Rendite von 20 % oder mehr zu erwirtschaften. Unter den gegenwärtigen Umständen könnte man mit den Banken beginnen, die ohnehin faktisch kein Eigenkapital mehr haben. Hier könnte der Weg über eine Verstaatlichung dieser Banken gehen, was in anderen Ländern bekanntlich bereits begonnen hat und inzwischen auch von der Bundesregierung erwogen wird. Es käme aber darauf an, sie anschließend in die Gemeinnützigkeit zu

entlassen. - Für die Zukunft müsste wohl über andere Lösungen nachgedacht werden.

Anzusprechen wäre natürlich auch und nicht zuletzt die Kapitalfrage generell. In welcher Form dies geschehen sollte, wäre zu diskutieren. - Die zu diesem Thema erarbeiteten und auch die sonstigen Vorschläge zum Wirtschaftsbereich sollten schließlich Basis sein für eine Stellungnahme zu der Frage, ob auf diese Weise eine öko- und sozialverträgliche Entwicklung der Wirtschaft möglich ist und inwieweit voraussichtlich Wirtschaftskrisen vermieden werden können.

So weit die Anregungen des Verfassers, die sich wie gesagt nur auf einen Teil des Positionspapieres beziehen. Man könnte aber natürlich mit diesem Teil beginnen. Zunächst müsste sich jedoch erst einmal zeigen, ob überhaupt Interesse an einer solchen Initiative besteht.

#### Literatur

(1) Benediktus Hardorp: Anthroposophie und Dreigliederung, Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart 1986

## 9. Weltsozialforum

In Belem/Brasilien fand vom 27. Januar bis 1. Februar 2009 das neunte Weltsozialforum statt. Ausschlaggebend für die Auswahl der artenreichen Region war die weltweite Debatte über den Klimawandel.

Am Forum nahmen laut Veranstalterangaben über 113.000 Besucher aus 142 Ländern teil, darunter Delegierte von rund 4.000 sozialen Bewegungen, indigenen Völkern, Gewerkschaften, Kirchen und nicht-staatlichen Organisationen. Inhaltliche Schwerpunkte waren Ökologie und Klimagerechtigkeit, Arbeitswelt und Menschenrechte, indigene Völker sowie die vielerorts geübte Praxis, sozialen Protesten mit Strafverfahren begegnen zu wollen. Im Vordergrund standen allerdings Antworten der Zivilgesellschaft auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise. Der internationale Rat des Forums traf sich im Anschluss in Belem, eine nächste Tagung wurde für 6. bis 9. Mai nach Rabat, Marokko, einberufen.

Anlässlich des Weltsozialforums fand wie üblich eine Versammlung sozialer Bewegungen statt, die in einer Erklärung das Weltsozialforum ebenso würdigte wie die Zurückdrängung des Neoliberalismus in Lateinamerika durch die Machtübernahme von progressiven Regierungen, die es in kritischer Distanz zu unterstützen gelte. (Das Forum wurde von fünf linksorientierten Präsidenten besucht, die dafür auf die Teilnahme am Weltwirtschaftsforum in Davos verzichteten.) Weiter heißt es: „Wir, die sozialen Bewegungen der Welt, stehen zurzeit vor einer historischen Herausforderung. Die internationale Krise des Kapitalismus schadet der Menschheit auf verschiedene Weise: Sie wirkt sich auf die Bereiche Ernährung, Finanzen, Wirtschaft, Klima, Energie, Bevölkerungsbewegungen und die Zivilisation an sich aus, da auch die internationale Ordnung und die politischen Strukturen eine Krise durchlaufen. Wir sehen uns einer globalen Krise gegenüber, die

unmittelbare Folge des kapitalistischen Systems ist und deshalb nicht aus dem System selbst heraus gelöst werden kann.“ Alle bisher zur Bewältigung der Krise getroffenen Maßnahmen zielten lediglich auf die Vergesellschaftung der Verluste ab, um das Überleben des Systems zu sichern. Es gelte, Krieg und Unterdrückung entgegenzutreten. „Wir müssen auf eine Gesellschaft hinarbeiten, die sozialen Bedürfnissen Rechnung trägt und die Rechte der Natur achtet sowie die demokratische Teilhabe im Zusammenhang mit voller politischer Freiheit unterstützt. Wir müssen dafür sorgen, dass alle internationalen Verträge über unsere unteilbaren bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen individuellen und kollektiven Rechte umgesetzt werden.“ Gefordert wurde dann unter anderen „entschädigungslose Verstaatlichung des Bankensektors unter voller gesellschaftlicher Kontrolle“.

Die anwesenden Vertreter sozialer Bewegungen verpflichteten sich, „vom 28. März bis 4. April 2009 eine Globale Aktionswoche gegen Kapitalismus und Krieg mit folgenden Schwerpunkten durchzuführen: Anti-G20-Mobilisierung am 28. März, Mobilisierung gegen Krieg und Krise am 30. März, Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk zur Unterstützung des Boykotts und des Rückzugs von Investitionen sowie von Sanktionen gegen Israel am 30. März, Mobilisierung anlässlich des 60. Jahrestags der Gründung der NATO am 4. April. Weitere Anlässe für Aktionen seien der Internationale Frauentag am 8. März, der Internationale Tag der Nahrungsmittelsouveränität am 17. April und der 1. Mai. Auch will man Aktionen im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel in Sardinien, dem Klimagipfel in Kopenhagen und dem Amerika-Gipfel in Trinidad und Tobago planen.

Quellen: <http://www.fsm2009amazonia.org.br> und <http://weltsozialforum.org/2009/>

## Alternativen zum bestehenden Wirtschafts- und Finanzsystem

Kongresse und Tagungen  
in Wien, Berlin und Stuttgart

### Kongress „Solidarische Ökonomie“ in Wien

Erfolgreich ist der überregionale Kongress „Solidarische Ökonomie“ mit 1000 TeilnehmerInnen anstatt der erwarteten 400 zu Ende gegangen. Dieser hat in Wien vom 20. - 22. 2. 2009 an der Universität für Bodenkultur stattgefunden. In über 120 Programmangeboten (mit Workshops, Diskussionen etc.) wurden Projekte, Unternehmen und Initiativen solidarischen Wirtschaftens vorgestellt und diskutiert: Genossenschaften, Tauschringe, Haus- und Regionalgeldprojekte, Food-Kooperativen, alternative Banken und viele andere mehr. In Wien berieten sie drei Tage lang über gesellschaftliches Eigentum, Best-Practice-Beispiele von Genossenschaften und Kommunen oder autonome Subsistenzwirtschaftsprojekte. Ziel des Kongresses war es, eine Wirtschaft zu thematisieren, die auf ge-

gegenseitiger Unterstützung statt Konkurrenz beruht und die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Einige Teilnehmer betonten, dass die Vereinzelung von Projekten zugunsten einer Vernetzung und Kooperation überwunden werden müsse. Nur dann könne wirklich etwas bewegt werden. Entstanden ist der Kongress in einem offenen, partizipativen Prozess. Organisiert wurde er von Personen aus den verschiedenen sozialen Bewegungen. Die Vorbereitungsgruppe lädt alle Interessierten zu weiteren Aktivitäten ein und plant regelmäßige Treffen. Quelle: <http://www.solidarische-oekonomie.at>. Kontakt: [sol-oek-2008@web.de](mailto:sol-oek-2008@web.de)

### Kongress „Kapitalismus am Ende?“

Über 2000 Menschen haben auf Einladung von Attac in Berlin vom 6. bis 8. März in zahlreichen kleinen und großen Veranstaltungen über das Thema „Kapitalismus am Ende“ diskutiert. Vorträge hielten unter anderem Prof. Peter Grottian, ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, Ex-CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, Prof. Elmar Altvater, die Schriftstellerin Daniela Dahn und Bernd Rixinger vom baden-württembergischen Landesvorstand der Linkspartei. Auszüge aus der Erklärung von Attac zum Kongress findet sich weiter unten. Kontakt: [www.attac.de](http://www.attac.de)

### Tagung „Die Herausforderungen der Globalisierung“

In Stuttgart fand vom 13. bis 15. März eine Konferenz unter dem Titel „Die Herausforderungen der Globalisierung - Konzepte und Grundlagen einer solidarischen Wirtschaft“ statt, an der rund 150 Menschen teilnahmen. Veranstalter waren die Sozialwissenschaftliche Forschungsgesellschaft Stuttgart und die Sektion für Sozialwissenschaften am Goetheanum in Dornach/Schweiz. Themen waren die Armuts-, Klima- und Finanzkrise, heutige Fehlsteuerung und neuer Umgang mit Arbeit, Natur, Kapital und Einkommen, die Voraussetzungen und rechtlichen Rahmenbedingungen solidarischen Wirtschaftens sowie dessen Aufgaben und Perspektiven. Vorträge hielten Götz Werner, Thomas Jorberg, Paul Mackay, Ulrich Rösch, Gerald Häfner, Dietrich Spitta und Christoph Strawe. Informationen: [Siegfried.Weller@web.de](mailto:Siegfried.Weller@web.de)

## Veränderung kommt nicht von alleine - Jetzt für Alternativen kämpfen!

### Erklärung von Attac zum Berliner Kongress

In einer Erklärung von Attac zum Ende des Kongresses heißt es: „Der Attac-Kongress hat ein Zeichen gesetzt. Zwar dreht die Politik seit Monaten hektisch an ‚Stellschrauben‘ - Pakete, Schirme, Spritzen in Milliarden- ja Billionen-Höhe werden eingesetzt, doch der Absturz der Wirtschaft geht ungebremst weiter. Immer mehr Menschen sehen: Diese Krise ist kein Betriebsunfall. Sie wurzelt im System selbst. Die Finanzmärkte haben sich verselbstständigt. Riesige Geldmengen wurden angehäuft und lassen sich in der Realwirtschaft nicht mehr profitabel verwerten. Die gegenwärtige Krise bildet

nur den Höhepunkt einer Serie von Spekulationskrisen: Russland, Südostasien, Japan, Mexiko, Argentinien, New-Economy-Blase. Nahrungsmittel- und Rohstoffspekulation sind tödlich für die Ärmsten der Armen. Mehr Markt, mehr Liberalisierung und Privatisierung haben mehr Hunger, Elend und Gewalt gebracht und die Umwelt- und Klimakrise verschärft. Jetzt ist die neoliberale Profitmaschinerie unter den maßlosen Renditeansprüchen der Shareholder kollabiert. Der Finanzkapitalismus führt in eine Sackgasse.“

Andere Wirtschaftsweisen seien nötig, ein Systemwandel hin zu einer „Ökonomie, die am Wohl aller orientiert ist; die Mensch und Umwelt ins Zentrum stellt und nicht den Profit. Unabhängig davon, ob und in welchem Umfang Marktwirtschaft sinnvoll oder notwendig ist: Konsens ist, dass Märkte und Kapital demokratisch reguliert, begrenzt und kontrolliert werden müssen. Klar ist auch: Bildung, Gesundheit, Altersvorsorge, Mobilität, Energiesicherheit und andere öffentliche Güter sind keine Waren. Sie müssen nach sozialen und ökologischen Maßstäben bewirtschaftet werden. Mehr Produktivität muss in kürzere Arbeitszeiten umgesetzt werden: Statt Arbeitslosigkeit Zeitwohlstand und damit neue Lebensqualität! Die öffentlichen Güter müssen für alle zugänglich sein, ihre Kosten müssen solidarisch auf alle Schultern verteilt werden.

Demokratisierung der Ökonomie bedeutet nicht Staatskapitalismus. Menschen dürfen weder Objekte anonymer Marktkräfte noch bürokratischer Bevormundung sein, sondern sind Subjekte, die ihr Schicksal selbst bestimmen. Beschäftigte haben über wirtschaftliche Entscheidungen mitzureden. Das fängt mit Veto-Rechten bei Unternehmensverlagerungen an und hört mit der Förderung selbstverwalteter Betriebe und Genossenschaften nicht auf. Nutzer und Betroffene müssen einbezogen werden - als Menschen mit Erfahrungen und nicht als Kunden. Das Wissen um die beste Lösung kommt nicht von sogenannten Wirtschaftsweisen, sondern aus dem demokratischen Ringen um Argumente & Alternativen sowie aus unserer Lebenspraxis.

Unverzichtbar ist das drastische Schrumpfen der Finanzmärkte, damit die Diktatur der Maximalrendite beendet wird. Die Reichtümer, die durch die Arbeit der Menschen weltweit geschaffen werden, müssen umverteilt werden: von oben nach unten und von Nord nach Süd. Dazu braucht es verbindliche soziale und wirtschaftliche Rechte. Wir brauchen eine neue Weltfinanzordnung unter dem Dach der UNO, die fairen Handel, Entwicklung und die ökologische Wende unterstützt.

*Jetzt Alternativen erkämpfen!* Zwar ist der neoliberale Kapitalismus zusammengestürzt und seine Ideologie ist bankrott. Trotzdem werden Alternativen nicht von allein Realität. Eine solidarische Gesellschaft entsteht nur durch Druck von unten. Den müssen Menschen auf allen Erdteilen gemeinsam entfalten. Nur in einer breiten Koalition von Bewegungen, Gewerkschaften, Sozialverbänden, NGOs, Kirchen und vielen anderen lassen sich tatsächliche Veränderungen erkämpfen.

Vernetzt Euch vor Ort, macht lokale Aktionen! Geht am 28. März in Berlin und Frankfurt auf die Straße und macht deutlich: ‚Wir zahlen nicht für Eure Krise!‘ Beteiligt Euch an den Gewerkschaftsdemos am 1. und am 16.



Mai. Diskutiert auf dem McPlanet-Kongress in Berlin (24. - 26. 4., [www.MacPlanet.com](http://www.MacPlanet.com)) über zukunftsfähige Alternativen. Macht die Proteste rund um die Bildungsstreiks im Juni stark ... Lasst uns gemeinsam die Krise zur Chance für eine andere Welt machen!"

## Petition zum Grundeinkommen

### 52.976 Bürger zeichnen E-Petition zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens

Dramatischer hätte die Online-Petition an den Deutschen Bundestag zur Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens kaum enden können. Nachdem aufgrund technischer Probleme die Zeichnungsfrist um eine Woche bis zum 17. Februar verlängert worden war, wurde die entscheidende Hürde von 50.000 Mitzeichnern erst in den Abendstunden des letzten Abstimmungstages geknackt. Lange hatte es so ausgesehen, als würde die Petition diese Grenze nicht überschreiten können, die die Chance auf eine persönliche Anhörung der Hauptpetentin Susanne Wiest vor dem Petitionsausschuss ermöglicht. Doch in einem lawinenartigen Endsprint wurde die endgültige Mitzeichner-Anzahl von 52.976 erreicht, wobei Stimmen, die per Fax oder Postkarte beim Bundestag eingingen, noch nicht mitgezählt wurden.

Die „Welt“ schrieb daraufhin in Ihrer Online-Ausgabe: „Diese Geschichte könnte ein Lehrstück werden, wie sich im Multimedia-Zeitalter eine Form von direkter Demokratie durchsetzen kann.“ (<http://www.welt.de/politik/article3228781/50-000-Stimmen-fuer-Grundeinkommen-fuer-alle.html>) Eine Übersicht über das Medienecho findet man unter: <http://aktuelles.archiv-grundeinkommen.de/petition.html>. Die Petition befindet sich mittlerweile in der parlamentarischen Prüfung. Quelle: [www.unternimm-die-zukunft.de](http://www.unternimm-die-zukunft.de)

## „Mehr Demokratie - Ein faires Wahlrecht für Hamburg“

Das Volksbegehren für ein faires Wahlrecht in Hamburg war erfolgreich. Der Landeswahlleiter konnte verkünden, dass die Mindestzahl von 61.834 Unterschriften erreicht wurde. Die Initiative hatte insgesamt 76.086 Unterschriften eingereicht. Das Ringen um ein Wahlrecht, das den Einfluss der Parteien zurückdrängt und den der Bürgerinnen und Bürger erhöht, geht damit in Hamburg in die nächste Runde. Allerdings muss die Initiative noch offenen Kosten in Höhe von 33.000 Euro aus der Kampagne decken. Spenden sind online möglich unter <http://www.faires-wahlrecht.de>. Weitere Informationen auch unter [www.mehr-demokratie.de/geschichte-hamburger-wahlrecht.html](http://www.mehr-demokratie.de/geschichte-hamburger-wahlrecht.html)

## Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte gibt Christengemeinschaft Recht

Ulrike Cibulka

Die 1922 von Theologen und Pfarrern als Bewegung für religiöse Erneuerung gegründete „Christengemeinschaft“ hat vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg Recht bekommen. Die Christengemeinschaft bemüht sich in Österreich seit 1995 um den Status einer „gesetzlich anerkannten Kirche“. Ein Status, der der Christengemeinschaft in einigen EU-Staaten, darunter auch in Deutschland, bereits seit langem gewährt wird. Im Zuge des immer wieder verschleppten Verfahrens wurde die Christengemeinschaft 1998 nach dem neuen Bekenntnisgemeinschaftsgesetz kurzer Hand zu einer „staatlich eingetragenen religiösen Bekenntnisgemeinschaft“ erklärt - ein Status, der die Diskriminierung gegenüber anerkannten Kirchen zementiert.

Die Christengemeinschaft hatte daraufhin, mit einem Rechtsgutachten des Instituts für Religionsrecht der Uni Wien im Rücken, eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof eingereicht und nach deren Abweisung im Oktober 2001 eine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg (EuGMR) eingebracht. Der Gerichtshof hat dieser Beschwerde nun unter Bezug auf Art. 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Diskriminierungsverbot) in Verbindung mit Art. 9 EMRK (Religionsfreiheit) stattgegeben und den Rechtsstandpunkt der Christengemeinschaft weitgehend bestätigt.

Jetzt ist die Republik Österreich am Zug. Die Christengemeinschaft wird weiter auf eine Anerkennung als Kirche drängen und hofft mit anderen Religionsgemeinschaften, dass der österreichische Gesetzgeber endlich den Mut haben wird, die noch bestehenden Diskriminierungen zu beseitigen und echte Religionsfreiheit herzustellen.

Die Christengemeinschaft versteht sich als Bewegung für religiöse Erneuerung, die sich den Herausforderungen einer aufgeklärten und weitgehend individualisierten Gesellschaft stellt. Sie ist dem Prinzip der Glaubens- und Lehrfreiheit verpflichtet und hat ihren Mittelpunkt in der Feier der Sakramente, insbesondere der Messe, - „Menschenweihehandlung“ genannt. Die Bibel wird als entscheidende Offenbarungsquelle anerkannt. Mitglied der Christengemeinschaft wird man nicht als Kind durch die Taufe, sondern erst als Erwachsener aus eigenem Bedürfnis und freiem Entschluss. Wirtschaftlich lebt die Christengemeinschaft ausschließlich von freiwilligen Beiträgen und Spenden von Freunden und Mitgliedern.

Die Christengemeinschaft war 1922 die erste christliche Kirche, in der Frauen gleichberechtigt zu Priesterinnen geweiht wurden. Die älteste Gemeinde in Österreich besteht seit mehr als 80 Jahren.

Kontakt: [wien@christengemeinschaft.at](mailto:wien@christengemeinschaft.at)

# Literatur

## Udo Herrmannstorfers Buch „Scheinmarktwirtschaft“ in englischer Sprache im Internet veröffentlicht

Ende März wurde das Buch „Scheinmarktwirtschaft - Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft“ (3. Aufl. Stuttgart 1997) endlich in englischer Sprache veröffentlicht. Wir dokumentieren hier das Vorwort zu dieser Internet-Ausgabe auf Deutsch und weisen in diesem Zusammenhang auch noch einmal auf die verfügbare deutsche Print-Ausgabe (Verlag Freies Geistesleben Stuttgart) hin. Zu hoffen ist, dass die Internetveröffentlichung irgendwann auch einen Verlag in der englisch sprechenden Welt animiert, eine Printausgabe herauszubringen.

### Vorwort zur Internetveröffentlichung in englischer Sprache (Februar 2009)

*Christoph Strawe*

Das vorliegende Buch erschien 1991 unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus, in erweiterter Ausgabe dann 1997, als eine vom Neoliberalismus geprägte Form der Globalisierung die Entwicklung zu dominieren begonnen hatte. Obwohl es sich nach Auffassung der Herausgeber um eine der wohl wichtigsten Veröffentlichungen der letzten Jahrzehnte über die Ursachen sozialer Krisen und Fragen einer sozialen Neugestaltung handelt, war die Verbreitung bisher auf den deutschen Sprachraum begrenzt. Für die sich seit 1999 mit der globalisierungskritischen Bewegung beginnende Alternativendiskussion der globalen Zivilgesellschaft stand es damit nur begrenzt zur Verfügung.

Die Übersetzung in die englische Sprache war also seit langem überfällig. Entsprechende Anläufe seit dem Jahr 1999 kamen aber immer wieder ins Stocken. Umso dankbarer muss man allen Beteiligten sein, dass sie jetzt endlich möglich wurde.

Was der Autor über das Verhältnis der 3. veränderten Auflage von 1997 zur Erstauflage von 1991 schrieb, das gilt für das Verhältnis der englischen Ausgabe zu den bisherigen Ausgaben vielleicht noch mehr: „Insofern sind die Ausführungen dieses Buches noch aktueller als zur Zeit der Ersterscheinung, auch wenn sich die Verhältnisse ständig verändern.“ Das gilt für Themen wie Arbeitslosigkeit, soziale Sicherung, die Entwicklung der Europäischen Union und vieles andere mehr.

Am deutlichsten zeigt sich wohl in der aktuellen Weltfinanzkrise, die in eine umfassende Wirtschaftskrise hinüberzuwachsen begonnen hat, wie richtig Herr-

mannstorfers Analyse der Finanzmärkte ist. Es „werden laufend neue Geldbindungsformen, sog. Geldanlage-möglichkeiten, entwickelt und angeboten, ‚auf den Markt geklatscht‘ [...], um die Illusion eines sozial bindungslos wuchernden Geldwertes aufrechterhalten zu können.“ Als dieser Satz geschrieben wurde, kannten die wenigsten Zeitgenossen den Begriff „Derivat“, geschweige denn, dass sie sich hätten vorstellen können, welches Ausmaß der Derivatemarkt annehmen und welche Katastrophe sich daraus ergeben würde. Auch der Zusammenhang von Finanzkrise und Hypothekenkrise kann durch den Text verständlicher werden.

Spätere Generationen werden es schwer haben zu verstehen, dass kritische Texte wie dieser, mit seinen konstruktiven Vorschlägen zu einer dynamischen Geldwerterhaltung, so weitgehend ignoriert werden konnten. Sie werden sich aber ebenso wundern, dass - wenigstens zunächst - die Ernüchterung, die nach dem Debakel eingetreten war, nicht etwa dazu führte, dass man nun begierig solche Ansätze aufgegriffen hätte. Im Moment sieht es leider eher so aus, dass man die Fehler der Vergangenheit durch die Fehler der Vergangenheit zu bereinigen versucht, Fehler, die ebenfalls in diesem Buch bereits analysiert wurden.

Wo der Markt versagt hat, soll es nun der Staat wieder richten, aber bitte ohne einen grundlegend neuen Rechtsrahmen für die Ökonomie, etwa durch neue Formen des Eigentums. Die Ökonomie selbst soll sich weiter in rein marktwirtschaftlicher Bahn bewegen. Die latente Anthropologie der Marktwirtschaft, das Bild vom Homo oeconomicus als Nutzen maximierendem Egoisten und sein Widerspruch zum „objektiven Altruismus“ der Arbeitsteilung werden kaum hinterfragt.

Dagegen vertritt dieses Buch die Notwendigkeit einer Erneuerung der Ökonomie in den Grundlagen, eine Gestaltung des Marktes durch assoziative Verständigung der Wirtschaftspartner, ohne ihn planwirtschaftlich aufzuheben, - und weist dadurch einen Ausweg aus dem bisherigen Zirkel von Staatsversagen und Marktversagen. Nicht Pendeln zwischen Neoliberalismus und Dirigismus, sondern die Neuordnung der Beziehungen von Ökonomie, Staat und Kultur ist nach Auffassung des Autors notwendig, damit mündige Menschen ihre gesellschaftlichen Beziehungen endlich weltweit verantwortlich gestalten können.

Nichts liegt dem Autor ferner, als der Wirklichkeit fixe programmatische Vorstellungen überstülpen zu wollen. Sein Anliegen sind lebendig-bewegliche Bildbegriffe, auf die der Leser sich einlassen kann, um aus ihnen selber Antworten zu schöpfen und Gestaltungsansätze finden zu können, die ihm der Autor nicht vorgeben will. Illustrierende Beispiele und konkrete Vorschläge sollen vielmehr nur zeigen, dass eine solche Gestaltung möglich ist, wenn man sie denn will.

Herrmannstorfer folgt damit dem Ansatz Rudolf Steiners, auf den er sich immer wieder bezieht und dem es wichtig war, zu betonen, dass fertige soziale Lösungen nicht mehr zeitgemäß sind. Vielmehr komme es darauf an, sich über Strukturen zu verständigen, die es Menschen jeweils ermöglichen, diese Lösungen im Miteinander selbst zu finden. Diese Lösungen werden

werden sich natürlich auch unterscheiden müssen, je nachdem in welchem Land oder auf welchem Kontinent sie getroffen werden. Die Lösung der Bodenfrage wird im einzelnen in einem Land mit großen Latifundien, die einer kleinen Zahl von Großgrundbesitzern gehören, anders sein müssen, als dort, wo eine größere Streuung des Bodeneigentums vorhanden ist. Die Einrichtungen zur Neuordnung des Geldwesens werden sich in einem Hartwährungsland von denen in einem Weichwährungsland in vielen Einzelheiten unterscheiden.

Der Leser muss berücksichtigen, dass die Vorschläge im Buch, soweit sie wie zum Beispiel bei der Bodenfrage in rechtliche Einzelheiten gehen, vor allem für Deutschland und die Schweiz konzipiert waren. Es wäre sicher wünschenswert gewesen, die Darstellung im Hinblick auf die Entwicklung seit 1997 zu erweitern, bis hin zur Ergänzung durch neues Zahlenmaterial. Das war angesichts der sonstigen Arbeitsbelastung der Beteiligten nicht möglich. Andererseits findet der Leser solches Zahlenmaterial heute da, wo er es braucht, auch selber mit Hilfe des Internets oder kann sie neueren Print-Veröffentlichungen zur Krise des Finanzsystems und der Weltwirtschaft entnehmen.

Um wenigstens andeutungsweise die Richtung aufzuzeigen, in denen einzelne Vorschläge des Buches entsprechend abgewandelt für die konkrete Situation außerhalb Europas etwa in den Ländern des Südens fruchtbar gemacht werden könnten, wurde der englischen Ausgabe ein Anhang beigelegt. In ihm sind Thesen Herrmannstorfers für eine Tagung an der Universität Trier über „Konzeptuelle Bausteine für eine menschengerechte Globalisierung“ im Jahre 2002 enthalten, die bereits seit längerer Zeit ins Englische übersetzt vorlagen. Sie beziehen sich auf die Bodenfrage, den Umgang mit Ressourcen und das Thema „Schenkung und Entwicklung“.

Die Fruchtbarkeit des Arbeitsansatzes des Autors in der Alternativendiskussion der globalen Zivilgesellschaft zeigt sich beispielsweise in der Frage der Landwirtschaft. Herrmannstorfer hatte bereits im Jahre 1994 in einem Aufsatz „Wie weiter mit der Landwirtschaft?“ Richtungen einer assoziativen Ökonomie der Landwirtschaft aufgezeigt und vor den WTO-Abkommen gewarnt. Nicanor Perlas und Christoph Strawe haben diesen Ansatz 2003 aufgegriffen und auf seiner Grundlage nach dem Scheitern der WTO-Konferenz in Cancun unter dem Titel „Farming after Cancun“ eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die immer noch aktuell sind.

Die sehr anspruchsvolle Übersetzungsarbeit, für die nur knappste Mittel zur Verfügung standen, wurde in selbstloser Weise von einem Team von Freundinnen und Freunden besorgt: Carol Bergin, Julia Kramer, Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Johannes Lauterbach und Ulrich Morgenthaler. Die Redaktion des Gesamttextes teilten sich Carol Bergin, Hellmut Fischmeister und Christoph Strawe.

Die deutsche Sprache erlaubt oft Wendungen, deren Sinn bei möglichst wortgetreuer Übersetzung teilweise verloren geht. Im Zweifelsfall haben wir uns daher bei

der Wahl zwischen Wortlaut und Sinn für den letzteren entschieden. Bis auf kleinere Eingriffe an Stellen, die heute nicht mehr verständlich oder irrelevant sind, ist der Text als solcher unverändert. (Angaben in Deutscher Mark wurden generell in Euro umgerechnet.) Anmerkungen der Herausgeber sind als solche kenntlich gemacht.

Dass die Übersetzung angesichts der Komplexität des Textes und der Tatsache, dass unter den Übersetzern nur ein „native speaker“ war, Unvollkommenheiten vorhanden sind und nicht alle Teile gleich gut gelungen sind, ist uns nur zu bewusst. Wir betrachten insoweit die Übersetzung als ein work in progress und sind für redaktionelle Hinweise von Lesern zur Überarbeitung des Textes dankbar.

Wir danken dem Verlag Freies Geistesleben in Stuttgart sehr herzlich für sein Einverständnis zur Veröffentlichung im Internet. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass das Copyright in vollem Umfang beim Verlag liegt. Für eine Verwendung der Übersetzung für den kommerziellen Gebrauch, z.B. eine ja sehr wünschenswerte englische Printausgabe, ist eine Lizenz des Verlages notwendig.

Wir hoffen, dass die Internet-Veröffentlichung, dazu beiträgt mit der Verbreitung des Textes in der englisch sprechenden Welt die Bewegung für eine solidarische Ökonomie zu stärken und zu einer menschenwürdigeren Gestaltung der Globalisierung beizutragen.

## Englische Ausgabe

Udo Herrmannstorfer: Pseudo Market Economy. Labour, Land, Capital and the Globalisation of the Economy. Published by: Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart edited by Dr. Christoph Strawe. Translation: Carol Bergin, Julia Kramer, Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Johannes Lauterbach and Ulrich Morgenthaler. © Verlag Freies Geistesleben Stuttgart

Man findet die englische Internet-Ausgabe unter [www.threefolding.net/#Pseudo\\_Market\\_Economy](http://www.threefolding.net/#Pseudo_Market_Economy) beziehungsweise direkt unter [www.threefolding.net/Pseudo\\_Market\\_Economy.pdf](http://www.threefolding.net/Pseudo_Market_Economy.pdf)

## Deutsche Ausgabe:

Udo Herrmannstorfer, Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft. Praxis Anthroposophie 6. Verlage Freies Geistesleben Stuttgart, 3. Auflage, 1997.

Inhalt: Vorwort zur 3. Auflage | Zur Entwicklung der wirtschaftlichen Globalisierung | Aufbruch der Systeme | Assoziatives Wirtschaften - die Suche nach sozialer Gerechtigkeit | Die Unverkäuflichkeit von Grund und Boden - Vorschlag für ein neues Bodenrecht | Das Soziale Hauptgesetz - Der Altruismus als soziale Gestaltungskraft | Arbeitslosigkeit und die Verteilung der Produktivitätsgewinne. Praktische Schritte eines Auswegs | Zur sozialorganischen Bewältigung des Geldwesens | Was kann man praktisch tun? |

## Dietrich Spitta: Goethes Märchen

Als Frucht jahrzehntelanger Beschäftigung mit dem Thema hat Dietrich Spitta jetzt ein Buch über das gerade auch für das tiefere Verständnis der sozialen Dreigliederung so wichtige Märchen vorgelegt. Jeder der sich auf die wunderbaren Bilder dieses Goetheschen Werks tiefer einlassen möchte, wird Spittas Buch gerne als Hilfsmittel zu Rate ziehen.

*Aus dem Vorwort:* „Goethes Märchen von der grünen Schlange und der schönen Lilie ist voller Rätsel und hat zu einer Fülle der verschiedensten, sich auch widersprechenden und zumeist unbefriedigenden Auslegungsversuchen geführt. Eine feinsinnige, methodisch vorwiegend phänomenologisch vorgehende Betrachtung des Märchens findet man in der Monografie von Rudolf Geiger *Goethes Märchen. Bilder einer konkreten Utopie*. Eine weitere, viele wertvolle Anregungen enthaltende Arbeit stellt Rudolf Eppelsheimers Buch *Die Mission der Kunst in Goethes Brücken-Märchen* dar. In der vorliegenden Arbeit soll, ausgehend von Goethes rosenkreuzerischer Einweihung und den zahlreichen grundlegenden Ausführungen Rudolf Steiners über Goethes Märchen, eine umfassende spirituelle Deutung seiner Bilder gegeben werden. Auch soll aufgezeigt werden, wie im Märchen in bildhafter Weise ein moderner Weg zur künftigen Höherentwicklung des Menschen zum Ausdruck kommt.“

### Inhalt:

Vorwort. I. Von der Deutung und dem tiefen Sinn des Märchens. // II. Die Entstehungsgeschichte des Märchens // III. Goethes Einweihung // IV. Die Gestalten und Ereignisse des Märchens (Vom wesentlichen Inhalt und dem Schauplatz des Märchens - Die Irrlichter, die Goldstücke und der Mops - Die Erleuchtung der grünen Schlange - Die Verwandlung der grünen Schlange - Vom Wesen der grünen Schlange - Das Geheimnis des Felsentempels und seiner Könige - Der Alte mit der Lampe und seine Geheimnisse - Die Alte, der Riese und die Früchte der Erde - Der Fährmann - Die schöne Lilie und ihre Dienerinnen - Der Jüngling, sein Tod und der Habicht - Das Opfer der grünen Schlange und die Wiederbelebung des Jünglings und des Kanarienvogels - Das Aufsteigen des Tempels, die Bildung der Brücke und die Verwandlung des Stromes - Die Erweckung des Jünglings und seine Vermählung mit der schönen Lilie) // V. Anhang (Goethes Verhältnis zur Französischen Revolution und das Märchen als seine Antwort - Das Märchen und sein Zusammenhang mit dem Impuls der Dreigliederung des sozialen Organismus - Das Märchen als Bild des rosenkreuzerischen Einweihungsweges - Goethes Märchen und Rudolf Steiners Mysteriendrama „Die Pforte der Einweihung“ - Christliche Esoterik in Goethes Märchen // Literaturverzeichnis und Anmerkungen.

Dietrich Spitta: Goethes Einweihung und sein Märchen von der grünen Schlange und der schönen Lilie. Verlag Freies Geistesleben Stuttgart 2008, 383 Seiten, ISBN-13: 9783772516153, gebunden, 24,90 Eur [D] - 25,60 Eur [A] - 44,00 CHF

## Liste noch lieferbarer Hefte des Rundbriefs Dreigliederung

- Nr. 3/92: Treuhandanstalt / Bildungsgutschein
- Nr. 2/94: Superwahljahr / Europäische Integration
- Nr. 3/97: Sternenwelt und soziale Gestaltung
- Nr. 4/97: Medien - die vierte Gewalt?
- Nr. 1/98: Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Hilfe zur Entwicklung? / Aktion mündige Schule
- Nr. 2/98: Die neue Rolle des Staates
- Nr. 3/98: Dreigliederungsbewegung 1917 - 1922 / Goethe als Politiker
- Nr. 4/98: Euro-Einführung / Sozialziele und Verfassung
- Nr. 1/99: Wie weiter mit den Sozialsystemen?
- Nr. 2/99: Kosovo / Grundgesetz
- Nr. 3/99: Leitbildarbeit / Grundrechte in Europa
- Nr. 1/00: Individualisierung der globalen Verantwortung / Demokratiebewegung / Bodenrecht
- Nr. 2/00: Quo vadis Europa? Grundrechtecharta
- Nr. 3/00: Arbeitsfelder in Aufgabengemeinschaften
- Nr. 4/00: Dreigliederung und Einzelinrichtung
- Nr. 4/01: 11. September / Die soziale Frage als regionale Frage / GATS und die Kommenen
- Nr. 1/02: „Eine andere Welt ist möglich“ (WSF Porto Alegre) - Dreigliederung und Viergliederung
- Nr. 2/02: Die Welt ist keine Ware. Dienstleistungen und geistiges Eigentum
- Nr. 3/02: Tendenzen: Rio + 10 / Initiation und Dreigliederung / Verschwinden des physischen Eigentums
- Nr. 4/02: Vom Ganzen her denken. Konzeptuelle Bausteine einer menschengerechten Globalisierung
- Nr. 1/03: Krieg und Frieden / Cross-Border-Leasing / EU-Entwicklung
- Nr. 2/03: eGovernment und eDemokratie / Amerikas globale Verantwortung / Gesundheitswesen
- Nr. 3/03: Wie die WTO in Cancún entgleiste / Freiheit als Gestaltungsprinzip des geistig-kulturellen Lebens
- Nr. 4/03: Nach Cancún: Wie weiter mit der Landwirtschaft / Freiheit und Selbstverwaltung
- Nr. 1/04: Geist oder Empire? / Das Weltsozialforum als offener Raum
- Nr. 2/04: EU-Verfassungsvertrag
- Nr. 3/04: Vernetzung als Organisationsform des sozialen Lebens / Public Public Partnership
- Nr. 2/05: Nach dem NEIN: Wie weiter mit Europa?
- Nr. 1/07: Neoliberalismus und Russland / Menschlicher und sozialer Organismus
- Nr. 2/07: Bodenrecht / EU zwischen Russland und USA / G8-Gipfel
- Nr. 4/07: Helmut Zanders Missverstehen der sozialen Dreigliederung / Russland / Christentum und Reinkarnationsgedanke
- Nr. 1/08: Entwicklungslinien im Verhältnis von Arbeit, Lohn und Preis / Marx heute - Was bleibt von der Mehrwerttheorie?
- Nr. 2/08: Die Krise der Finanzmärkte
- Nr. 3/08: Hat die Selbstverwaltung eine Zukunft?
- Nr. 4/08: Nachhaltige Entwicklung

Bestellung über das Netzwerkbüro, Kostenbeitrag erbeten (Konto Nr. 11 61 625, Treuhandkonto Czesla, BWB, BLZ 600 501, IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST. Die hier nicht angeführten Hefte sind vergriffen.



# Initiativen und Termine

## Aufruf: Volksentscheid ins Grundgesetz

2009 ist ein Demokratie-Denk-Jahr: Wir feiern 60 Jahre Grundgesetz und 20 Jahre friedliche Revolution. Das ist nicht nur Erbe, sondern auch Auftrag. Am 27. September werden wir zudem den Bundestag wählen. Eine gute Zeit, um mehr Demokratie zu wagen. Im Grundgesetz heißt es seit 60 Jahren: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen [...] ausgeübt.“ (Art. 20). Das ist ein bisher nicht eingelöstes Versprechen. Es ist auch eine Forderung aus dem revolutionären Herbst 89 mit seinem Ruf „Wir sind das Volk“. Wählen dürfen wir, deutschlandweit abstimmen dagegen nicht. Eine Demokratie, in der wir nur alle paar Jahre eine Stimme abgeben, sonst aber nur zuschauen dürfen, ist der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht genug. Sie wollen auch in Sachfragen verbindlich entscheiden können. Wir brauchen mehr Bürgerbeteiligung und eine lebendigere und offenere Demokratie. Deshalb fordern wir die Mitglieder und Fraktionen des Bundestages auf, neben den Wahlen auch Volksabstimmungen auf Bundesebene möglich zu machen. Bei Mehr Demokratie e.V. kann man online unterschreiben und auch Unterschriftenlisten zum Sammeln herunterladen: [www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de)

## Wissen ist Macht - Geistige Eigentumsrechte in der Kritik

44. Mündener Gespräche, 4./5. April 2009

Die Privatisierung des Gemeinschaftlichen in der Welt schreitet scheinbar unaufhaltsam voran. Was in der Neuzeit in England mit der Einzäunung des Weidelandes begann, setzt sich heute mit der Schaffung „geistiger Eigentumsrechte“ fort. Die Befürworter begründen diese Privatisierungen mit höherer Effizienz. Dabei werden in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion wichtige Unterschiede verwischt: Während im Bereich der Produkte menschlicher Arbeit das private Eigentum nicht nur als unproblematisch, sondern im Interesse der Freiheitsentfaltung als erwünscht anzusehen ist, erscheint es in Bezug auf Natur und Geist als durchaus fragwürdig. Der mögliche Ausschluss von der Nutzung hat nämlich sowohl bei Boden wie auch bei Wissen eine ganz andere Qualität als bei sonstigen Gütern. Nicht nur das Bodeneigentum, sondern auch das Eigentum an Ideen war daher historisch immer wieder heftig umstritten.

Das Patentrecht ist das stärkste geistige Eigentumsrecht. Es gilt seit ca. 150 Jahren als zentrales Element der

Forschungsfinanzierung, ohne das es angeblich keinen technischen Fortschritt gibt. In einer Gesellschaft, in der das technische Wissen eine immer größere Rolle spielt, wächst auch die Bedeutung dieses Instruments, das dem Erfinder das Privileg der exklusiven wirtschaftlichen Verwertung gewährt. Kritische Sichtweisen des Patentrechts, im 19. Jahrhundert noch mit Vehemenz verfochten, sind seitdem weitgehend verstummt. In neuerer Zeit hat sich das Patentrecht, an sich nur für Erfindungen gedacht, immer weiter in den Bereich der Entdeckungen vorgeschoben: Die Tore sind inzwischen weit geöffnet worden für eine Patentierung von Leben oder Bestandteilen des genetischen Codes von Lebewesen. Über diese neuzeitlichen „Claims“ entsteht ein wirkungsvoller Mechanismus der Aneignung. Auf der anderen Seite wird denjenigen Menschen, die nicht über die notwendige finanzielle Ausstattung verfügen, der Zugang zur Nutzung des Wissens verwehrt. Ganz besonders bedenklich sind diese „Mauern des Wissens“, wenn sie z.B. den Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten verbauen.

In ähnlicher Weise hat das Patentrecht im Bereich der Computersoftware über seinen früheren Anwendungsbereich hinaus eine Ausdehnung erfahren, die die Beherrschung und Monopolisierung weiterer Marktbereiche ermöglicht und das Ziel einer höheren Effizienz ad absurdum führt. Das Patent- und das Urheberrecht schließen immer mehr Menschen vom Zugang zu Informationen aus, der aber in einer Wissensgesellschaft immer bedeutsamer wird und eine wesentliche Grundlage für eine funktionierende Demokratie darstellt. Das Patentrecht begründet ein Privileg, das - dem Bodeneigentum in vieler Hinsicht vergleichbar - in der Sphäre des Wissens Mauern, Ausgrenzungen und Konfliktstoff schafft. Die - von der Wissenschaft weitgehend vergessenen - Ideen der Bodenreformer sind auch vor diesem Hintergrund aktueller denn je. - Die Tagung in der Reinhardswaldschule bei Kassel beginnt am Samstag um 9.30 Uhr und endet Sonntag, 12.30 Uhr. Referenten sind Prof. Dr. Dirk Löhr, Christof Potthoff, Dipl.-Physiker Oliver Moldenhauer, Mag. iur. Georg Jakob, Thorsten Busch und Fritz Andres. Nähere Informationen und Anmeldung: Andreas Ehrich, Bekkoppeln 37, 22395 Bergstedt, eMail: [ehrich@sozialoekonomie.info](mailto:ehrich@sozialoekonomie.info)

## Veranstaltungen der Pädagogischen Akademie im Hardenberg-Institut

*Freitag/Samstag, 15./16. Mai 2009:* Dialogische Prozesse in der Selbstverwaltung. Ort: Wuppertal. Seminar für Waldorfler, in den ersten Berufsjahren, und andere an der Schule engagierte Menschen. Mit Karl-Martin Dietz und Jürgen Paul.

*Freitag, 18. / Samstag, 19. September 2009:* Der Schulorganismus. Ort: Wuppertal. Tagesseminar für Waldorfler, in den ersten Berufsjahren, und andere an der Schule engagierte Menschen. Mit Karl-Martin Dietz und Jürgen Paul.

Info und Anmeldung: Friedrich von Hardenberg Institut für Kulturwissenschaften, Hauptstraße 59, D-69117 Heidelberg, Telefon: 06221 - 2 84 85, Telefax: 06221 - 2 16 40, E-Mail: info@hardenberginstitut.de, www.hardenberginstitut.de

## Zukunft gemeinsam gestalten

Messe- und Kongress-Veranstaltung im Bodenseeraum, Friedrichshafen, 8.-10. Mai 2009

*Herbert Schliffka*

Welche Ziele sich heutige Initiativen und soziale Bewegungen gestellt haben, die sich in vielen Strömen „in das große Meer des sozialen Aufbaues der Zukunft ergießen“ (R. Steiner am 1. August 1920) wollen, welche Aufgaben sie bereits ergriffen haben, das kann auf der Messe- und Kongress-Veranstaltung am Bodensee, die hier angekündigt wird, wahrgenommen werden.

Ökologische und soziale Bewegungen werden immer stärker. Weltweit kennen wir diese als Non-Profit-Organisationen (NPO) und Non Governmental Organizations (NGOs). Immer mehr Bürger engagieren sich ehrenamtlich. In vielen Kommunen gibt es Bürger-Büros. Rund um den Bodensee gibt es viele anthroposophische und andere zukunftsweisende Initiativen, Einrichtungen und Unternehmen. Freie Waldorfschulen, biologisch-dynamische Höfe, gesundheit aktiv e.V., GLS Bank, Bodenseegemeinden der Christengemeinschaft, FIU-Verlag, Verein zu Förderung der Erweiterten Kunstbegriffs und der Sozialen Plastik, Eulenspiegels Kulturraum, Internationales Kulturzentrum Achberg und die vom Achberger Institut initiierten Impuls21-Initiativen, Medianum-Bauimpuls und IG EuroVision - dies alles sind anthroposophisch inspirierte Initiativen, Projekte und Unternehmen, die sich an der Messe- und Kongress-Veranstaltung „Zukunft gemeinsam gestalten“ beteiligen werden.

Messe- und Kongress werden vom 8. - 10. Mai 2009 im Graf-Zeppelin-Haus in Friedrichshafen vielen Ausstellern und Messebesuchern sowie den Kongressteilnehmer eine herausragende Gelegenheit dazu geben, Neues zu sehen, sich an einem Ort begegnen zu können, dabei die Ideen und Projekte der Initiativen, Einrichtungen und Unternehmen kennenzulernen und die angebotenen Produkte zu kaufen. Suchende, denen das Gewohnte nicht mehr genügt, die einen Aufbruch nach neuen Ufern herbeisehnen, die ihre Kreativität entfalten und sinnvoll einbringen wollen, können Anregungen für neues Denken und Handeln, sowie Möglichkeiten zum Mitmachen und zur Mitarbeit finden.

Beginn Freitag 8. Mai 15.00 Uhr mit dem Jugendsinfonieorchester Friedrichshafen und mit der Eröffnung durch den Schirmherrn Bürgermeister Peter Hauswald. Anschließend bis 18.00 Uhr Messe und Kongress-Programm. Um 20.00 Uhr beginnt der Eröffnungs-Abendvortrag. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Gerald Häfner spricht zum Thema: „Zukunft gemeinsam gestalten - Herausforderungen“. Am Samstag, den 9.

Mai findet von 9.00 bis 18.00 Uhr wieder das Messe und Kongress-Programm statt. Um 15.00 und 17.00 Uhr spielt Christoph Stüttgen mit dem Kasper-Koffer sein Programm für Kinder und junggebliebene Erwachsene. Der Abendvortrag am Samstag beginnt um 19.00 Uhr. Götz W. Werner, der Gründer der dm-Drogerie-Märkte spricht zum Thema „Grundeinkommen, ein Kulturimpuls“. Am Sonntag, den 10. Mai, beginnen ab 9.00 Uhr Veranstaltungen zum Thema „Geld für Initiativen“ und zu dem von der EU geförderten „interregIV-Projekt: Gemeinschaft | Vorsorge | Nahversorgung“. Von 13.00 - 15.00 Uhr endet die Veranstaltung mit Zeit zum Vernetzen und mit künstlerischen Darbietungen. Der OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE - eine von dem Künstler Johannes Stüttgen gestaltete „fahrende Skulptur“ - wird in den 2 Wochen vor der Veranstaltung mit seiner imposanten Erscheinung die Aufmerksamkeit in der Bodenseeregion für die Veranstaltung im Graf-Zeppelin-Haus wecken und vom 8.-10. Mai direkt vor dem Veranstaltungsort an der Uferpromenade zu bewundern sein. - Das Programm und weitere Informationen sind auf der folgenden Internetseite zu finden: [www.zugegen.de](http://www.zugegen.de)

## Veranstaltungen „90 Jahre Sozialimpuls Rudolf Steiners“ in Göppingen

Fr. 27. 3., 20 Uhr: Geld - Macht und Möglichkeit. 20.00. Vortrag: Bernd Neumann, Pfarrer Tübingen. Ort: Michaelkirche, Christian-Grüninger-Str. 11

Sa. 2. 5., 17 Uhr: Aufgaben in unserer Zeit - jedem Menschen Entwicklung ermöglichen; Hinweise, Erfahrungen am Beispiel einer sozialen Einrichtung im Umgang mit den Bedürfnissen der neuen Generation zwischen 60 und 90. Vortrag und Gespräch mit Günter Kaul, Marthashofen. Ort: Michaelkirche Göppingen

Sa. 20. 6., 17 Uhr: Ausstellungseröffnung der Fotoinstallation bis Anfang August. Wirksamkeit der Kunst im Sozialen. Wort - Bild - Schrift. Henning Hauke, Waldorflehrer und Stephanie Garff. Michaelkirche

Sa. 11. 7., 17 Uhr: „Vom Hof zum Bürgerunternehmen“ - Landwirtschaft regional, sozial, ökologisch, wirtschaftlich nachhaltig gestalten - Erzeuger und Verbraucher gehen aufeinander zu. Vortrag und Gespräch mit Christian Hiss, Regionalwert AG, Eichstetten. Michaelkirche.

Sa. 10. 10..17 Uhr: Geistige Produktivität und freie Empfänglichkeit - Das Zusammenwirken von Individuum und Gemeinschaft in der Selbstverwaltung. Vortrag und Gespräch mit Jürgen Paul, Hardenberg-Institut. Ort: Freie Waldorfschule Filstal, Göppingen-Faurndau

Veranstalter: Arbeitskreis Dreigliederung, Göppingen in Zusammenarbeit mit der Christengemeinschaft Göppingen und der Freien Waldorfschule Filstal. Weitere Informationen: Gebhard Rehm, Felsenstraße 5, 73337 Bad Überkingen/Hausen, Tel. 07334 - 8671, [rehmg@gmx.net](mailto:rehmg@gmx.net)

# Klimapolitik: ein neuer Ansatz ist notwendig

Tagung, 2. - 3. Mai 2009 in Bad Boll

Die Klimapolitik wird in den nächsten Monaten für die Zeit nach Ablauf des Kyoto-Protokolls, d. h. nach 2012, neue Leitlinien und Regeln entwickeln. Dabei sind die bisher gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen auszuwerten und in ein zukunftsfähiges und zugleich weltweit zustimmungsfähiges Konzept der globalen Reduzierung von Treibhausgasen zu überführen. Die Konferenz von Kopenhagen im Dezember 2009 soll die Maßstäbe setzen und die entscheidenden Schritte unterschriftsreif aushandeln. Es ist Aufgabe des Staates, das Klima zu schützen und deshalb die Atmosphäre vor Überlastung durch CO<sub>2</sub>-Emissionen zu bewahren. Wir wollen im Rahmen dieser Tagung klären, ob er dazu über die Begrenzung der Nutzung und der Zugangsrechte hinaus die Wege, auf denen die Reduktionsziele in der Gesellschaft erreicht werden sollen, im einzelnen bestimmen soll.

Dabei geht es nicht nur um die Effizienz der Klimapolitik, sondern auch um unser Staatsverständnis! Wir sollten uns daran erinnern, dass viele die Marktwirtschaft gegenüber der Zentralverwaltungswirtschaft nicht zuletzt deshalb für die bessere Wirtschaftsordnung halten, weil sie dem Staat gerade nicht zutrauen, dass er die Entscheidungen, mit denen er sich heute auf den von ihm eingeschlagenen Wegen der Klimapolitik belastet, zweckmäßig und sinnvoll treffen kann.

Übersehen wird meist auch, dass die ökologisch notwendige Verknappung des Ressourcenzugangs zwangsläufig ein Verteilungsproblem schafft oder verschärft. Wenn ein Umweltgut in Zukunft weniger als bisher genutzt werden darf, stellt sich die Frage, wer denn dieses Umweltgut dann noch nutzen darf und unter welchen Bedingungen. Ökologische Politik kann sich um diese Verteilungsfrage nicht drücken, sondern muss sie offen und für alle nachvollziehbar gerecht lösen, wenn ihr die demokratische Akzeptanz nicht verloren gehen soll. Klimapolitik hat daher national wie international viel mit Ressourcengerechtigkeit zu tun - auch davon ist verhältnismäßig wenig die Rede.

Gerade in der Klimapolitik zeigt sich die Unfähigkeit grundsatzloser Praktiker, wirklich nachhaltige Lösungen für die Probleme zu finden und zu realisieren. Die Tagung soll darstellen, dass grundsätzliches Denken und praktikable Lösungen sich nicht ausschließen, sondern einander bedingen.

Die Tagung beginnt am Samstag um 9.30 und endet am Sonntag um 12 Uhr. Vorträge: Das magische Viereck der Umweltökonomie (Prof. Dr. Dirk Lohr, FH Trier/Birkenfeld) - Wesentliche Aspekte der internationalen Klimaschutzpolitik (Dr. Georg Maue, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin) - Ziele und Konzepte für die Kopenhagen-Konferenz (Dr. Georg Maue, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin) - Ein ganzheitlicher Ansatz zur Begrenzung und Allokation der Emissionsrechte sowie zur Verwendung der Versteigerungserlöse (Sonja Köke, Göttingen) - Auf dem Wege

zu einem globalen Ressourcenregime (Fritz Andres, Kirm) - Diskussionen zu den Vorträgen und zur Bewertung der Konzepte für die Klimakonferenz in Kopenhagen. Tagungsleitung: Jobst von Heynitz, München

Infos und Anmeldung, Seminar für freiheitliche Ordnung Bad Boll, Badstr. 35, D-73087 Bad Boll, Tel. 07164 - 3573, [www.sffo.de](http://www.sffo.de)

## Was macht das Geld gesund?

### Weltwirtschaftskrise und soziale Verantwortung

Eine Veranstaltung am 4. April mit Thomas Jorberg (Vorstand GLS Bank, Bochum) und Udo Herrmannstorfer (Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung, Dornach). Beginn 10 Uhr, Ende 17.30. Ort: GLS Bank, Bochum, Christstr. 9, D-44789 Bochum.

Die Weltwirtschaft ist aus den Fugen geraten. Die Bankenkrise in Amerika wird zur Finanzkrise. Weltweit. Die Finanzkrise wird zur umfassenden Wirtschaftskrise und greift mit ihren Konsequenzen tief ein - bis in die konkreten Lebensbedingungen jedes einzelnen Menschen. Die Regierungen versuchen mit Milliardensubventionen das Wirtschaftssystem zu stabilisieren. Unser Wohlstand ist in Gefahr - vielleicht auch zu Recht? Haben hier nur einzelne Manager verantwortungslos gehandelt, oder sind wir alle Teil eines Systems, dessen strukturell veranlagte Krankheit ausbricht und deshalb an den Tropf der Steuergelder gehängt wird?

Wo liegen die wirklichen Ursachen und wodurch kann das Geldwesen gesunden? Ein möglicher Gesundungsprozess kann mit dem richtigen Verstehen sozialer Prozesse beginnen. Denn ohne eine Änderung unserer Denk- und Empfindungsweisen, werden sich wohl immer wieder ähnliche Verhältnisse herstellen. Der Thementag fragt deshalb nach den tieferen Schichten der Krise und nach Ansätzen, die Wirtschaft neu zu denken. Ausgangspunkt dafür sind die Begriffe, die von Rudolf Steiner als „assoziative Wirtschaft“ entwickelt wurden und die sowohl das Geldwesen, als auch die reale Wirtschaft umfassen. Wie kann daraus eine gestaltete Realität entstehen, deren heilende Wirkungen Konsequenzen bis in unsere konkreten, „kleinen“ Lebensverhältnisse haben?

Thomas Jorberg spricht in diesem Kontext über das Thema „Zur Bank- und Finanzkrise: Die Aufgabe und Verantwortung der Banken im Umgang mit Kapital“, Udo Herrmannstorfer über die Frage „Wie denkt man ein gesundes Geldwesen?“ und das Thema: „Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise: Assoziative Zusammenarbeitsformen als Grundlage neuer Umgangsformen mit Geld und Kapital“.

Veranstalter sind die Anthroposophische Gesellschaft NRW und Fakt 21 Kulturgemeinschaft, Oskar-Hoffmann-Straße 25, 44789 Bochum, Tel.: 0234 - 3336730, Fax: 3336745, [Anthroposophie.nrw@t-online.de](mailto:Anthroposophie.nrw@t-online.de)

# Farbe bekennen, Frau Aigner und Herr Gabriel!

*Save Our Seeds*

Die Europäische Kommission sucht gegenwärtig eine Entscheidung in der Gentechnik-Politik der Union. Durch die zwangsweise Aufhebung von Anbauverböten für den einzigen gegenwärtig zugelassenen GVO, Monsanto's „Mon810“ und durch die Zulassung von zwei neuen gentechnisch veränderten Maissorten, „Bt 11“ von Sygenta und „DAS 1507“ von Pioneer/DuPont sollen der Agro-Gentechnik in Europa die Tore geöffnet werden.

Um diese Wende herbeizuföhren braucht die gentechnik-freundliche Kommissionsmehrheit um Präsident Manuel Barroso im Ministerrat der EU kurioserweise keine Mehrheit, sondern nur eine ausreichend große Minderheit. Denn nur eine Zweidrittel-Mehrheit (255 der 345 Stimmen, die sich auf die 27 Mitgliedsstaaten verteilen), kann ihre Vorschläge ablehnen. Enthaltungen zählen dabei wie Ja-Stimmen. Die 29 Stimmen Deutschlands sind deshalb entscheidend.

Die zuständige Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner hat angekündigt, sie wolle „Mon 810“ auch in Deutschland verbieten und Umweltminister Gabriel hat sich dafür ebenfalls öffentlich stark gemacht. Am 2. März hat er - trotz heftiger Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung - für die Aufrechterhaltung der Anbauverbote in Österreich und Ungarn gestimmt. So lehnte eine Mehrheit von 282 Stimmen (22 Länder) die ersten Kommissions-Vorschläge ab. Ein hervorragender Start für unsere Aktion, an der sich bereits über 20.000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner beteiligt haben!

Jetzt müssen auch die Anbauverbote in Frankreich und Griechenland erhalten bleiben. Vor allem aber gilt es, die erste Anbauzulassung für neue Gentechnik-Sorten seit 1998 zu verhindern. Bitte schreiben Sie an die zuständigen Minister, dass Sie auch hier von ihnen ein klares NEIN zu den Kommissionsvorschlägen in Brüssel erwarten.

Einen Brief zur Online-Unterzeichnung findet man unter [http://www.saveourseeds.org/de/frame.php?page=/de/aigner\\_brief](http://www.saveourseeds.org/de/frame.php?page=/de/aigner_brief)

## Attac-Sommerakademie

Karlsruhe, 4. - 8. August

Die Attac-Sommerakademie findet in diesem Jahr in der Waldorfschule Karlsruhe statt (Königsberger Str. 35a, 76139 Karlsruhe). Die jährliche Sommerakademie von Attac Deutschland fand erstmals 2002 in Marburg statt und ist die wichtigste Bildungsveranstaltung des globalisierungskritischen Netzwerks. Sie ist durch eine Vielzahl von thematisch breit gefächerten Seminaren, Workshops und Podiumsdiskussionen geprägt, die sich kritisch mit den bestehenden gesellschaftlichen

Strukturen auseinandersetzen und in denen Alternativen zur neoliberalen Globalisierung und zur Diktatur der Finanzmärkte diskutiert werden. Eine gute Möglichkeit für „Dreigliederer“, sich in den Dialog innerhalb der Zivilgesellschaft einzubringen.

Nähere Informationen bald unter [www.attac.de](http://www.attac.de) bzw. bei den einzelnen Attac-Gruppen vor Ort.

## Studiengang Sozialentwicklung

**Soziale Dreigliederung als Weg zu Verständnis und Gestaltung sozialer Prozesse. Sozialqualifizierende berufsbegleitende Ausbildung**

**Dritter Durchgang:  
Februar 2010 bis Januar 2012**

*Christoph Strawe*

### Warum ein Studiengang Sozialentwicklung?

Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise hat viele Menschen aufgeschreckt. Sie hat die Brüchigkeit von Institutionen und Paradigmen vor Augen geführt, die lange unerschütterlich schienen und deren Kritiker besten Falls belächelt wurden. „Die heutige katastrophale Lage des Finanzsystems ist vor allem Folge einer rund 20 Jahre andauernden Irreführung und Fehlleitung durch falsche Theorien“, so jüngst der berühmte Managementtheoretiker Fredmund Malik, der dabei u.a. Shareholder Value und Wertsteigerungs doktrin nennt. („Burnout des Finanzsystems“, 22.4.08). An vielen Stellen in unserer Gesellschaft dämmert die Ahnung auf, dass ein Neubeginn erforderlich ist. Wie aber müsste er aussehen? Wo liegt der Veränderungsbedarf nicht nur unserer Geldordnung, sondern unserer gesamten Wirtschafts- und Sozialordnung?

Ein Ansatz zur Bearbeitung dieser Frage ist die soziale Dreigliederung: Strukturen, die eine verantwortliche Gestaltung der Verhältnisse durch die Menschen behindern, sind nicht mehr zeitgemäß. Eine Gliederung des sozialen Lebensgefüges, welche Freiheit für die Kultur, konsequente demokratische Rechtsstaatlichkeit und partnerschaftlich-solidarische sowie nachhaltige Formen der Ökonomie ermöglicht, steht auf der Tagordnung.

Die zivilgesellschaftliche Bewegung wandte sich 1989 gegen einen Staat, der die Kultur unterdrückte und die Wirtschaft bürokratisch bevormundete. Die zivilgesellschaftliche Bewegung seit 1999 leistet Widerstand gegen eine von Konzern- und Finanzinteressen bestimmte Ökonomie, die die Kultur ebenfalls fremdbestimmt und die Demokratie aushöhlt, zugleich auch das Wirtschaftsleben selbst verformt und seiner eigentlichen Aufgabe entfremdet. Überall machen sich Menschen auf den Weg der Suche nach Alternativen. Viele von



ihnen wollen nicht auf Veränderung warten, sondern schaffen alternative und innovative Einrichtungen und Unternehmen bzw. stellen ihre Fähigkeiten solchen Einrichtungen und Unternehmen zur Verfügung, wo sie bereits entstanden sind.

Wer die soziale Welt verändern will, muss sie erkennen - und das heißt vor allem die menschliche Relevanz aller sozialen Fragen verstehen. Daher bedarf es einer Sozialwissenschaft, die theoretisch und praktisch zugleich ist und die auf einer empirisch begründeten Anschauung des Menschen aufbaut. Eine solche Sozialwissenschaft ist die anthroposophisch orientierte. Ihre Essenz ist die Sozialgestaltung aus der Anschauung des Menschen als eines der Freiheit und Verantwortung fähigen geistig-seelisch-leiblichen Wesens. Der Arbeitsansatz der Dreigliederung des sozialen Organismus ist in diesem Menschenverständnis begründet.

Durch den Studiengang ist ein Ort entstanden, wo ein gründliches Studium alternativer und anthroposophisch orientierter Sozialwissenschaft möglich ist. Da viele Menschen, die nach einem solchen Studium suchen, bereits beruflich engagiert sind, muss die Ausbildung notwendig berufsbegleitend ausgelegt sein.

### **Für wen ist der Studiengang ausgelegt und was erwartet die Teilnehmer/innen?**

Der Studiengang, dessen erster Durchgang 2006 begann, bietet eine Integration von Grundlagenarbeit und Praxisfragen, wie sie vom Leben immer mehr gefordert wird.

- Menschen, die in Einrichtungen Verantwortung tragen, müssen sich mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auseinandersetzen und auf diese Einfluss zu nehmen versuchen, wenn nicht von außen der innere Impuls behindert und unterdrückt werden soll. Außerdem verlangen Aufgaben in der Führung von Einrichtungen heute nicht nur entsprechende fachliche Kompetenzen, sondern zugleich eine erweiterte Sozialkompetenz. Für beides braucht es ein Studium der sozialen Dreigliederung, das nicht nur das allgemeine Verständnis vertieft, sondern die Gestaltungsfähigkeiten erweitert, also „sozialqualifizierend“ ist.
- Auf der anderen Seite brauchen Menschen, die sich in sozialen Bewegungen, NGOs und Netzwerken als AktivistInnen betätigen, nicht nur ein tiefergehendes allgemeines Verständnis der nötigen gesellschaftlichen Umgestaltungen, sondern auch das Gespür für die Probleme, die bei der Umsetzung allgemeiner Leitlinien für eine andere Welt in die konkrete Praxis entsprechender Einrichtungen auftreten.
- Eine dritte Gruppe sind Menschen, die in die skizzierten Verantwortlichkeiten hineinwachsen wollen und dafür eine qualifizierte Vorbereitung suchen, während derer sie einstweilen ihre bisherige Berufs- oder auch Studientätigkeit fortsetzen wollen.

Für Menschen, die in dieser Richtung Bedarf haben, ist der Studiengang Sozialentwicklung ausgelegt.

## **Studiengang Sozialentwicklung Termine und Themen**

### **1. Studienjahr**

Arbeitswoche (6. - 12. Februar 2010)  
Die sozialen Konsequenzen individueller Mündigkeit: Grundlagen und Aktualität der Dreigliederung des sozialen Organismus

Wochenendseminar (9./10. April 2010)  
Selbstverwaltung und Eigenverantwortung: Soziale Lebensprozesse und Organbildung

Wochenendseminar (11./12. Juni 2010)  
Fähigkeiten, Intelligenz, Kreativität:  
Die Kraft individueller Impulse im sozialen Leben.  
Freiheit und Gesellschaft

Wochenendseminar (17./18. September 2010)  
Bedarf, Arbeitsteilung, Finanzierung:  
Solidarität als Gestaltungskraft wirtschaftlicher Prozesse im sozialen Organismus

Wochenendseminar (5./6. November 2010)  
Vereinbarung, Abstimmung, Regelung:  
Gleichheit als Grundlage des Rechtslebens  
in der Gesellschaft

Wochenendseminar (14./15. Januar 2011)  
In Entwicklungen denken: Nachhaltige Entwicklung

### **2. Studienjahr**

Arbeitswoche (13. - 19. Februar 2011)  
Sozialgestaltung und Menschenverständnis: Das Soziale als Übungsfeld menschlicher Entwicklung

Wochenendseminar (1./2. April 2011)  
Der Vertrag als Quelle modernen Rechts -  
Der Rechtsstaat als Schutz- und Förderraum

Wochenendseminar (27./28. Mai 2011)  
Perspektiven und Praxis des assoziativen Wirtschaftens -  
Fragen der Preis- und Einkommensbildung

Wochenendseminar (16./17. September 2011)  
Die Bedeutung des Eigentums für die individuelle und soziale Entwicklung

Wochenendseminar (11./12. November 2011)  
Die Neuordnung des Geldwesens

Verlängertes Wochenendseminar  
(13.-15. Januar 2012)  
Vom Ganzen her wollen (Arbeit, soziale Sicherung)  
- Abschließende Intervention der Teilnehmer/innen

Methodisch spielen dabei neben den „klassischen“ Formen wie Impulsreferate, Arbeitsgespräche, die Bearbeitung von Fragestellungen aus dem Teilnehmerkreis, praktische Übungen, gemeinsame Zeitbetrachtungen und der Austausch und die Auswertung der Erfahrungen, die die TeilnehmerInnen aus ihrem jeweiligen Organisationsumfeld mitbringen, eine wichtige Rolle - wie auch individuell übernommene Arbeitsaufgaben. Dadurch wird das jeweilige Thema von verschiedenen Seiten her durchdrungen, so dass lebendige Bilder des sozialen Geschehens und entsprechende Fähigkeiten entstehen können, die die Quelle neuer Gestaltungen darstellen können.

## Über die Verantwortlichen

Udo Herrmannstorfer (Dornach); \* 1941, Industriekaufmann, Betriebswirt (HWL), volkswirtschaftliches Studium. Seit 1971 als selbständiger Unternehmensberater tätig mit Schwerpunkten Organisation und Ausbildung. Studium der Anthroposophie und ihrer sozialen Impulse. Beratung und Begleitung von Initiativen, die nach neuen Formen suchen, - vor dem Hintergrund der Idee der Dreigliederung. Sozialwissenschaftliche Bearbeitung gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Fragestellungen. Internationale Vortrags- und Seminaraktivität, Arbeit als Redakteur und Autor. Leiter des Instituts für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung in Dornach.

Mag. Friedrich Platzer (Wien); \* 1962, Studium der Geschichte und Politikwissenschaft, Geschäftsführer eines autonomen Kulturzentrums, Studium der sozialen Dreigliederung in Stuttgart 1987, seit 1994 Unternehmensberatung und Organisationsentwicklung mit dem Arbeitsschwerpunkt: selbstverwaltete Einrichtungen, Leitung der Fachgruppe „Wege zur Qualität, Sozialtherapeuten in Österreich“, langjährige Erfahrung in der Gestaltung von Entwicklungsprozessen und Lerngruppen im Rahmen der Selbstverwaltung; Trainings im Bereich Führung in der Selbstverwaltung, Team- und Konferenzarbeit, Kommunikation; verheiratet, 3 Kinder

Dr. Michael Ross (Berlin); \* 1963, Studium der Soziologie, Volks- und Betriebswirtschaftslehre. Mehrjährige Unterrichtstätigkeit (Anthroposophie und soziale Dreigliederung) und Mitarbeit in der Selbstverwaltung in einer freien Hochschulinitiative. Seit 1996 als selbständiger Berater im Bereich betrieblicher Bildung und Unternehmenskultur tätig. Vortrags- und Seminaraktivität, diverse Publikationen. Seit 1998 als Begleiter und Auditor im Bereich Qualitätsentwicklung in sozialen und pädagogischen Institutionen tätig. Mitglied des Verfahrenskreises und Leiter der deutschen Zweigstelle der „Stiftung Wege zur Qualität“.

Prof. Dr. Harald Spehl (Mainz); \* 1940, Studium der Volkswirtschaftslehre. Tätigkeit als Forschungs- und Lehrassistent an den Universitäten Münster und Köln, 1973-1975 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Abteilung Raumplanung der Universität Dortmund, von 1975 bis zur Emeritierung 2007 Professor für VWL in Trier. Arbeitsschwerpunkte sind Regionalentwicklung und Regionalpolitik, Fragen des Zusammenhangs von Ökologie, Ökonomie und Sozialentwicklung (Nachhaltige Entwicklung) und Kooperation in Wirtschaft und

Gesellschaft. Seit 1990 Neuorientierung auf der Grundlage der Dreigliederung des sozialen Organismus.

Dr. Christoph Strawe (Stuttgart); \* 1948, Studium (Philosophie und Sozialwissenschaft). Politisches Engagement in der Studentenbewegung. Tätigkeit als Referent bei einem NS-Verfolgten-Verband und als Verlagslektor. Studium der Waldorfpädagogik. 1986 Habilitation an der Universität Jyväskylä (Finnland). Lehtätigkeit u.a. an der Freien Hochschule Stuttgart (Seminar für Waldorfpädagogik). Überregionale Vortrags- und Seminaraktivität. Buchveröffentlichungen (u.a. „Marxismus und Anthroposophie“). Geschäftsführer des Instituts für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart, Redakteur der Zeitschrift „Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus“ der Initiative Netzwerk Dreigliederung. Verh., 3 Kinder.

## Organisatorisches

Ort: Die Arbeitswochen und die Intervisionstage finden in der Studienstätte Unterlengenhardt statt, die Wochenendseminare im Anthroposophischen Zentrum Kassel. Detailänderungen bleiben vorbehalten.

Studiengebühren: Der einfache Teilnahmebeitrag beträgt EUR 1.500 pro Studienjahr, der Förderbeitrag EUR 2.000. Hinzu kommen die Kosten für Unterbringung und Verpflegung. Ökonomisch ist die Durchführung des Studiengangs mit davon abhängig, dass besser gestellte Teilnehmer/innen den Förderbeitrag bezahlen. Maßgeblich ist dafür die Selbsteinschätzung. Bei Härtefällen suchen Sie bitte das persönliche Gespräch mit uns.

Träger: Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart in Verbindung mit dem Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung Dornach/Schweiz. Adresse/Anmeldeunterlagen: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart, Tel. 0711 / 23 68 950, Fax 0711 / 23 60 218, E-Mail: [Institut@sozialimpulse.de](mailto:Institut@sozialimpulse.de), Internet: [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de), [www.sozialimpulse.de/studiengang.htm](http://www.sozialimpulse.de/studiengang.htm)

## Zum Stand des Kostenausgleichs

*Christoph Strawe*

Bis Mitte März sind für den Ausgleich der Kosten der Zeitschrift und für den allgemeinen Kostenausgleich gut 20.000 Euro eingegangen. Das ist ein schönes Ergebnis, für das ich allen, die dazu beigetragen haben, sehr herzlich danke!

Dennoch sind wir von der Erreichung unserer Etaziele ein gutes Stück entfernt: Es fehlen noch gut 14.000 Euro, damit wir alle Kosten decken können. Daher ergeht an alle, denen die Arbeit der Initiative Netzwerk Dreigliederung wichtig ist, die herzliche Bitte, zu prüfen, ob sie dazu beitragen können, dass die vorhandene Deckungslücke geschlossen wird.



# Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung  
des sozialen Organismus  
Fortbildungsseminare für Tätige

## Zusammenarbeit von Eltern und LehrerInnen -

## Schlüsselfrage aufgabenorientierter Selbstverwaltung

Seminar,  
Sa/So, 20./21. Juni 2009

Anthroposophisches Zentrum Kassel,  
Wilhelmshöher Alle 261, D-34131 Kassel

Mit Udo Herrmannstorfer,  
Dr. Michael Ross, Mag. Friedrich Platzer  
und Dr. Christoph Strawe

**Samstag, 20. Juni 2009**

09.30: Öffnung des Tagungsbüros

10.00 - 11.15: Schule und Elternhaus.  
Der Umbuch im Verhältnis von Erziehung und  
Bildung (Referat Udo Herrmannstorfer)

11.30 - 12.45: Plenumsgespräch

12.45 - 14.15: Mittagspause

14.15 - 15.15: Gruppenarbeit: Charakterisierung  
von Spannungsfeldern in der Zusammenarbeit aus  
Eltern- und Lehrersicht, Kurzpräsentation im Plenum

15.30 - 16.45: Schule als Vertragsgemeinschaft: Der  
Beitrag von LehrerInnen und Eltern zur aufgabenorien-  
tierten Selbstverwaltung (Referat Dr. Michael Ross)

17.15 - 18.30: Gesprächsarbeit  
(Gruppen und Plenum)

19.30 - 21.00: Ebenen und Formen  
der Zusammenarbeit in der Selbstverwaltung  
(Referat Mag. Fritz Platzer)

**Sonntag, 21. Juni 2009**

09.00 - 10.30: Forum: Praktische  
Erfahrungen mit Formen der Selbstverwaltung  
(Verein, Genossenschaft, GbR, Eltern-  
Lehrer-Rat, Schulparlament etc.)

11.00 - 12.30: Abschlussgespräch und Schlusswort

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und Verpflegung)  
EUR 120, Gemeinschaftsvollverpflegung EUR 28 (Sa  
Mittag- und Abendessen, So/So Pausenverpflegung).  
Infos über Unterbringungsmöglichkeiten unter [www.sozialimpulse.de/texte\\_html/HotelsKassel.htm](http://www.sozialimpulse.de/texte_html/HotelsKassel.htm)

## Organisatorisches

Sie erhalten rechtzeitig vor Beginn des jeweiligen  
Fortbildungsseminars eine Teilnahmebestätigung und  
weitere Informationen.

Die Teilnahmegebühr bitte im voraus überweisen an  
das Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart,  
Kontonummer 1238 6000, GLS Gemeinschaftsbank,  
BLZ 430 609 67.

Kurzfristige Anmeldung und Bezahlung bei Tagungs-  
beginn möglichst nur im Einzelfall nach Rücksprache.  
Ermäßigungen sind im begründeten Einzelfall möglich,  
bedürfen jedoch ebenfalls der Rücksprache.

## Anmeldung / Info

Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart  
Libanonstr. 3, D - 70184 Stuttgart  
Tel.: (+49) 0711 - 23 68 950  
Fax: (+49) 0711 - 23 60 218  
E-Mail: [Institut@sozialimpulse.de](mailto:Institut@sozialimpulse.de)

# Wie führen wir einem sozialen Organismus Lebenskräfte zu?

## Innere Aspekte sozialer Gestaltung und persönlicher Entwicklung

Seminar,  
13. - 15. November 2009

Rudolf Steiner Haus, Hügelstr. 67,  
D-60433 Frankfurt am Main

Mit Ulla und Udo Herrmannstorfer, Prof. Dr.  
Harald Spehl und Dr. Christoph Strawe

Mitveranstalter: Anthroposophische  
Gesellschaft Frankfurt/M, Goethe-Zweig

### Freitag, 13. November 2009

19.30: Öffnung des Tagungsbüros

20.00: Tod und Auferstehung der Gemeinschaft:  
Das Versiegen alter und die Erschließung  
neuer individueller und sozialer Lebens-  
kräfte (Vortrag Udo Herrmannstorfer mit  
Aussprache, Rezitation Ulla Herrmannstorfer)

### Samstag, 14. November 2009

9.30 - 11.00: Was stärkt und was  
schwächt die Lebenskräfte in Individuen und  
Gemeinschaften? (Vortrag Dr. Christoph  
Strawe, Rezitation Ulla Herrmannstorfer)

11.30 - 13.00: Gesprächsarbeit

15.00 - 16.30: Das Belebende liegt im  
Mitgestalten (Ergebnis- und Prozessorientie-  
rung, Organbildung) (Vortrag Prof. Harald  
Spehl, Rezitation Ulla Herrmannstorfer)

17.00 - 18.30: Gesprächsarbeit

20.00: Die Ausschaltung des Menschlichen:  
Die Gefährdung der neuen Gemeinschaft  
durch luziferische und ahrimanische Kräfte  
(Vortrag Udo Herrmannstorfer, Rezitation  
Ulla Herrmannstorfer)

### Sonntag, 15. November 2009

9.00 - 10.30: Forum: Die Überwindung  
von individuellem und sozialem Burnout

11.00 - 12.30: Zusammenfassende Betrachtung:  
Individuelle Entwicklung und Gemeinschafts-  
entwicklung sind aufeinander angewiesen

### Teilnahmebeitrag

(ohne Unterbringung und Verpflegung) EUR 140,  
Gemeinschaftsvollverpflegung zusätzlich EUR  
22. Infos zu Übernachtungsmöglichkeiten und  
Anfahrtsbeschreibung unter [www.sozialimpulse.de/Texte\\_html/Anweg\\_Frankfurt.htm](http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/Anweg_Frankfurt.htm). Außer-  
dem: Tourismus + Congress GmbH, Kaiserstr.  
56, 60329 Frankfurt/Main, Tel. +49 (0) 69  
- 21 23 88 00 / Fax: 21 23 78 80, E-Mail:  
[info@infofrankfurt.de](mailto:info@infofrankfurt.de), [www.infofrankfurt.de](http://www.infofrankfurt.de)

## Anmeldung / Info

Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart  
Libanonstr. 3, D - 70184 Stuttgart  
Tel.: (+49) 0711 - 23 68 950  
Fax: (+49) 0711 - 23 60 218  
E-Mail: [Institut@sozialimpulse.de](mailto:Institut@sozialimpulse.de)